DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

320 28. JAHRGANG Mai 2011 4,50 €

AUS DEM INHALT:

ZENSUS 2011

Die Volksbefragung »Zensus 2011« geht in die zweite Runde. Am 9. Mai ist Stichtag für die Befragung aller Wohneigentümer und Start für die Personenbefragungen von 10 Prozent aller Privathaushalte. Vor den Haushalten werden alle 17,5 Millionen Wohnungs- oder Hausbesitzer befragt. Dafür gab es schon Vorbefragungen. Diese stießen auf Widerstand bei einigen alternativen Wohnungsbaugenossenschaften. Seite 3

BEKLEIDUNGSSYNDIKAT

Vordergründig erscheint alles unscheinbar, geradezu unauffällig. Ein grauer Hinterhof in Hannover auf einem ehemaligen Fabrikgelände an der Grenze von Wohn- und Industriegebiet. Bezeichnenderweise in der Nähe des Kanalhafens. Geradezu klassisch für ein Geschäft, das sich »Bekleidungssyndikat« nennt. »Syndikat« – wörtlich etwa Interessenvereinigung – beschreibt hier keine kriminelle Organisation, sondern bedeutet schlicht und einfach »Gewerkschaft«. Das »Bekleidungssyndikat« entstand nämlich aus einem Projekt der kleinen Basisgewerkschaft FAU. Seite 4

BIGBROTHERAWARDS 2011

Am 1. April 2011 wurden inzwischen schon zum 11. Mal die deutschen BigBrotherAwards verliehen. Die Preisgala mit Preisreden, Live-Musik und Rahmenprogramm fand in Bielefeld statt. Seite 4

DIE KINDER DES SISYFOS

In seinem Zeitroman schildert Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989. Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die LeserInnen an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. In der zweiten Folge unserer Artikelserie geht es um die Belegschaft der Glashütte Süßmuth, die in den siebziger Jahren den Betrieb, der von Stilllegung bedroht war, in eigener Regie übernommen hatte. Seite 5

SOZIALE BEWEGUNGEN

Mitte Juni findet in Frankfurt am Main die Tagung »Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen« statt. An diesem Wochenende können sich ehrenamtlich Aktive und hauptamtlich Beschäftigte aus Initiativen, Gruppen und Organisationen über Strategien und Erfahrungen austauschen. Zur Einführung in die Tagung werfen wir einen Blick auf strategische Modelle und Erfahrungswerte. Seite 6

BERATUNG

Das PROSYS Frauenkollektiv aus Berlin begleitet in Konfliktsituationen Hausprojekte, Kommunen, Wohngemeinschaften und Kollektive. In ihrem Beitrag geben sie einige ihrer bei dieser Arbeit gemachten Erfahrungen wieder. Seite 13

www.contraste.org

UMWANDLUNGEN IN DIE GENOSSENSCHAFT

Des Kaisers neue Kleider

Solidarökonomische Betriebe auf der Suche der passenden Rechtsform

Haben wir die richtige Unternehmensform? Können wir unbürokratisch neue Mitglieder aufnehmen? Ist der Austritt eines Gesellschafters möglich, ohne den Weiterbestand der Firma zu gefährden? Mit diesen und vielen weiteren Fragen werden solidarökonomische Betriebe konfrontiert, die ihre Sturm und Drangzeit hinter sich gelassen haben. Tatsächlich entschieden sich viele von ihnen in der Aufbauphase für das falsche Rechtskleid. Der Schwerpunkt zeigt, welche Möglichkeiten bestehen, diesen oft schwerwiegenden Fehler zu korrigieren. Fallbeispiele aus der Solar- und Naturkostszene veranschaulichen innovative Lösungen.

Foto: www.sippel.de/kunst/gruppe.htm

Von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Typisch für Unternehmensgründungen, auch für Teamgründungen, ist: Sie wählen eine Rechtsform vor allem aus Kostengesichtspunkten. Aus ihrer Sicht geschieht dies zu Recht. Können sie doch kein Geld ausgeben, dass ihnen nicht zur Verfügung steht. Die Folge: Viele Gründungsgruppen, für die die eG, die eingetragene Genossenschaft eigentlich ideal wäre, »mogeln« sich an dieser Unternehmensform vorbei. Irgendwann aber wird es eng. Erfordernisse wie Nachfolge (Einzelunternehmen), Haftung (Gesellschaft bürgerlichen Rechts), Aufnahme neuer Mitglieder (GmbH) oder die Zulässigkeit eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes (Verein) nehmen als Probleme existenzgefährdende Ausmaße an. Entsprechend beginnt die Suche nach Alternativen.

Tatsächlich weist das Umwandlungsgesetz, zuletzt angepasst 2009, vielfältige Möglichkeiten auf, um ins passende Rechtskleid hineinzuschlüpfen. Vergleichsweise unkompliziert lässt sich der Wechsel zwischen den drei »Kapitalgesellschaften« GmbH, Aktiengesellschaft und Genossenschaft organisieren. Die Genossenschaft wird mittlerweile »fälschlicherweise« nach der vorherrschenden Rechtsdogmatik oft den Kapitalgesellschaften zugeordnet. Bei mehrheitlicher, satzungskonformer Zustimmung der Mitglieder ist es möglich, eine weitgehend steuerneutrale Umzugsprozedur hinzubekommen. Als entscheidend erweist sich eine gute Vorbereitung und die penible Einhaltung der einzelnen vorgegebenen formalen Schritte.

Erheblich schwieriger wird es, wenn die Ausgangsrechtsform grundlegend anderen Charakter hat. Dies gilt für die Wandlung von Personengesellschaften (GbR und Einzelunternehmen) oder von nicht Wirtschaftsorganisationen (Verein) in eine Kapitalgesellschaft. Die genossenschaftliche Rechtsform lässt sich hier teilweise nur über »Tricks« ohne großen finanziellen Schaden durch die Aufdeckung stiller Reserven, Wegfall von Verlustvorträgen sowie damit verbundenen Steuerzahlungen umsetzen. Die Suche nach praxiserfahrenen Rechtsberatern weitet sich hier schnell zur Suche nach der berühmten Stecknadel im Heuhaufen aus.

Der Schwerpunkt startet mit einem Überblick von Matthias Fiedler. Er skizziert die rechtlichen Grundlagen und das Spektrum der Möglichkeiten. In seinem Beitrag werden nicht nur die verschiedenen einzuhaltenden Schritte erläutert. Genauso wichtig sind seine vielen kleinen Hinweise, wie der Umwandlungsprozess erheblich leichter wird. Insofern eignet sich dieser Beitrag als erste Orientierung, aber auch für Unternehmen, die bereits konkret in einen Prozess des Rechtsformenwandels einsteigen.

Dass eine Umwandlung sehr kompliziert sein kann, wird aus dem zweiten Beitrag von Klaus Pütz deutlich. Er kommt aus einem Verbund unterschiedlicher Unternehmen, eng verknüpft mit dem Windenergie-Nordeifel e.V., einem gemeinnützigen Verein. Trotz großer Begeisterung für die genossenschaftliche Rechtsform wurde nach längerem Engagement von einem Formenwandel Abstand genommen. Die finanziellen Nachteile für die einzelnen Mitglieder hätten überwogen, auch wenn sich der Organisationsaufwand für die Organisatoren erheblich verringert hätte. Dagegen stimmt das zweite Beispiel optimistisch. Der Weg von der Bürgersolar Essen 1 GbR zur Solargenossenschaft Essen ist dort von Rolf Schwermer Mut machend beschrieben.

Die letzten drei Artikel kommen aus dem Naturkostsektor. Den Weg von der Selbstversorgungs-Food-Coop zum genossenschaftlichen Mitgliederladen, erstere als Verein organisiert, veranschaulicht Christina Konietzny. Hier wird deutlich, dass, solange keine Gemeinnützigkeit im Spiel ist, dies realisierbar ist. Auch die Verbrauchergemeinschaft Dresden wagte den Schritt vom Verein in die Genossenschaft. Hier wurde interessanterweise der Verein auf diesem Weg »mitgenommen«. Das Beispiel kann als Vorbild für viele Vereine dienen, die im alternativen Sektor noch unzulässigerweise als Trägerorganisation dienen, obwohl ein dominanter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb besteht. Weil diese Umwandlung Rechtsgeschichte schrieb, wird sie gleich zweimal geschildert aus dem Blickwinkel von Matthias Nowitzky-Domke, ein engagiertes Mitglied, das von Anfang an dabei war und von Uwe Scheibner, betreuender Rechtsanwalt des mitteldeutschen Genossenschaftsverbands.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Anzeige

HAMBURG:

Die Rote Flora erklärt sich für unverkäuflich

»Die Idee der Roten Flora ist unverkäuflich und unbezahlbar«, erklärte Andreas Blechschmidt gegenüber dem Autor. Blechschmidt ist nicht der Presseprecher der Roten Flora, sondern ein Vertreter ihres Plenums. Dort können alle NutzerInnen mitentscheiden, was in dem selbstverwalteten Zentrum im Hamburger Schanzenviertel geschieht.

Von Gaston Kirsche, Hamburg ● Vor 21 Jahren wurde das Gebäude besetzt, um eine geplante kommerzielle Nutzung durch den geplanten Musicalmassenabfertigungsbetrieb »Phantom der Oper« zu verhindern. Als die Mauer fiel, wurde in der Flora eine selbstorganisierte, von Staat und Markt unabhängige Begegnungsstätte zum Leben erweckt. Die Aufwertung des ehemaligen Arbeiterstadtteils mit vielen Altbauwohnungen wurde so verzögert.

Die Rote Flora ist vieles: Druckwerkstatt, Archiv der sozialen Bewegungen, Autonomes Zentrum, Konzertsaal, Jugendzentrum, selbstverwaltete Motorradwerkstatt. Alles mögliche wird hier selbstorganisiert gemacht, nur eines nicht: Gewinn. Alle sind unentgeltlich aktiv, die Preise im Café, bei Konzerten und Veranstaltungen niedrig. Überschüsse werden gespendet an politische Kampagnen oder für Prozesskosten, die durch radikale linke Aktivitäten entstehen.

Vor zehn Jahren verkaufte die Stadt das Gebäude an den Immobilienbesitzer Klausmartin Kretschmer. Die damalige rotgrüne Landesregierung privatisierte so ihre Problem-Immobilie.

Die Zeitungen des Springerverlages, welche in Hamburg 90% des Zeitungsmarktes kontrollieren, hatten in den Jahren zuvor wiederholt versucht, die Rote Flora als angeblichen »rechtsfreien Raum«, zeitweilig gar als Zentrum linksterroristischer Gewalt abzustempeln und die Räumung gefordert. Die PRO-Partei des Rechtspopulisten Ronald Schill bekam viel Zuspruch in der Stadt – und Schill wollte die Rote Flora ins Zentrum seines Law-and-Order-Wahlkampfes für die hamburgische Bürgerschaft 2001 stellen. Durch den Verkauf lief Schill hier ins Leere.

Die städtischen Juristen versahen den Kaufvertrag und den Grundbucheintrag des Gebäudes der Roten Flora mit Auflagen: Bei einem Weiterverkauf müsste der neue Besitzer Kretschmer einen Gewinn, der über dem Verkehrswert liegt, an die Stadt abführen und die Stadt hat ein Vorkaufsrecht – bis zehn Jahre nach Verkauf. Diese Frist lief am 28. März 2011 aus. Die zweite Hürde ist der Eintrag im Grundbuch: Laut dem ist in dem Gebäude nur der Betrieb eines kulturellen Zentrums zulässig.

Klausmartin Kretschmer hat das Notariat von Henning Voscherau damit beauftragt, eine Änderung des Grundbucheintrages zu betreiben. Voscherau hat als ehemaliger Bürgermeister und graue Eminenz der SPD Hamburgs einige Möglichkeiten. Gleichwohl hat Hamburgs neugewählter Bürgermeister Olaf Scholz, SPD, Anfang März bei der Vorstellung der neuen Kultursenatorin beinahe beiläufig erklärt, »da kann man gar nichts anderes machen, als eine Kultureinrichtung«. Ob sich die Stadt überhaupt mit der Roten Flora beschäftigen müsse, sei noch offen, so Scholz: »Auf jeden Fall hat niemand vor, an dem jetzigen Zustand im Großen und Ganzen etwas zu ändern«. Mitte März spekulierte die Hamburger Morgenpost: »Kauft die Stadt die 'Rote Flora'? Nach MOPO-Informationen hat Olaf Scholz das Stadtteilzentrum zur Chefsache erklärt.« Der Senatssprecher Christoph Holstein dementierte, das sei »Quatsch«.

Fortsetzung auf Seite 2

AKTION 2011

Osterüberraschung

Nun sind die allergrößten Sorgen überstanden, unsere Produktion ist Dank weiterer Spenden in Höhe von 1.562 EUR im Monat April auch über den Sommer hinaus gesichert. Herzlichen Dank an alle Spender und Spenderinnen!
Damit wir am Jahresende keine roten Zahlen schreiben müssen, benötigen wir nun noch 2.580 EUR. Das wären z.B. 129 Spenden à 20 EUR.

Redaktion Heidelberg ● Eingegangen sind auf unserem Spendenkonto folgende Einzelspenden:

- Spende CD-Verkauf (2 EUR)
- Petra Milhoffer, Bremen (20 EUR)
- Maria Pigarelli, München (10 EUR)
- Peter Köllner, Spanien (20 EUR)
- Günter Greuel, Mainz (200 EUR)
- Marianne Walz, Gernsheim (100 EUR)
- Heinz Weber, Berlin (10 EUR)
- Martin Esch, Köln (1.200 EUR)

Unsere Abostatistik sieht in diesem Monat positiv aus. Acht neue AbonnentInnen konnten wir mit unserem Begrüßungsgeschenk, dem Buch »Ein Frühling irrer Hoffnung« von Erasmus Schöfer, begrüßen. Leider gab es auch 3 Kündigungen. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 135+. Im Mai 2010 fehlten uns noch 149+ Abos.

Wir können gar nicht oft genug darauf hinweisen, denn immer wieder erreichen uns Reklamationen von LeserInnen, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Der/die ZustellerIn entsorgt CONTRASTE Monat für Monat, bis sich unser/e LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen.

In den letzten Jahren gab es eine Reihe von Bankenfusionen, auf einmal heißt eure Bank anders und die Bankleitzahl hat sich geändert. Auch in diesen Fällen und bei einem Wechsel zu einer anderen Bank bitten wir euch um Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankengebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 EUR.

Eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (näheres zur Fördermitgliedschaft im Coupon auf dieser Seite).

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto siehe Kasten unten (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2011

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2011: 2.580 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 135+ Neuabos

Sommerplenum 2011

Unser jährliches Plenum findet vom 1.-3. Juli 2011 in der Nähe von Klagenfurt in Österreich statt. Anlass vielleicht auch für Euch, ein wenig hinter die Kulissen unseres Projekts zu schauen und Kontakte zu knüpfen. Denn neue Kontakte sind eine wichtige Bereicherung für unser Projekt. Wir erfahren dadurch mehr über Diskussionen, Aktionen und Projekte aus Eurer Region und es entstehen dadurch interessante und lesenswerte Beiträge für CONTRASTE.

Einfach anmelden und vorbeischauen unter: contraste@online.de

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Gesichert ist, dass Klausmartin Kretschmer sehr umtriebig ist, um das Gebäude der Roten Flora gewinnbringend zu verkaufen: 185.000 Euro bezahlte er 2001, fünf Millionen Euro möchte er 2011 erlösen. Angeblich hat er schon Kaufinteressenten. In Interviews malt Kretschmer gerne das Szenario tagelanger Straßenschlachten an die Wand, welche die Stadt teurer zu stehen kommen würden, als wenn sie das Flora-Gebäude für 5 Millionen zurückkaufen würde.

Unbestritten ist, dass die Rote Flora für die linksalternative Szene Hamburgs eine hohe symbolische und praktische Bedeutung hat. So haben KünstlerInnen der Initiative »Not in our name« im Dezember eine Flora-Bleibt-Festspielwoche organisiert unter dem Motto: »Ich würd's so lassen!«. Andreas Blechschmidt: »Dass Scholz erst mal erklärt hat, er würde die Flora so lassen, ist bereits ein Erfolg der Solidarität mit der Roten Flora.« Blechschmidt betonte gegenüber dem Autor, dass dies zwar keine Garantie dafür sei, dass der SPD-Senat unter Scholz nicht im Zweifelsfall räumen lassen werde, wenn Kretschmer einen Räumungstitel erwirken würde. Aber die Solidaritätskampagne mit der Roten Flora erklärte Mitte März zuversichtlich: »Außerdem scheint in den Etagen des Establishments die Ahnung angekommen zu sein, dass der Widerstand im Falle eines tatsächlichen Räumungsversuchs schnell zu einem Flächenbrand werden kann«.

Am 28. März fand ein kollektiver Besuch des Hamburger Grundbuchamtes statt, um die Rote Flora aus dem Grundbuch zu streichen. Die 100 TeilnehmerInnen mussten sich auf symbolische Aktionen vor dem Eingang beschränken, da eine Überzahl an PolizistInnen sie am Betreten hinderte. Aber am 30. April geht es weiter mit einer überregionalen Soldaritätsdemo »gegen kapitalistische Zustände, für den Erhalt der Flora und das Recht auf Stadt!«. Denn die Zukunft der Roten Flora sollte nicht auf dem Immobilienmarkt entschieden werden, sondern von den Nutzerinnen und Nutzern gestaltet werden können.●

Weitere Infos:
http://florableibt.blogsport.de

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

ausgeBIPt?!

Von Elisabeth Voß ● Jahrzehntelang galt Wirtschaftswachstum unhinterfragt als erstrebenswertes Ziel, gemessen an der jährlichen exponentiellen Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also der Menge aller am Markt realisierten oder realisierbaren Produkte und Leistungen. Mittlerweile sind die Zweifel an diesem Wohlstandsindikator schon fast Mainstream. So werden zum Beispiel unentgeltliche Familienarbeit oder Ehrenamt als tragende Säulen des gesellschaftlichen Wohlstands nicht erfasst, während jeder Autounfall mit den nachfolgenden medizinischen Behandlungen und Reparaturen das BIP erhöht. Und dieses BIP kennt keine Gerechtigkeit, weder innerhalb eines Landes noch global.

Die von der französischen Regierung einberufene Stiglitz-Sen-Fitussi-Kommission empfahl 2009, nicht das BIP, sondern unter anderem die Verteilung des Einkommens sowie des Vermögens und der Aktivitäten außerhalb des Marktgeschehens als Wohlstandsindikatoren heranzuziehen. Der »Happy Planet Index« basiert auf der Ermittlung von Lebenszufriedenheit, Lebenserwartung und ökologischem Fußabdruck und bezieht damit die globale Perspektive in die Beurteilung einzelner Volkswirtschaften ein. Bolivien und Ecuador haben in ihren Verfassungen das »Gute Leben« (Buen Vivir), das Königreich Bhutan das »Bruttosozialglück« als Staatsziel definiert.

In Deutschland wurde Ende 2010 vom Bundestag die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« eingesetzt. Schon die Zusammensetzung wurde zum Skandal, weil »versehentlich« neben den 17 Bundestagsabgeordneten (8 Männer, 9 Frauen) 17 Experten, also ausschließlich Männer, in dieses Gremium berufen wurden. Diese wurden beauftragt mit der »Entwicklung konkreter politischer Handlungsempfehlungen für ein ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften«.

Es ist zu befürchten, dass die Frage, was hierzulande unter Wohlstand verstanden werden kann, damit fein säuberlich entsorgt wurde. Davon, dass die Kommission Methoden zur Initiierung einer gesellschaftlichen Debatte über diese Grundfrage von Wirtschaft und Zusammenleben innerhalb dieses Landes und in der globalen Welt finden soll, habe ich nichts gelesen.

Vielleicht noch schlimmer als die Beerdigung des Themas wäre, wenn diese Kommission die Begleitprosa zu weiteren Einsparungen an sozialer Sicherheit und öffentlichen Leistungen liefern würde, weil ja – wenn das BIP stagnieren oder gar sinken sollte – nichts mehr zum Verteilen oder Gestalten da wäre. Sicher muss die Legitimität des Anspruchs einiger Weniger auf ein immer größer werdendes Stück vom global begrenzten Ressourcenkuchen in Frage gestellt werden. Aber weder hier noch im globalen Süden sollte das Gürtel-enger-Schnallen ausgerechnet von den Armen verlangt werden.

Unter Berufung auf Ecuador und Bolivien, die in ihren Verfassungen der Natur eigene Rechte eingeräumt haben (was ich mir hier nicht anmaßen möchte zu kritisieren) könnte die Kommission auch auf die Idee kommen, exklusiv den direkten Draht zur Natur für sich zu reklamieren, und unter dem Deckmäntelchen unhinterfragbarer ökologischer Sachzwänge Maßnahmen zur Überwachung und Repression anregen. Diese Vermenschlichung der Natur würde damit – ob gewollt oder nicht – doch wieder nur ein weiteres Herrschaftsinstrument. Die Natur verhandelt nicht, sondern schafft Fakten durch Temperaturveränderungen, Boden- und Wasserbewegungen, Entstehen und Verschwinden von Flora und Fauna.

Gäbe es weltweit auch nur annähernd Verhältnisse, in denen die Menschen selbst gemeinsam und demokratisch entscheiden könnten, wie sie in dieser Natur miteinander leben und arbeiten möchten, dann würden sie aus purem Eigeninteresse die Natur als ihre Lebensgrundlage erhalten, zum Beispiel zur Absicherung ihrer Nahrungssouveränität. Erst der Ressourcenraub und die Entfremdung von den Produktions- und Austauschverhältnissen zwingt ArbeiterInnen unter oft erbärmlichsten Bedingungen Öl, Kohle oder seltene Metalle aus der Erde zu holen, Gift in der Landwirtschaft einzusetzen oder Atomenergie und Waffen zu produzieren.

Vermutlich ist es nicht mehr die Frage, ob das BIP als Messgröße für Wohlstand Bestand hat, sondern eher, was an seine Stelle tritt. Vielleicht kommen ja die Herren Experten oder die ein oder andere PolitikerIn eines Tages auf die Idee, dass es Sinn machen könnte, sich Sachverstand aus sozialen Bewegungen und selbstorganisierten Projekten einzuladen, und auch Erfahrungen des Lebens und Arbeitens jenseits von Wachstumszwang und Verwertung am Markt um jeden Preis, also ihnen vermutlich eher fremde Sichtweisen, in ihre Erwägungen einzubeziehen.●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

»NOISE AND RESISTANCE«

Es geht auch anders. Kommerz, Kapital und Konsum sind keine unumstößliche Notwendigkeit unserer Gegenwart. Dass man mit dieser Meinung nicht allein sein muss, zeigen Francesca Araiza Andrade und Julia Ostertag in ihrem wütenden und mitreißenden Dokumentarfilm »Noise and Resistance«. Was manchen nur als Lärm und Störung gilt, machen sie als vitale Artikulation des Widerstands deutlich: Punk ist hier weder Modeerscheinung noch verstaubtes Relikt der Vergangenheit, sondern der lebendige Ausdruck eines Lebensgefühls. Die beiden Regisseurinnen begeben sich mitten hinein in eine höchstlebendige und pulsierende, eine aufbegehrende und selbstbewusste Szene. Ob Hausbesetzer aus Barcelona, Antifaschisten in Moskau, niederländische Gewerkschaftskämpfer, die Aktivisten des englischen CRASS-Kollektivs, queere Wagenplatzbewohner aus Berlin oder Punkgirl-Bands aus Schweden – immer ist die Musik eine kollektive Selbstbehauptung, ein vertontes Nein, dessen Losung »Do it yourself!« zur lautstarken Internationale des 21. Jahrhundert geworden ist. »Noise and Resistance« ist eine inspirierende Reise durch Europas Utopia der Gegenwart, an subkulturelle Sehnsuchtsorte, wo aus Unabhängigkeit Gemeinschaft entsteht – und der beste Punk-Sound, den man seit Jahren gehört hat.●

Kinostart: 16. Juni 2011

Der Trailer:
www.youtube.com/watch?v=m0yY1JWKBJ4

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

ArchivCD.3

7 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!
1/2004 - 12.2009 und 10.1984 - 12.1985
zusätzlich:
BUNTE SEITEN 2011 - Das alternative Adressbuch
und
Reader der AlternativMedien - BRD/AUSTRIA/CH
Die CD kostet:
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Bestellungen an:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

ZENSUS 2011

Wohngenossenschaften klagen

Die Volksbefragung »Zensus 2011« geht in die zweite Runde. Am 9. Mai ist Stichtag für die Befragung aller Wohneigentümer und Start für die Personenbefragungen von 10 Prozent aller Privathaushalte.

Von Gaston Kirsche, Hamburg ● »Deutschland braucht aktuelle Daten, um die Zukunft unserer Gesellschaft zu planen«, behauptete Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamts, Anfang April. Es war der Startschuss für eine gigantische Werbe- und PR-Kampagne, mit der um Akzeptanz für den Zensus 2011 geworben wird. Denn gegen die letzte Volkszählung in der BRD gab es 1983 so breiten Widerstand, dass das Bundesverfassungsgericht (BVG) die Notbremse zog und einige Fragen für verfassungswidrig erklärte. 1987 fand die letzte Volkszählung dann statt, begleitet von einer starken Boykottbewegung. Neben dem beim Zensus 2011 weitgehend gelungenen Versuch, Journalisten zum Verfassen von Promotexten zu motivieren, gibt es jetzt Plakate, Anzeigen und einen Werbespot: »Deutschland braucht die moderne Volkszählung«, heißt es dort.

Die nationale Propaganda ersetzt aber keine Aufklärung – erst recht nicht über mögliche Einspruchsmöglichkeiten. Protest gibt es kaum. Ein Boykott ist nicht in Sicht, nur vereinzelte Klagen. Deren Chance ist ohne breite Bewegung nicht sehr groß. In vorauseilendem Gehorsam hat das BVG letztes Jahr eine Verfassungsbeschwerde, die von 13.000 Menschen unterstützt wurde, aus formalen Gründen nicht zur Entscheidung angenommen. Anders als bei der Volkszählung 1983 geht der Staat nicht in die offene Konfrontation: Es gibt weder Zwangsverpflichtungen von BefragerInnen noch die Ansage, dass Alle ausgefragt werden.

Dank moderner Computertechnik läuft das meiste online. Denn Datenbänke werden für alle BürgerInnen angelegt, nicht nur für die direkt Befragten, wie Frank Hennig vom Statistischen Bundesamt verkündet: »Der Zensus ist eine Kombination aus einer Auswertung vorhandener Verwaltungsdaten und einer direkten Befragung bei Teilen der Bevölkerung.« Die Zusammenführung aller bisher auf verschiedene Behörden verteilten und eigentlich auch nur für die dortigen jeweiligen Verwaltungsvorgänge gespeicherten Daten unter einer zentralen Ordnungsnummer für jede Bürgerin als »Auswertung vorhandener Verwaltungsdaten« zu bagatellisieren, grenzt dabei schon an Desinformation.

Beim laufenden sogenannten Zensus werden 25 Millionen in Deutschland lebende Menschen von 80.000 Erhebungsbeauftragten aufgesucht: Ab 9. Mai drei Millionen bei der Befragung von 10% aller Haushalte, deren BewohnerInnen die ausführlichen Fragebögen über alle Lebensbereiche ausfüllen müssen: Woher stammen Ihre Eltern, es wird ein möglicher Migrationshintergrund bis in die zweite Generation abgefragt – mit genauer Angabe der Herkunft. Empfangen Sie Hartz-IV und bewerben Sie sich auch fleißig? Gleich zweifach wird die Religion abgefragt: Sind sie Jude, Christ, Moslem, Buddhist? »Erkundungen« im familiären und nachbarschaftlichen Umfeld zur Kontrolle der Angaben haben die Befragten hinzunehmen. Damit die befragte Person hinter dem angeblich anonymisierten Fragebogen nicht verloren geht, werden die persönlichen Daten bis zu vier Jahre lang unter einer eindeutigen Ordnungsnummer gespeichert. Dabei hatte dies das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil 1983 ausdrücklich verboten.

In einer ersten Runde des Zensus wurden im Herbst 2010 Daten aus den Melderegistern mit denen des Finanzamtes und der Bundesagentur für Arbeit zusammengeführt. Vor den Haushalten werden am 9. Mai alle 17,5 Millionen Wohnungs- oder Hausbesitzer befragt. Dafür gab es schon Vorbefragungen. Die stießen auf Widerstand bei einigen alternativen Wohnungsbaugenossenschaften, wie bei den Alternativen am Elbufer eG, der selbstverwalteten Genossenschaft der ehemals besetzten Häuser in der Hamburger Hafenstraße, die sich nicht zum Erfüllungsgehilfen einer Volkszählung machen lassen will und gegen den Zensus klagt – dazu ein Interview mit Frank John. In etlichen anderen alternativen Wohnungsbaugenossenschaften wird auch über diesen Schritt diskutiert, weil alle mittlerweile die Auskunftsbögen der Statistischen Landesämter in der Post hatten. In Berlin hat sich die Wohnungsbaugenossenschaft »Bremer Höhe eG« zu einer Klage entschlossen – dazu ein Interview mit Barbara König vom Vorstand der Bremer Höhe.

Anwaltlich vertreten wird die Bremer Höhe aus Berlin ebenso wie die Hamburger Alternativen vom Elbufer von der Anwältin Eva Dworschak aus Bremen, eine Expertin, die sich seit einem Jahr mit dem Zensus beschäftigt.

Dworschak hofft, dass viele Bürger von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich juristisch zu wehren: Wer direkt von der Auskunftspflicht per Verwaltungsbescheid betroffen ist, kann Widerspruch einlegen. Dieser hat aber keine aufschiebende Wirkung bis abschließend entschieden ist. Dies kann nur erreicht werden, wenn mit dem Widerspruch ein Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gestellt wird. Möglich ist es auch, gegen die Sammelwut generell mit Unterlassungsantrag vorzugehen, nicht erst Widerspruch gegen die mögliche Befragung einzulegen. Sondern jeder kann sich gegen die ihn betreffende Erhebung wehren, auch ohne von einem Erhebungsbeauftragten ausgefragt zu werden. Dworschak hat einen informativen »Ratgeber zur Volkszählung 2011 – Zensus 2011« online gestellt.●

Infos:
www.zensus11.de
www.die-rechtsanwaelte.eu/wer-wir-sind/dworschak/index.php

INTERVIEW MIT FRANK JOHN, »ALTERNATIVEN AM ELBUFER EG«

»Der technokratische Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse ist uns eher verhasst«

Wie kam es dazu, dass Ihr als Wohngenossenschaft gegen den Zensus 2011 protestiert?

Wir haben Kenntnis von einer Vorbefragung zur Gebäude- und Wohnungszählung erhalten. Nach dem wir uns kundig gemacht haben war schnell klar, dass wir uns nicht zum Erfüllungsgehilfen einer Volkszählung machen. Wir haben sowohl als Besetzung wie auch als Genossenschaft für eine staatskritische und selbstverwaltende Haltung gestanden. Der technokratische Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse ist uns eher verhasst. Zum Zweiten war klar, dass wir nicht einfach Auskunft über die Lebensverhältnisse unserer MieterInnen geben. Zum Dritten war klar, dass unser Recht informationeller Selbstbestimmung heute mehr als noch vor 25 Jahren geschützt und ausgeweitet werden muss.

Mit diesem Zensus werden Register erstellt und Datenbanken zusammengeführt, die es ohne größere technische Probleme möglich machen, identifizierbare Datensätze und Profile zu produzieren. Mit der einheitlichen Steueridentifikationsnummer existiert bereits eine eindeutige Zuordnungsmöglichkeit.

Im Zeitalter der digitalen, sozialen Netzwerke ist die Frage der Freiwilligkeit und Verfügbarkeit über Daten zentral. Für die Regierung wäre es ein Leichtes gewesen, mit einem freiwilligen Zensus die Frage des gesellschaftlichen Nutzens solcher Erfassungen gleich mit zur Abstimmung zu stellen.

Ihr wollt dagegen klagen?

Wenn wir zur Auskunft aufgefordert werden, formulieren wir einen Widerspruch. Um diesem Widerspruch zu einer tatsächlichen Geltung zu verhelfen, müssen wir eine Klage auf aufschiebende Wirkung des Widerspruches einreichen. Dann werden die juristischen Mühlen anfangen zu mahlen. Wir haben uns darauf verständigt, den Klageweg bis vor das Bundesverwaltungs- oder Bundesverfassungsgericht zu gehen. Als Hausnummer rechnen wir da mit vorläufig 5.000 bis 10.000 Euro Kosten, beim BVG kommt noch mal was drauf. Das ist eine Menge Geld, zu viel für viele Hausprojekte. So bekommt diese Klage auch einen stellvertretenden Charakter.

Bisher gibt es wenig Protest gegen den Zensus 2011 – hofft Ihr, dass sich dass durch die Klagen ändert?

Für verwaltungsrechtliche Klagen ist eine begleitende Öffentlichkeit und gesellschaftliche Debatte hilfreich, da sich das Klageverfahren selbst im wesentlichen im Austausch umfangreicher und häufig nicht allgemeinverständlicher Schriftsätze abspielt. Die öffentlichkeitswirksame Tribüne des Gerichtssaales fehlt.

Angesichts der bisher überschaubaren kritischen Öffentlichkeit bergen die Klagesätze selbst allerdings einiges an kritischem Potential. Denn in diesen werden die technischen, juristischen und politischen Argumente formuliert, warum ein solcher Zensus besser eine Allmachtsphantasie von Statistikern oder neurotischen Ordnungspolitikern bleiben sollte. Die Klage wird also Argumente und Aufklärung, mindestens Zeit und im besten Fall ein erfolgreiches Urteil liefern: Dem Widerspruch und der Klage wird stattgegeben.

Gibt es Pläne für eine Aufklärungskampagne über die Gefahren des Zensus – auch zur Vorbereitung auf die Haushaltsbefragungen?

Bisher haben wir unsere MieterInnen informiert. Zentrales Anliegen ist uns die Aufklärung von MieterInnen, damit sie ihren VermieterInnen untersagen, Informationen weiter zu geben. Es gibt einige kleinere Veranstaltungen, um Fragen und Informationsbedürfnisse zu beantworten. Es gibt die Aufforderung kollektive Rechtsschutzvereinbarungen zu treffen, damit bei Informationsverweigerung die betreffenden Personen nicht allein stehen. Da wir als Gebäudeeigentümer und MieterInnen über unsere Fassadengestaltung bestimmen dürfen, wollen wir mit Transparenten und Wandbildern das Stadtbild verändern. Wenn die Bundesregierung endlich ihrer Informationspflicht nachkommen muss, rechne ich eher damit, dass dann die schlafenden Hunde geweckt werden, der Zensus und das Zwangsinstrument Bevölkerungserfassung mehr in den öffentlichen Blickpunkt rückt.

Dann gibt es vielleicht ein öffentliches Gespräch, dass gesellschaftliche Missstände viel weniger durch fehlende Daten als durch an Verwertungslogiken orientierte Weichenstellungen und falsche politische Entscheidungen hervorgerufen werden.

Bekommt Ihr Unterstützung?

Zur Zeit ist das alles noch unsicher. Wir versuchen zu erfahren, ob und welche anderen Genossenschaften oder Wohnungsunternehmen noch alles klagen wollen. Der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen hat kein Problembewusstsein. Die üblichen Verdächtigen von der Humanistischen Union bis zu den Initiativen gegen die Vorratsdatenspeicherung haben wir angefragt oder fragen wir an. Einzelne aus der Piratenpartei nehmen sich dessen an. Doch bisher ist das bescheidene Eigeninitiative.

Vielen Dank!

INTERVIEW MIT BARBARA KÖNIG, »BREMER HÖHE EG«

»Die Verknüpfung mit persönlichen Daten ist sehr heikel«

Was für Auskünfte werden von Ihnen als Wohngenossenschaft verlangt?

Im ersten Teil der Befragung Angaben zum Gebäude- und Wohnungsbestand, also darüber, welche Gebäude wir wo und mit wie viel Wohnungen besitzen. Diese Informationen halten wir für unproblematisch und haben diese auch schon eingereicht.

Im zweiten Teil der Befragung sollen wir über die einzelnen Wohnungen und deren Bewohner Angaben machen, z.B. zu Namen aller Haushaltsmitglieder, Telefonnummern, Wohnfläche, Zimmerzahl, Art der Beheizung und der sanitären Ausstattung, Beginn des Mietverhältnisses etc.

Wie kam es dazu, dass Sie als Wohngenossenschaft gegen den Zensus 2011 protestieren?

Wir haben im Frühjahr 2010 die Unterlagen für den ersten Teil der Befragung erhalten und wurden dadurch auf den geplanten Zensus aufmerksam. Daraufhin habe ich mir das Gesetz mal näher angesehen und war empört über die Menge der zum Teil sehr persönlichen Daten, die da gesammelt und zum Teil hinter dem Rücken der Menschen zusammengeführt werden. Besonders stört uns, dass die Daten grundsätzlich mit Namen, Geburtsdaten und Telefonnummern versehen werden müssen. Wir erkennen durchaus die Notwendigkeit statistischer Datensammlungen, können aber nicht erkennen, wozu dabei die Personalisierung dienen soll. Wenn man die Fragen des Haushaltsfragebogens nach aktueller Krankheit oder Status im Beruf betrachtet, wird die Verknüpfung mit persönlichen Daten sehr heikel.

In Bezug auf die Daten, die wir als Vermieter abgeben sollen, betrachten wir auch diese als schwierig: aus der Kombination von Haushaltsgröße und Wohnfläche bzw. Zimmerzahl lässt sich einiges über den sozialen Status des Haushalts ablesen – wen geht das etwas an. Die Frage nach dem Mietbeginn und der Haushaltsgröße lässt sich auf der Suche nach Transferleistungsmissbrauch prima nutzen – wir wollen uns aber nicht zu Denunzianten machen lassen. Sehr kritisch aus der Sicht des Vermieters ist auch, dass wir über Sonderwohnformen, wie in unserem Fall eine betreute WG psychisch Kranker und eine Wagenburg Auskunft geben sollen. Vor dem Hintergrund der vielen Datenskandale der letzten Jahre halten wir den Umfang, die Ausführlichkeit und die Umsetzung der Befragung insgesamt nicht vereinbar mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Sie wollen dagegen klagen?

Ja. Wir haben unsere Mitglieder und Mieter darüber aufgeklärt und das Thema bei der letzten Mitgliederversammlung diskutiert. Der Beschluss, dass wir uns auf dem Rechtsweg gegen die Auskunftspflicht wehren wollen, erhielt dort eine Zustimmung von über 90% – trotz der zu erwartenden Kosten.

Bisher gibt es wenig Protest gegen den Zensus 2011 – hoffen Sie, dass sich das durch die Klagen ändert?

Ich hoffe, dass sich das mit dem Näherrücken ändern wird. Spätestens, wenn die ersten Journalisten selbst Auskunft geben sollen, werden sie vielleicht endlich auf das Thema aufmerksam.

Gibt es Pläne für eine Aufklärungskampagne über die Gefahren des Zensus – auch zur Vorbereitung auf die Haushaltsbefragungen?

Wir halten unsere Mitglieder und Mieter über das Thema auf dem Laufenden. Wir haben es auch gegenüber einigen anderen Genossenschaften angesprochen und im letzten Herbst eine Presseerklärung an einige Medien gesandt. Die Resonanz war aber eher bescheiden.

Bekommen Sie Unterstützung?

Von wem?

Vielen Dank für das Interview!

HANNOVER: DAS BEKLEIDUNGSSYNDIKAT

Ein Angebot, das man nicht ablehnen kann ?

Vordergründig erscheint alles unscheinbar, geradezu unauffällig. Ein grauer Hinterhof auf einem ehemaligen Fabrikgelände an der Grenze von Wohn- und Industriegebiet. Bezeichnenderweise in der Nähe des Kanalhafens. Geradezu klassisch für ein Geschäft, das sich »Bekleidungssyndikat« nennt.

Von Runa Jansen ● Nicht nur der Ort, auch das Logo lässt vermuten, dass hier Panamahüte, Maßanzüge und Zigarren verkauft werden. Vielleicht sogar von Männern mit bleistiftdicken Oberlippenbärten oder von Frauen mit Zigarettenspitzen. Alte Männer in teuren Anzügen machen dir mit traurigem Gesicht und heiserer Stimme »ein Angebot, das du nicht ablehnen kannst« – so wie es auf den Flyern des Bekleidungssyndikats heißt.

Was sich tatsächlich hinter dem »Bekleidungssyndikat« verbirgt, ist das komplette Gegenteil von alldem. »Syndikat« – wörtlich etwa Interessenvereinigung – beschreibt hier keine kriminelle Organisation, sondern bedeutet schlicht und einfach »Gewerkschaft«. Das »Bekleidungssyndikat« entstand nämlich aus einem Projekt der kleinen Basisgewerkschaft FAU.

Nicht nur über Ausbeutung reden

Im Lager des »Bekleidungssyndikats« sind in einem relativ kleinen Raum in Holzregalen Kisten gestapelt, in denen sich faire, biologische und vegane Kleidung von 27 verschiedenen Marken befindet. Vom veganen Kochbuch über Unterwäsche und Jeans bis zu Schuhen aus Kunstleder findet man dort alles, was das (korrekte) Herz begehrt – Schlichtes und Ausgefallenes. Wer Achtziger-Jahre-Allerweltsladen-Batiklook sucht, ist hier allerdings an der falschen Stelle.

»Die Botschaft ist«, so Mitgründer Ingmar Vogelsang, »dass Kleidung die korrekt produziert wurde – also mindestens zu den Standards, die die »International Labour Organization« festgelegt hat – nicht nur bezahlbar ist, sondern auch, von 'normaler', in Ausbeutungsbetrieben hergestellter Kleidung in Qualität, Tragekomfort und Aussehen nicht zu unterscheiden ist.«

Angefangen hat alles mit Informationsveranstaltungen der basisdemokratischen Gewerkschaft FAU über Sweatshops – Produktionsbetriebe in Billiglohnländern, die ArbeiterInnen extrem ausbeuten. Die AkivistInnen wollten aber nicht nur immer über das Thema reden, sondern auch handeln, und machten sich selbst auf die Suche nach fair und korrekt hergestellten T-Shirts. Dabei stießen sie auf ein Näherinnenkollektiv in Nicaragua, das sich nach den Verwüstungen durch den Hurrikan »Mitch« 1998 mit der Unterstützung einer US-amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation gegründet hatte. Vor fünf Jahren importierten die Initiatoren dann zum ersten Mal eine größere Menge T-Shirts nach Deutschland. Aus dem ehrenamtlichen T-Shirt-Vertrieb wurde nach und nach ein Komplettangebot. Schließlich feierte im Juli 2010 das »Bekleidungssyndikat« sein einjähriges Bestehen und den Umzug in ein Lager mit Öffnungszeiten.

Kleidung, sowohl biologisch als auch fair zu produzieren, ist ein hoher Anspruch. Beim »Bekleidungssyndikat« werden weder die verheerenden Umweltauswirkungen der Baumwollproduktion noch die Arbeitsbedingungen in den Sweatshops akzeptiert. Das Angebot soll ein konkreter Beitrag zu einer Welt ohne Ausbeutung und Umweltzerstörung sein.

»Konventionell angebaute Baumwolle ist eigentlich der letzte Dreck«, sagt Ingmar Vogelsang, »für ein Kilo Baumwolle werden ungefähr vier Kilo Chemikalien eingesetzt.« Das »Bekleidungssyndikat« will Alternativen bieten. »Nicht nur zu konventionellen Klamotten, sondern auch zu herkömmlichen Lebensstilen«, wie Vogelsang betont. Deswegen habe man auch überlegt, ganz auf Tierprodukte zu verzichten. »Gerade wenn Tiere für Produktionszwecke gehalten werden, wird das auch sehr schnell übel – und wir wollen keine ausbeuterischen Verhältnisse unterstützen.«

Um die hohen Ansprüche für alle KundInnen sichtbar und verständlich zu machen, veranschaulichen bei allen Artikeln im Onlineshop kleine Symbole die jeweiligen Eigenschaften. Neben »fair«, »bio« und »vegan« deklariert »recycled« jene Produkte, die durch sogenanntes Upcycling entstanden sind. Dabei handelt es sich um wiederverwertete Stoffe, zum Beispiel aus Feuerwehrschläuchen oder Heißluftballons. Bei »fair« und »bio« verlässt sich das »Bekleidungssyndikat« auf offizielle Siegel wie das Fairtrade-Siegel oder den Global Organic Textile Standard (GOTS). Diese Siegel werden auch bei den Artikeln aufgeführt.

Gesellschaftliche Veränderung anregen

Das »Bekleidungssyndikat« hat darüber hinaus Ansprüche – die natürlich mit den Ansprüchen an die Kleidung zusammenhängen. Von Anfang an war klar, dass niemand ausgebeutet werden darf. Es soll nicht nur ein Kollektiv entstehen, sondern auch ein »Union Shop«, in dem alle Lohnabhängigen Mitglied einer Gewerkschaft sind. Dieses gewerkschaftliche Engagement bedeutet, dass keine Chefstrukturen entstehen sollen, wenn einmal – wie vorgesehen – mehrere feste MitarbeiterInnen und nicht nur HelferInnen und UnterstützerInnen mit dabei sind. Außerdem werden dann alle das Gleiche verdienen und es soll der Grundsatz »15 Euro Mindestlohn« gelten.

Doch da hört der Wille, Alternativen auszuprobieren und umzusetzen, noch nicht auf: Es werden so viele recycelte Produkte wie möglich verwendet. Für den Onlineshop und das Büro ist fast ausschließlich Freie Software im Einsatz. Der Strom für Büro und Lager wird von »greenpeace energy eG« und damit komplett aus alternativen Energiequellen bezogen.

Trotz oder gerade wegen der verschiedenen Ansprüche bleibt das »Bekleidungssyndikat« seiner Doppeldeutigkeit treu. Gerade sind neue Aufkleber angekommen. Dort ist unter dem Spruch »Wir haben auch Schuhe für Ausbeuter« ein Fisch zu sehen, der an Beinen vorbei schwimmt, die in einem Betonsockel stecken.●

Info: www.bekleidungssyndikat.de

Aus: Der Rabe Ralf, Februar/März 2011

11. VERLEIHUNG DER BIGBROTHERAWARDS 2011

Redaktion Heidelberg ● Kein Aprilscherz: am Freitag, 1.4.2011, um 18 Uhr wurden inzwischen schon zum 11. Mal die deutschen BigBrotherAwards verliehen. Die Preisgala mit Preisreden, Live-Musik und Rahmenprogramm fand in Bielefeld statt.

Je einen der Awards erhielten der Deutsche Zoll, Prof. Dr. Wagner (stellvertretend für die Zensus 11-Kommission), die Modemarke Peuterey, der Verlag für Wissen und Innovation, die Daimler AG, Facebook, Apple und der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann.

In der nachfolgenden Kurzübersicht stellen wir einige der PreisträgerInnen vor. Weitere, sowie die ausführlichen Laudationen siehe:
www.bigbrotherawards.de

Kommunikation:
Der BigBrotherAward 2011 in der Kategorie »Kommunikation« geht an die **Facebook Deutschland GmbH** für die gezielte Ausforschung von Menschen und ihrer persönlichen Beziehungen hinter der netten Fassade eines vorgeblichen Gratisangebots. Die gesammelten Daten speichert Facebook in den USA – Zugriff für Geheimdienste möglich, Löschen nicht vorgesehen. Per »Freundefinder« und »Handy-App« eignet sich Facebook Telefonnummern und Mailadressen aus den Adressbüchern der Nutzer an. Der »Gefällt-mir«-Button auf fremden Webangeboten verpetzt auch ohne Anklicken alle Besucher der Seite an Facebook. Mit Facebook wuchert eine Art zentrale »Gated Community« im Netz, in der Menschen auf Schritt und Tritt beobachtet werden. Hier herrscht die Willkür eines Konzerns und der verdient mit systematischen Datenschutzverstößen Milliarden.

Behörden und Verwaltung:
Der BigBrotherAward 2011 in der Kategorie »Behörden und Verwaltung« geht an den Vorsitzenden der Zensuskommission **Herrn Prof. Dr. Prof. Dr. Gert G. Wagner** für die als »Zensus2011« bezeichnete Vollerfassung der Bevölkerung Deutschlands. Er erhält diesen Negativ-Preis stellvertretend für alle Beteiligten. Mit der aktuellen Volkszählung werden sensible Persönlichkeitsprofile von über 80 Millionen Menschen erstellt, die bis zu vier Jahre nach dem Stichtag am 09. Mai 2011 personenbezogen verfügbar sind. Dabei werden Daten aus Melderegistern, von der Bundesagentur für Arbeit und bundesbehördlicher Arbeitgeber zweckentfremdet, ohne dass die Betroffenen rechtzeitig und ausreichend darüber informiert werden oder dem widersprechen könnten.

Politik:
Der BigBrotherAward 2011 in der Kategorie »Politik« geht an den Niedersächsischen Innenminister **Uwe Schünemann (CDU)** für den ersten nachgewiesenen polizeilichen Einsatz einer MiniÜberwachungsdrohne bei politischen Versammlungen. Während der Demonstrationen und Protestaktionen gegen den Castor-Transport im Wendland im November 2010 haben insgesamt vier Mal so genannte »fliegende Augen« die Demonstranten heimlich ausgespäht und kontrolliert. Diese rechtlich höchst umstrittene Überwachungsmaßnahme aus der Luft kann Persönlichkeitsrechte von Betroffenen verletzen sowie einschüchternde und abschreckende Wirkung auf die Versammlungsteilnehmer haben.

Arbeitswelt:
Der BigBrotherAward 2011 in der Kategorie Arbeitswelt geht an die **Daimler AG** in Stuttgart für die Praxis, flächendeckend Bluttests von ihren Produktionsmitarbeitern zu fordern. Diese Form von modernem Vampirismus erfolgt ohne Rücksicht auf Persönlichkeitsrechte und meist ohne arbeitsrechtlich erforderlich zu sein. Ursprünglich hatte die Daimler AG diese Bluttests auch von ihren Verwaltungsmitarbeitern gefordert, das wurde allerdings inzwischen wieder eingestellt. Daimler erhält den Preis stellvertretend für mehrere weitere deutsche Unternehmen, die diese Bluttests fordern, weil der Autohersteller nicht die Bluttests für problematisch hält, sondern die aus dem Datenschutz folgenden Eingriffe in ärztliche Befugnisse.

Verbraucherschutz:
Der BigBrotherAward 2011 in der Kategorie Verbraucherschutz geht an den **Verlag für Wissen und Innovation** in Starnberg für das Abschöpfen von Adressen als Gegenleistung für Büchergutscheine. Der »Verlag«, von dem man im Buchhandel gar keine Bücher kaufen kann, der aber Geschäftsbeziehungen zu einem Vitaminpillenhersteller und Finanzdienstleistern unterhält, lässt Schulen in seinem Namen Büchergutscheine an Kinder verteilen. Die »Geschenke« bekommt man aber nur, wenn man Namen und Anschrift des Kindes und mindestens eines Elternteils zurück meldet. Die Jury der BigBrotherAwards hält diese Praxis für besonders kritikwürdig, weil Schulen nicht als Datenpools für die Wirtschaft missbraucht werden dürfen (laut telefonischer Aussage des Inhabers hat der Verlag die Tätigkeit vor einem Monat eingestellt; auch hätten sie Ihr Vorgehen aufgrund von Kritik selbst als »nicht so ok« angesehen).

Kommunikation:
Ein weiterer BigBrotherAward 2011 in der Kategorie »Kommunikation« geht an die **Apple GmbH** in München für die Geiselnahme ihrer Kunden mittels teurer Hardware und die darauf folgende Erpressung, den firmeneigenen zweifelhaften Datenschutzbedingungen zuzustimmen. Wer sich für mehrere hundert Euro ein schickes neues iPhone gekauft hat, will es auch nutzen. Die Kunden haben quasi keine Wahl, den 117 iPhone-Display-Seiten mit Datenschutzbedingungen nicht zuzustimmen, denn sonst könnten sie ihr teures Gerät maximal zum Telefonieren nutzen. Insbesondere die Lokalisierungs- oder Standortdaten der Nutzer werden von App-Betreibern und Werbekunden gerne genutzt, um speziell zugeschnittene Werbung zu platzieren.●

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Die Stadt den Menschen, die darin leben

Netzwerk fördert stadtpolitische Projekte

Berlin steht einmal mehr vor einem Umbruch seiner städtischen Struktur. Seit Anfang der 90er Jahre hat ein Prozess an Fahrt gewonnen, der die Verdrängung der Bevölkerung mit geringerem Einkommen beschleunigt hat. Steigende Mieten, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Verdichtung durch die Bebauung von Freiflächen. All dies beschleunigt die Verdrängung und den Anstieg der Mieten. Berlin wird als Freizeitpark für TouristInnen vermarktet. Kneipen und Hostels schießen aus dem Boden, jede freie Fläche wird mit Werbung zugepflastert. Die Bezirke im Innenstadtbereich besitzen einen für Investoren attraktiven Wohnungsbestand. Der Senat fördert dies durch entsprechende Auslegung von Bebauungsplänen, Räumung von besetzten Häusern und Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände, in der Hoffnung auf kurzfristige Entlastungen im Haushalt.

Wem gehört die Stadt?

Denen, die dort wohnen, möchte man antworten. Doch man weiß, es ist nicht so. Die Stadt gehört denen, die dort investieren. Städte sind zentrale Orte wirtschaftlicher Aktivität. Hier leben dicht gedrängt UnternehmerInnen, Lohnabhängige und das Reservoir der Hilfsbedürftigen. Die Stadt gilt als innovativ und lebendig, sie zieht gut ausgebildete und gut verdienende Menschen an, die sich Eigentumswohnung, Sushi-Restaurant und freien Kindergarten leisten können, die zu ihrem Lebensstil passen. Die schlechter verdienenden oder arbeitslosen Menschen werden in diesen Prozessen fast zwangsläufig an den Rand gedrängt. Diese Prozesse der Gentrifizierung gilt es zu stoppen, um die Gesellschaft nicht in zwei Teile zerfallen zu lassen: diejenigen, die das Geld besitzen, Wohnen, Leben und Freizeit bezahlen zu können und die, dies nicht können, diejenigen, die in der Mitte der Stadt an ihren Vorzügen und Errungenschaften teilhaben dürfen und denjenigen, die an ihren Rand gedrängt werden.

Dabei geht es darum, den Widerstand der StadtbewohnerInnen zu stärken und solidarische Alternativen zu fördern, welche das Zusammenleben von Menschen nicht im Sinne von Verwertungslogik begreifen. Bei diesen Kämpfen geht es um die gemeinsame Gestaltung des eigenen Lebens in der Stadt.

NETZWERK
der politische Förderfonds

Förderantrag einreichen

Netzwerk fördert daher Projekte und Gruppen, die sich gegen Gentrifizierung in Berlin engagieren. Wir unterstützen Ideen finanziell, welche eine öffentliche Wirksamkeit entfalten und kreativ, vernetzend und nachhaltig angelegt sind. Es geht um alternative Eigentumsformen, die Mobilisierung der AnwohnerInnen und die Stärkung ihrer Rechte, um politische Initiativen, die dem Senat und den Investoren ihre Grenzen aufzeigen, und darum, die Geschicke der Stadt in die Hände ihrer BewohnerInnen zu legen...●

Katrin Schubert

Weitere Infos zur Antragstellung auf unserer Internetseite:
www.netzwerk-selbsthilfe.de/foerderung

ARTIKELSERIE »DIE KINDER DES SISYFOS«, ZWEITE FOLGE

Machen wir heute, was morgen erst schön wird

In Immenhausen bei Kassel hat in den frühen siebziger Jahren die Belegschaft der Glashütte Süßmuth, die von Stillegung bedroht war, den Betrieb in eigene Regie übernommen und jahrzehntelang weitergeführt. Erasmus Schöfer hat sich lange bei den Glasarbeitern aufgehalten und von ihren Kämpfen vor und nach der Übernahme in zwei großen Hörspielen und in seinen Romanen berichtet.

Von Erasmus Schöfer

Die Belegschaft als Trauerzug vor ihrer Glashütte, 1970 Foto: Kriwet

Wir tragen unsere Hoffnung zu Grabe

Im März 1970 trugen wir einen schwarzen Sarg durch die Bahnhofstraße von unsrer Glashütte bis zum Rathaus. Ich ging vornweg, neben unserm Betriebsratsvorsitzenden und dem Kollegen Franz Vater, der Bezirksleiter unsrer Gewerkschaft war und in der Eigenschaft besonders herzlich fluchen konnte – an diesem Morgen speziell darüber, daß es die halbe Nacht ohne seine Genehmigung geschneit hatte. »Revolution wollt ihr machen, aber mich in Frankfurt anrufen, daß ich mir Überschuh mitbring – daran denkt keiner von euch Backpflaumen! Wenn ich morgen auf der Nase liege, dann könnt ihr sehn, wie ihr den Betrieb in die Finger bekommt!«

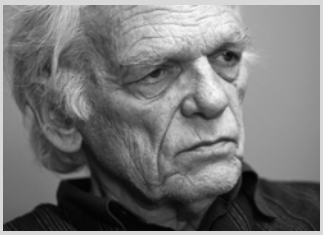
»Fang du auch noch an mit Revolution! Dann geh ich gleich nach Haus. Meinst, ich hätt keine nassen Füße?«

So unser Herbert, Kaschinski-Herbert, der leicht schon mal nasse Füße kriegte, oder auch kalte, wie viele, die bei Richard Schöngut groß geworden waren. Aber in der ganzen Sache hat er uns doch sehr entschieden vertreten. Weil die Glasmacher auch alle hinter ihm standen. Ein Gewerkschafter, der Herbert, wie ihn die Organisation gern hat.

Der Franz machte trotz seiner nassen Füße und der saftigen Flüche ein sehr getragenes Gesicht – besonders wenn Pressefotografen am Straßenrand ihn im Visier hatten. Als Kandidat für den Hessischen Landtag, klar, da braucht man immer auch ein öffentliches Gesicht. Aber wir sahen nicht lustiger aus, dem Sarg und den schwarzen Pappzylindern angemessen. Ganz entsprechend unsern Gefühlen. Von Begeisterung keine Spur mehr – mies, ausgesprochen mies. Auf dem Sarg stand: Wir tragen unsre Hoffnung zu Grabe. Zweihundertfünfzig Mann, alte und junge Kollegen, Frauen und Kinder, wir trotteten hinter der schwarzen Fahne her, durch den Märzschnee, und der war auch ein Symbol, ja, auch wenn er in der Nachmittagssonne langsam zu Matsch wurde.

»Scheint doch was genützt zu haben, daß der alt Schöngut jeden Sonntag in der Kirchbank sitzt! Prompt schenkt ihm der Herrgott seinen Schnee, auf meine dünnen Socken. Und ihr Flaschen laßt zu ...«

Erasmus Schöfer



Es gab immer wieder diese ironisch distanzierten oder polemischen Arbeiten über die Achtundsechziger, die aber die Menschen, die damals aufgebrochen waren, nicht aus der damaligen Situation und nicht in ihrem Selbstverständnis darstellten. Ich dachte, dass es meine Aufgabe sein muss aufzuschreiben, was mein Leben als Bürger und als Schriftsteller beschäftigt hat. Denn ich war in doppelter Funktion an verschiedenen Brennpunkten. Ich wollte den bedrohten Menschen aus Solidarität mit ihrem Kampf helfen und ich bin auch aus Wissbegier hingefahren, weil ich mir sagte: Ich will über Situationen und Vorgänge schreiben, wo die Gesellschaft offen ist, wo die Menschen nach Neuem suchen – die Bürgerbewegung am Kaiserstuhl gegen das Atomkraftwerk, die den Wert der Natur wiederentdeckt, die Arbeiter in der Glashütte von Immenhausen, die sich vorstellen, sie können ihren Betrieb auch selbst leiten, ohne Chefs.

»Mann, Franz!« Ich mußte doch lachen. »Kannst nachher Scherben einlegen an meinem Ofen – da kriegst deine Socken bei zwölfhundert Grad getrocknet.«

Wortbruch

»Der Ofen wird auch bald aus sein.«

Und Kaschinski-Herbert hatte recht – so war uns allen zumute nach der Betriebsversammlung vom Vormittag. Wut, Enttäuschung. Meine Frau war nicht die einzige, die an diesem Tag weinte. Bei mir wars auch nur noch Galgenhumor. Ein Dreivierteljahr hatten wir gearbeitet, als wäre die Hütte schon unser Betrieb gewesen. Wir hatten den ältesten Schmelzofen in unbezahlten Überstunden abgerissen, damit ein neuer möglichst billig gebaut werden konnte, wir hatten die Glasqualität erhöht, den Kühlbruch gesenkt, freiwillig auf die Tariferhöhung verzichtet, oft zwölf Stunden am Tag geschuftet – das alles war möglich gewesen, seit der Alte versprochen hatte, uns den Betrieb zu übertragen. Und jetzt plötzlich! Hat der Fuchs die Frechheit, sich vor uns hinzustellen in der Betriebsversammlung und das Versprechen rückgängig zu machen! Es ginge ja wieder aufwärts mit dem Betrieb, Kredite wärn in Aussicht, zusammenhalten, also eine richtige Unternehmerrede wie aus dem Gewerkschaftslehrbuch:

»Ich hoffe, Sie haben Verständnis, daß ich ohne Unterstützung meines Arbeitgeberverbandes eine Diskussion in diesem Rahmen ablehne. Damit Sie klarsehn: In einem Punkt kann ich Ihnen bereits heute eine Erklärung abgeben, nämlich, ich bin nicht bereit und sehe dazu auch keine zwingende Veranlassung, die von mir erwartete Verzichtserklärung abzugeben. Ich bin weiter überzeugt, daß bei einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Belegschaft und mir eine Lösung der anstehenden Probleme gefunden werden kann.«

So weit die Erklärung von Richard Schöngut, unserm Chef, die er dann gleich Franz Vater schriftlich übergab. Franz hatte es schwer, sich in dem Tumult überhaupt Gehör zu verschaffen. Alle redeten und riefen durcheinander: Das ist das katholische Unternehmertum! Schweinerei! Auf den Mond schießen! Richard in Pension!

Aber da ging der Franz, unser Herzog, voll ran. »Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle hier klar und unmißverständlich fest: Was Herr Schöngut eben gesagt hat, ist ein Wortbruch! Nichts andres. Man kann daraus sehn, wie leicht er's sich macht, über das Schicksal von dreihundert Arbeitern zu befinden. Am 9. Juli 1969 hat Herr Schöngut uns schriftlich erklärt, daß er bereit ist, auf den Betrieb zu verzichten, wenn er keine besseren Vorschläge für die Fortführung finden kann. Er hat keine gefunden – wir haben sie gefunden! Die Gelder für den Neubau und Umbau der Öfen stehen bereit. Herr Schöngut dagegen lebt von Hoffnung und Glauben und weiß heute so wenig wie vor einem Jahr, wie er den Betrieb weiterführen soll! Ihm wird niemand mehr Geld geben. Aber wir, wir haben ihm eine Lebensrente von monatlich zweitausend Mark geboten. Dazu Wohnrecht in seiner Wohnung – sein Lebensabend und der seiner Frau ist sichergestellt. Wir wollen Sie nicht ins Elend stürzen, Herr Schöngut. Wir wollen Ihnen auch nicht den Betrieb wegnehmen! Wir wollen nur unsre Arbeitsplätze erhalten. Ich kann nur sagen: Kollegen, das Nein von Herrn Schöngut ist unverantwortlich!«

Ich hatte eine Wut, ich fand auch den Schluß der Rede vom Franz zu sentimental, da mußte noch was ran, ich rief: »Herr Schöngut, können Sie das vor Ihrem Gewissen verantworten? Sie haben doch vom Papst einen Orden bekommen, und heut wollen Sie zweihundertachtzig Arbeiter verrecken lassen?«

Er gleich frech zurück: »Das lassen Sie nur meine Sorge sein, Herr Bolku, was ich vor meinem Gewissen verantworten kann!«

Dann der alte Dohleck, mit zittriger Stimme, er hatte Angst: »Können Sie eine Antwort geben, wie Sie die Firma erhalten wollen?«

Schöngut stand wieder auf. »Es besteht durchaus noch eine Möglichkeit. Ich habe viele Verkaufsgespräche geführt. Aber Sie werden verstehn, daß ich meinen Betrieb nicht verschleudern will. Der Betrieb ist durchaus lebensfähig – im Gegenteil, die Lage hat sich seit 1969 wieder gebessert.« Dup-

Kelchgläser (Süßmuth) Foto: Fritz Bill, Kunsthochschulbibliothek Kassel

tal-Helmut dazwischen: »WIR haben sie gebessert!« Er: »Ich habe gehört, es soll eine Demonstration mit schwarzem Sarg und mit schwarzen Fahnen stattfinden – ich kann nur sagen, daß damit dem Werk schwerer Schaden zugefügt wird.«

Jetzt Franz Vater wieder: »Wir werden uns noch mehr an die Öffentlichkeit wenden! Wir leben doch hier nicht in einem Knast. Und Sie, Herr Schöngut, Sie sind ein unverbesserlicher Utopist!«

Das mit dem Knast bezog sich auf die Hofdemonstration vor zwei Tagen. Da warn wir mit schwarzen Schlipsen unter Schönguts Fenster immer im Kreis rumgelaufen wie auf einem Gefängnishof, als er mal wieder mit Herren von der Glasindustrie über unsre Köpfe weg kungelte. Es war noch ein paarmal hin und her gegangen, und Schöngut blieb doch bei seinem Nein. Obwohl er wirklich nicht der Typ des hartgesottenen Unternehmers war, kein cleverer Manager, sondern Künstler. Stimmt schon – Künstler. Hat sich selbst 'Glaskünstler' genannt und wirklich schöne Stücke gemacht.

Die Fahne vorn

Viele wollten aufgeben nach der Betriebsversammlung, zogen ab wie begossen. Die Front ging quer durch die Belegschaft, manchmal durch die Familien. Um unsern Herzog sammelte sich ein ganzer Trupp.

In seinem Zeitroman »Die Kinder des Sisyfos« schildert der in Köln lebende Schriftsteller Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989.

Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die Leserinnen und Leser an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. Er erzählt von den Erfolgen und Niederlagen, den Hoffnungen und Enttäuschungen der Menschen, die sich mit den in unserer Gesellschaft vorhandenen Ungerechtigkeiten und Machtverhältnissen nicht abfinden. Es sind die Widerstandsleister für eine humane und solidarische Gesellschaft.

In neun Folgen druckt CONTRASTE Auszüge, in denen von selbstorganisierten Aktionen oder der Suche nach Wegen zu einer solidarischen Gesellschaft erzählt wird. Das mehr als zweitausendseitige Epos ist in vier Bänden erschienen. Jeder der Romane kann auch für sich gelesen werden. Wir danken dem Dittrich-Verlag für die Abdruckgenehmigung. Erasmus Schöfer hat für »Die Kinder des Sisyfos« 2008 den Gustav-Regler-Preis bekommen. Wir wünschen dieser Geschichte von unten viele Leserinnen und Leser.

Schpoks-Werner, unser Kasseler Bevollmächtigter, hat die Kollegen wieder mitgerissen. Die Vertrauensleute, so zwanzig Kollegen, beschlossen: Die Demonstration findet statt wie geplant. Und sagten der Belegschaft Bescheid. Um drei am Werkseingang sammelten sich nicht nur die Betriebsangehörigen, es waren auch viele Frauen und Kinder von Kollegen da. Wir also los, vorn die Fahne. ...

Literarische Feldforschung

Soweit der Anfang von Armin Kolendas Reportage. Nachdem er zu Ende gelesen hat, diskutiert er mit seinen Zuhörern Malina und Viktor. (die Red.)

Toll Armin, ehrlich. Malina sah begeistert aus. Ich kenn mich nicht besonders aus in der neuen Literatur, aber ich wüsste nicht, wo das geleistet worden ist, einen Arbeitskampf so differenziert zu beschreiben. Du Vik?

Das gibts nicht. Mit einem hochachtungsvollen Lachen: Sieht aus als wär der Historiker in Immenhausen zu spät gekommen, Armin. Bei unsern Leuten heißt das Feldforschung, was du hier betrieben hast. Geschichte von unten, das Neuste aus der Zunft. Ist möglich geworden seit ein paar Achtundsechziger bei uns mitmischen. Die Runge hat da ne Bresche geschlagen, mit ihren Bottroper Protokollen. Insofern liegst du voll im Trend. Allerdings doch anders – literarische Feldforschung würd ich das nennen. Müsste Enzensberger intressieren, die KursbuchLeute, fortschrittliche Germanisten. Sollte.

Typisch Wissenschaftler, wie du das siehst, Viktor, sagte Kolenda nicht unfreundlich. Ihr befasst euch mit dem was passiert ist, wollts festhalten, erkennen, okay, aber als Selbstzweck. Unser Intresse im Werkkreis (1) ist eingreifende Literatur, als Werkzeug der Veränderung. Stichwort Kunst als Waffe. Ist nicht so neu, haben sie in der Weimarer Republik schon erfunden, im Bund Proletarisch Revolutionärer Schriftsteller. Der Weinert, der Bredel. Der Turek, der Grünberg. Wenn dir die Namen was sagen. Sturm auf Essen. Brennende Ruhr. Das eignen wir uns an. War alles weg, verschüttet, durch die zwölf Jahre. Und die Adenauer-Zeit.●

(aus »Zwielicht«)

1) Werkkreis Literatur der Arbeitswelt

Anzeige

Erasmus Schöfer
Die Kinder des Sisyfos

Ein Frühling irrer Hoffnung
Zwielicht
Sonnenflucht
Winterdämmerung

Ein gewaltiges literarisches Unternehmen ist in diesem Herbst zu einem Abschluss gekommen … Ein parteiisches Buch, auf der Seite der organisierten Arbeiter, der Kommunisten, der Gewerkschafter, der kämpfenden Gewerkschafter, nicht der Funktionäre. Ein kämpferisches Werk, mit einem kraftvollen Glauben daran, dass Literatur die Lebensverhältnisse der Menschen verändern kann.
Volker Weidermann
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

www.dittrich-verlag.de

BEWEGUNGSERFOLGE UND NIEDERLAGEN

Wer die Welt verändern will, braucht einen langen Atem

Protestbewegungen benötigen oft Jahrzehnte, um ihr Ziel zu erreichen – deshalb lohnt sich ein Blick auf strategische Modelle und Erfahrungswerte.

Von Wiebke Johanning, Verden (Aller) ● Am 1. Mai 2010 wurde im brandenburgischen Mirow vermutlich eine der fröhlichsten Beerdigungen begangen, die es jemals in Deutschland gegeben hat. Begleitet von feierlicher Marschmusik wurde der lange geplante Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide, genannt Bombodrom, zu Grabe getragen. Symbolisch versteht sich – mit einem Sarg, vor dem ein Bild des Bombodrom-Geländes her getragen wurde. Auf den Schultern von Sargträgern und begleitet vom Applaus der ZuschauerInnen, wurde das Bombodrom Schritt für Schritt im Mirower See versenkt.

»Für mich war das die tollste Feier unseres Erfolges«, sagt Ulrike Laubenthal. Und zu feiern gab es in der Tat genug – 17 lange Jahre hatten die Bürgerinitiativen vor Ort und Friedensbewegte aus ganz Deutschland gegen den Bombenabwurfplatz gekämpft. Mit Protestmärschen, gewaltfreien Aktionen und juristischen Verfahren wollten sie verhindern, dass die Bundeswehr hier unter anderem mit atomwaffenbestückten Tornados das Kriegführen übt. Ulrike Laubenthal, Gründerin der Werkstatt für Friedensarbeit »Sichelschmiede«, hat sich seit 2003 an diesem Widerstand beteiligt und konnte sich erst nicht so recht freuen, als die Bundeswehr im Juni 2009 bekannt gab, auf die Nutzung des Geländes als Bombenabwurfplatz zu verzichten. »Schließlich war damit ja noch kein kompletter Nutzungsverzicht verkündet.« Der folgte im April 2010, so dass wenige Tage später die fröhliche Trauerfeier stattfinden konnte.

Das gestoppte Bombodrom ist ein Bewegungserfolg in Reinform, wie es ihn selten gibt. Häufig erzielen Protestbewegungen nur Etappensiege, erleben Rückschläge, verlieren an Zulauf, spalten sich oder lösen sich sogar ganz auf, ohne ihrem Ziel näher gekommen zu sein. Woran liegt es, dass manche Bewegungen erfolgreicher sind als andere? Welche Rolle spielen äußere Einflüsse? Was liegt in der Hand der Aktiven? Was nicht? Wie identifiziert man Erfolge eigentlich? Und wie können sich Bewegungen langfristig organisieren und Frust und Aussteigen der Aktiven verhindern?

Zu diesen und anderen Fragen hat der Autor und Aktivist Bill Moyer 1986 ein Organisationshandbuch geschrieben – den »Movement Action Plan«, zu Deutsch »Aktionsplan für soziale Bewegungen«. Darin hat er seine langjährigen Erfahrungen in der US-amerikanischen Friedens- und Bürgerrechtsbewegung ausgewertet und die immer wieder auftretenden Entwicklungen und Dynamiken von Bewegungen in acht Phasen dargestellt, die diese innerhalb von Jahren oder Jahrzehnten durchlaufen. Das reicht von den Anfangszeit, in der eine neue Bewegung Missstände erst einmal öffentlich machen und das Versagen von Institutionen nachweisen muss, gefolgt von einem Anwachsen der Bewegung, bis zum auslösenden Ereignis, das die Öffentlichkeit erschüttert und der Bewegung zum Durchbruch verhilft. Sehr häufig folgt darauf nach Moyer eine Phase der Identitätskrise und das Gefühl der Machtlosigkeit, weil die Bewegung trotz breiter Unterstützung durch die Bevölkerung keine politischen Erfolge erzielt und die Herrschenden scheinbar unbeirrt ihren harten Kurs verfolgen. Doch wenn es Bewegungen gelingt, diese Krisenphase zu überstehen, Proteste langfristig zu organisieren und viele gesellschaftliche Gruppen einzubeziehen, können sie laut Moyer ihre Forderungen durchsetzen.

Starker Protest: 17 Jahre lang stemmten sich die Menschen vor Ort und Friedensbewegte aus ganz Deutschland gegen den geplanten Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide – mit Erfolg. Im Juni 2009 gab das Verteidigungsministerium die Pläne für das Bombodrom auf. Foto: FREIe HEIDe

Bill Moyer hat selbst darauf hingewiesen, dass diese acht Phasen eher ein analytisches Modell und kein starrer Ablaufplan sind, dass einzelne Phasen auch parallel ablaufen oder ganz entfallen können. Der Aktionsplan taugt also nicht als Schablone, in die sich alle sozialen Bewegungen hineinpressen lassen. Aber er taugt als Analyseinstrument, das aufzeigt, mit welchen Strategien PolitikerInnen versuchen, Protest zu ignorieren oder zu bekämpfen und mit welchen Strategien Bewegungen darauf reagieren können. Er macht deutlich, dass Bewegungen nach Hochphasen auch Flauten erleben und dass dies kein Scheitern der Bewegung bedeuten muss, sofern es gelingt, das Engagement aufrecht zu erhalten.

Im Fall des Bombodrom-Widerstandes ist dies gelungen. Ulrike Laubenthal führt das auf mehrere Gründe zurück: »Zum einen waren die Leute in der Region existentiell bedroht. Außerdem wussten sie durch den Übungsbetrieb der Sowjetarmee seit den 50er Jahren, was auf sie zukommt. Sie haben sich nicht erzählen lassen: Das wird alles nicht so schlimm.« Wichtig seien auch die verschiedenen Formen des Widerstandes gewesen – von juristischen Einsprüchen, über direkte Aktionen zivilen Ungehorsams bis hin zu regelmäßigen Protestwanderungen der Bürgerinitiative. »Nur die eine oder andere Protestform allein hätte nicht gereicht. Die Kombination war wichtig«, sagt Ulrike Laubenthal.

Während die Bombodrom-Bewegung den größten Erfolg schon eingefahren hat, steckt der Protest gegen Stuttgart 21 noch mitten in der kritischen Aktionsphase. Für Fritz Mielert von den Parkschützern ist offen, ob die Bewegung letztendlich scheitern wird oder erfolgreich sein wird: »Das weiß man erst, wenn die Koalitionsverhandlungen für die neue Landesregierung abgeschlossen sind.« Doch dass ein regionales Bauprojekt über Monate die Medien beherrscht, zehntausende Menschen zu Demonstrationen mobilisiert und bundesweit eine neue Debatte über Bürgerbeteiligung angestoßen hat, das können die Stuttgart-21-GegnerInnen in jedem Fall als Erfolg verbuchen.

Diesen Erfolg führt Fritz Mielert auch auf eine klare Medienstrategie zurück: »Wir haben von Anfang an unsere Gewaltfreiheit betont und Journalisten bewusst Normalbürger als Gesprächspartner vermittelt, um weg zu kommen vom Chaoten-Image.« Er glaubt, dass andere Bewegungen von den Stuttgart-21-Protesten lernen können – nicht nur was die Medienarbeit angeht, sondern auch in Organisationsfragen. Seine Empfehlung an andere Bewegungen: »Öffnen, öffnen, öffnen. Es gibt nichts Besseres, als sich zu öffnen und loszulassen. Bei uns sind die Strukturen so durchlässig, dass immer wieder neue Leute einsteigen und sich reinarbeiten konnten«, sagt Fritz Mielert. »Es ist wunderbar zu sehen, dass es auch ohne einen selber geht.«

Über mangelnden Zulauf kann sich auch die Anti-AKW-Bewegung zurzeit nicht beklagen. Hunderttausende beteiligen sich an Menschenketten und Demos, 250.000 Menschen gingen Ende März nach der Katastrophe in Fukushima in München, Köln, Berlin und Hamburg auf die Straße. Vielleicht befindet sich die Anti-AKW-Bewegung nach dem Aktionsplan von Bill Moyer schon kurz vor dem Durchbruch. Die Chancen auf einen Ausstieg aus der Atomenergie scheinen nach dem hektisch anberaumten Moratorium der Bundesregierung jedenfalls so groß wie nie.

Ob der Ausstieg nach 40 Jahren Widerstand tatsächlich gelingt, hängt für Wolfgang Ehmke nicht von den Parteien, sondern von den Protesten ab: »Jetzt kommt es erst recht auf uns an. Jetzt müssen wir uns unter Beweis stellen«, sagt der Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Stichtag ist für ihn der 15. Juni, wenn das Moratorium beendet ist und die vorläufig abgeschalteten AKW wieder anlaufen sollen. Die Planungen für die Protestaktionen laufen schon.

Der jahrzehntelange Kampf gegen Atomkraft hat Wolfgang Ehmke aber auch eins gelehrt: »Man muss sehr geduldig sein. Protest ist so etwas wie das radikale Ferment einer Gesellschaft. Es braucht die Anstöße. Aber so eine Gesellschaft ist ein schwerer Dampfer.«●

Das Buch »Aktionsplan für soziale Bewegungen« von Bill Moyer ist beim Verlag Weber und Zucht erhältlich. Online-Bestellungen unter:
http://zuendbuch.de/aktionsplan_fur_soziale_bewegungen
Die englische Version des Textes findet man im Internet unter: www.indybay.org/olduploads/movement_action_plan.pdf

TAGUNG

Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen
Vom 17. bis 19. Juni findet in Frankfurt am Main die Tagung »Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen« statt. An diesem Wochenende können sich ehrenamtlich Aktive und hauptamtlich Beschäftigte aus Initiativen, Gruppen und Organisationen über Strategien und Erfahrungen austauschen. Veranstalter der Tagung ist die Bewegungsstiftung, die in den letzten neun Jahren über 80 Kampagnen gefördert hat.

Gearbeitet wird vor allem in Arbeitsgruppen, unter anderem zu folgenden Themen: Grundsätze der Kampagnenentwicklung, Proteste und Widerstand gegen Neonazis, Tipps und Tricks für die Pressearbeit, Gerichtsprozesse als Mittel politischer Auseinandersetzung, Einsatz von Web 2.0 für die Kampagnenarbeit. Diskutiert wird auch über folgende Fragen: »Das (gestörte) Verhältnis von Bewegungen zu Parteien« oder »Was können wir mit Zivilem Ungehorsam erreichen?«.

Aufgrund der großen Nachfrage sind die Übernachtungsmöglichkeiten am Tagungsort bereits ausgebucht. Wer seine Unterkunft in Frankfurt selbst organisiert, kann sich aber noch anmelden. Es werden etwa 120 TeilnehmerInnen erwartet. Kosten inklusive Vollverpflegung: 15 EUR (subventionierter Preis), 40 EUR (kostendeckend) und 120 EUR (solidarisch).

Mehr Infos und Anmeldung unter:
www.bewegungstagung.de

INTERVIEW MIT ATTAC-MITBEGRÜNDERIN UND VOLLZEIT-AKTIVISTIN JUTTA SUNDERMANN ÜBER ERFOLGE UND NIEDERLAGEN VON SOZIALEN BEWEGUNGEN

»Wer den Blick auf Erfolge nicht pflegt, hält nicht so lange durch«

Jutta, du bist seit über 20 Jahren politisch aktiv und hast viele Kampagnen mitorganisiert. Was war bisher dein größter Erfolg?

Das ist gar nicht so leicht zu beantworten. Ich sammle Erfolgsgeschichten, weil sie so gut tun. Sowohl die Erfolge von Kampagnen, an denen ich beteiligt bin, als auch die von anderen Gruppen. Zwei meiner Lieblingserfolge sind vielleicht das Plagiat der »Zeit«, das ich in einer kleinen Redaktionsgruppe 2009 entworfen habe und das bundesweit verteilt wurde. Das andere Erfolgserlebnis ist die Kampagne gegen Biopiraterie, mit der wir 2005 ein Patent auf die Tropenfrucht Cupuaçu verhindert haben. Beides waren tolle Projekte, weil die Gruppen sehr motiviert waren und weil wir unsere selbstgesteckten politischen Ziele erreicht haben.

Was ist mit den Niederlagen? Guckst du auf die nicht so gerne drauf?

Doch, natürlich! Denn da gibt es viel zu lernen. Ein Beispiel ist für mich die Attac-Kampagne »Power to the People«, die wir 2008 gestartet haben. Damals wirkte unsere Forderung, Stromkonzerne zu enteignen und einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen, auf viele befremdlich. Als so kleine Gruppe gegen die Stromriesen anzutreten – dieses Ungleichgewicht fühlte sich schon sehr extrem an. Mittlerweile ist die Situation eine andere. Viele schauen auf die Struktur des Strommarktes und fragen sich, ob das nicht geändert werden müsste. Jetzt wollen Aktive dort anknüpfen, wo wir damals aufhörten.

Jutta Sundermann ist seit über 20 Jahren in sozialen Bewegungen aktiv. Foto: Privat

Warum lohnt es sich für Bewegungen, über Erfolge und Niederlagen nachzudenken?

Auf Niederlagen zu schauen, ist wichtig, um zu lernen und um es das nächste Mal besser zu machen. Auf Erfolge zu schauen, macht Mut, gibt Kraft und tut den Menschen in Bewegungen gut. Wer diesen Blick auf Erfolge nicht pflegt, hält nicht so lange durch. Deshalb sollten sich Kampagnen auch das Ziel setzen, dass die Beteiligten bestärkt aus den Aktionen hervorgehen. Ein gutes Beispiel dafür sind die Blockaden gegen den Castor: Auch wenn der Transport am Ende das Zwischenlager erreicht, hat sich für viele Menschen der Einsatz gelohnt. Sie wissen, dass sie ein starkes Zeichen gegen Atomkraft gesetzt haben und erleben sich als Teil eines breiten und entschlossenen Widerstandes. Die Leute fahren anders nach Hause als sie gekommen sind.

Was verhindert Erfolge?

Ganz häufig scheitern Bewegungen an Streit in der Gruppe. Menschen sind verschieden. Auch wenn sie für ein gemeinsames Ziel streiten, gibt es immer wieder Differenzen über Methoden und Strategien. Deshalb ist es so wichtig, diese Konflikte ernstzunehmen. Wer gut zusammen arbeiten möchte, muss sich das bewusst vornehmen und da auch Kraft reinstecken – und das bitte nicht den Frauen in einer Gruppe überlassen!

Was können aus deiner Sicht Bewegungen noch tun, um erfolgreich zu sein?

Selbstbewusste Aktive sollen sich Ziele setzen, mutige, aber erreichbare Ziele – ich bin immer wieder erschrocken, wie oft das »vergessen« wird. Wer seine eigenen Ziele ernst nimmt, braucht eine gute Strategie: Wie lässt sich das Problem zuspitzen? Wo können wir den Hebel ansetzen? Welche Mittel bieten sich an? Demos, gewaltfreie Aktionen, juristische Einsprüche? Was können wir mit unserer Gruppen leisten? Wer kann uns beistehen? Sehr hilfreich sind dabei die Erfahrungen anderer Kampagnen. Deswegen finde ich die Idee der Bewegungstagung in Frankfurt super – eine gute Gelegenheit, um voneinander zu lernen.●

Das Gespräch führte Wiebke Johanning, die bei der Bewegungsstiftung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Jutta Sundermann ist »Bewegungsarbeiterin« im Patenschaftssystem der Bewegungsstiftung.

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

GENOSSENSCHAFTEN

Wege zur Wiedergeburt

Umwandlungen in eine eingetragene Genossenschaft

Die Umwandlung einer Kapitalgesellschaft, eines eingetragenen Vereines oder einer Personen(handels)gesellschaft in eine eingetragene Genossenschaft wird in einem streng formalen Verfahren durchgeführt. Der Hintergrund ist, dass die alte Rechtsform aus dem Vereins- oder Handelsregister gelöscht werden muss, damit sie ins Genossenschaftsregister eingetragen werden kann. Die rechtliche Grundlage für das Verfahren bietet das Umwandlungsgesetz (UmwG).

Von RA Mathias Fiedler, Red. Genossenschaften ● Die Umwandlung ist ein streng formaler Akt, der an mehreren Stellen steuerliche Auswirkungen haben kann. Deshalb sollte sich eine Gesellschaft, die sich umwandeln möchte, unbedingt professionelle Hilfe holen, damit alles glatt läuft. Neben der Umwandlung nach dem UmwG gibt es noch die Möglichkeit, dass eine neu gegründete Genossenschaft dem alten Unternehmensträger das Unternehmen abkauft und fortführt. Dazu ist ein Unternehmenskaufvertrag erforderlich, der den Übergang des gesamten Unternehmens oder von Unternehmensteilen regelt.

Varianten der Umwandlung

Die Umwandlung ist der Oberbegriff für verschiedene Möglichkeiten der Veränderung der Rechtsform:

1. Die Verschmelzung: Hier wird eine Gesellschaft mit einer bereits bestehenden Genossenschaft zu einer neuen Genossenschaft verschmolzen. Die alte Gesellschaft wird gelöscht und die Genossenschaft nimmt die Gesellschaft in sich auf.

2. Die Spaltung: Hier wird von einer Gesellschaft ein Unternehmensteil abgetrennt und auf eine Genossenschaft übertragen. Es werden insofern zwei Gesellschaften geschaffen – die Altgesellschaft und eine zweite Gesellschaft. Die Mitgliedschaften der Gesellschafter werden hier verdoppelt. Die Gesellschafter bleiben Mitglied der alten Gesellschaft und werden Mitglied der neuen Gesellschaft. Bei der neuen Gesellschaft gibt es wiederum die Möglichkeit, dass eine neue Genossenschaft gegründet wird, oder dass eine Verschmelzung mit einer bestehenden Genossenschaft stattfindet.

3. Der Formwechsel: Hier wird das »Rechtskleid« der Gesellschaft geändert. Die Gesellschaft ist dann nicht mehr zum Beispiel eine GmbH, sondern eine eingetragene Genossenschaft. Die Mitgliedschaft bleibt dabei unberührt.

StattAuto Kiel GmbH:

Verschmelzung mit Lübecker Genossenschaft

StattAuto Kiel wurde 1992 von Einzelpersonen als GmbH gegründet, im Jahr 2003 übernahm die Lübecker StattAuto eG die Gesellschaftsanteile. Seitdem war die StattAuto Kiel CarSharing GmbH eine 100%ige Tochter der Lübecker StattAuto Genossenschaft, die Geschäfte der beiden Betriebe werden in Personalunion vom Vorstand der StattAuto eG geführt. Am 24.06.2009 hat die Generalversammlung der eG die Verschmelzung der beiden Firmen zu einer Genossenschaft zum 01.01.2009 einstimmig beschlossen. Seit Ende 2008 können auch Kieler StattAuto-Kundinnen und -Kunden Genossenschaftsanteile zeichnen – bzw. ihre Einlage umwandeln – und so über die Geschicke der beiden »StattAutos« mitbestimmen.

Formwechsel als Beispiel

Nach Erfahrung des ZdK, Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften, ist der Weg des Formwechsels derjenige, der sich am einfachsten organisieren lässt. Die bisherige Gesellschafterstruktur kann 1:1 in der neuen Genossenschaft abgebildet werden. Am Beispiel eines Formwechsels einer GmbH in eine eingetragene Genossenschaft soll der formale Ablauf dargestellt werden:

Der Geschäftsführer fertigt einen Umwandlungsbericht, der eine Entscheidungsgrundlage für die Gesellschafter der GmbH darstellt. Er enthält:

- Informationen zu den Umwandlungsgründen,
- Hinweise zu den rechtlichen und ggf. steuerlichen Folgen für die Gesellschafter,
- den Entwurf der Satzung,
- den Entwurf eines Abfindungsangebotes für ausscheidende Gesellschafter und
- den Entwurf für den Umwandlungsbeschluss.

Tipp: Auf diesen Umwandlungsbericht kann verzichtet werden, wenn die GmbH nur einen Gesellschafter hat, oder wenn alle Gesellschafter auf den Bericht verzichten.

Folgen für die Gesellschafter

Bei den rechtlichen Folgen für die Gesellschafter einer GmbH ist als wichtigstes Merkmal zu nennen, dass diese nun Mitglieder der Genossenschaft werden. Dies hat insbesondere finanzielle Auswirkungen. Scheidet ein Gesellschafter einer GmbH aus dieser aus, so hat er Anspruch auf seinen Anteil am tatsächlichen Wert des Unternehmens. Das bedeutet, dass auch stille Reserven berücksichtigt werden. Dieses kann durch den Gesellschaftsvertrag eingeschränkt werden, meist bekommen (bei entsprechender Werthaltigkeit) die Gesellschafter aber einen höheren Betrag ausgezahlt, als den, den sie eingezahlt haben. Bei der Genossenschaft dagegen gilt das Nominalprinzip. Die Mitglieder erhalten (vorbehaltlich der Werthaltigkeit) maximal das eingezahlte Geld zurück. Auf stille Reserven oder Rücklagen hat das ausscheidende Mitglied keinen Anspruch.

Die Höhe der Abfindungsansprüche hat Auswirkungen auf die zukünftige finanzielle Beteiligung an der Genossenschaft und auf das Abfindungsangebot für Gesellschafter, die aus der Gesellschaft ausscheiden und kein Mitglied der zukünftigen Genossenschaft werden wollen. Der Anteil am Wert des Unternehmens, den ein Gesellschafter bekommen würde, wenn er ausscheidet, wird ihm als Geschäftsguthaben gutgeschrieben. Wenn der Gesellschaftsvertrag bei der Auseinandersetzung mit Altgesellschaftern die Aufdeckung von stillen Reserven erforderlich machen würde, dann muss dies auch bei der »Umwandlung« von Gesellschaftsanteilen in Geschäftsguthaben erfolgen. Diese Aufdeckung von stillen Reserven hat dann selbstverständlich steuerliche Folgen.

Tipp: Wenn dies vermieden werden soll, dann sollten die GmbH-Gesellschafter vor der Umwandlung die Änderung der Abfindungsregelungen beschließen und auf ggf. höhere Ansprüche ausdrücklich verzichten.

Die Gesellschafterversammlung, die bei einem Notar stattfinden muss, beschließt mit einer -Mehrheit den Formwechsel in die neue Rechtsform. Dazu wird der Beschlussentwurf verwendet, den der Geschäftsführer vorbereitet hat. Durch diesen Beschluss entsteht keine Genossenschaft in Gründung. Vielmehr bleibt die Gesellschaft bis zur endgültigen Beendigung der Umwandlung eine GmbH. Erst nach Abschluss des Verfahrens entsteht die eingetragene Genossenschaft. Der Zwischenschritt über eine Gesellschaft in Gründung entfällt.

Im Rahmen der Gesellschafterversammlung werden jetzt schon die Organmitglieder für die Zeit nach dem Abschluss der Umwandlung bestimmt, also je nach Satzung (und Zahl der Genossenschaftsmitglieder) ein oder mehrere Vorstandsmitglieder und ein Bevollmächtigter der Generalversammlung oder mindestens drei Aufsichtsratsmitglieder. Wenn ein Gesellschafter nicht Mitglied der Genossenschaft werden möchte, dann kann er Widerspruch einlegen und aus der GmbH ausscheiden. Er wird dann entsprechend des Abfindungsangebotes nach Abschluss der Umwandlung ausbezahlt.

Eintragungs- und Prüfungsverfahren

Der Geschäftsführer der GmbH meldet die Umwandlung der GmbH beim Handelsregister an. Das Handelsregister trägt den Beschluss über den Formwechsel ein. Damit ist die GmbH noch nicht erloschen. Das örtlich zuständige Landgericht beauftragt nun einen Gutachter, der prüft, ob das Abfindungsangebot angemessen ist. Dieses erfolgt automatisch (von Amts wegen) und macht die Umwandlung unter Umständen sehr teuer. Diese Prüfung entfällt nur, wenn es kein Abfindungsangebot gibt, weil alle Gesellschafter den Formwechsel mitmachen. Es ist daher möglichst darauf zu achten, dass alle Gesellschafter auch mit überwechseln.

Tipp: Gibt es Gesellschafter, die nicht mit wechseln wollen, dann sollte versucht werden, vor dem Formwechsel einen Gesellschafterwechsel hinzubekommen. Dies kann zum Beispiel durch Abtretung von Gesellschafteranteilen an andere Gesellschafter erfolgen.

Der Geschäftsführer der GmbH beantragt für die zukünftige Genossenschaft die Mitgliedschaft in einem genossenschaftlichen Prüfungsverband und beauftragt diesen mit der Gründungsprüfung, die auch bei einem Formwechsel stattfinden muss. Grundlage für die Gründungsprüfung sind einerseits die Jahresabschlüsse der GmbH und andererseits die Planungen der neuen Genossenschaft.

Nach Abschluss der Prüfung des Abfindungsangebotes gibt das Handelsregister die Akte an das Genossenschaftsregister ab, soweit der Umwandlungsbeschluss korrekt gefasst ist. Das Genossenschaftsregister wiederum prüft die Eintragungsvoraussetzungen nach dem Genossenschaftsrecht. Dazu gehören auch das Prüfungsgutachten des Prüfungsverbandes und die Zulassungsbescheinigung zur Verbandsmitgliedschaft. Sind alle Voraussetzungen erfüllt, dann trägt das Gericht die Genossenschaft ein. Nun wird das Handelsregister über die Eintragung informiert. Dieses löscht die GmbH unter Verweis auf die Eintragung im Genossenschaftsregister. Mit dieser letzten Eintragung ist der Formwechsel abgeschlossen und aus der GmbH ist eine Genossenschaft geworden.

Vereinfachende Hinweise

Am einfachsten ist der Formwechsel dann, wenn die Gesellschafter zum einen auf den Umwandlungsbericht verzichten und zum anderen, wenn alle Gesellschafter die Umwandlung mitmachen.

Wenn die GmbH bislang von einem Fremdgeschäftsführer geleitet worden ist, kann dieser nicht in den Vorstand berufen werden, da bei der Genossenschaft das Prinzip der Selbstorganschaft gilt (also nur Mitglieder bzw. bei juristischen Personen oder Personengesellschaften, deren Vertreter, können in den Vorstand oder Aufsichtsrat gewählt werden). Wenn der Geschäftsführer nahtlos Vorstand werden soll, dann muss er spätestens auf der Gesellschafterversammlung, die den Formwechsel beschließt, als neuer Gesellschafter aufgenommen werden.

Hat die GmbH nur einen oder zwei Gesellschafter, dann steht dieses einem Formwechsel nicht im Wege. Zwar muss eine eingetragene Genossenschaft mindestens drei Mitglieder haben, bei einer Umwandlung

Fortsetzung auf Seite 8

Von der GmbH zur Genossenschaft

Rund zwanzig Jahre war der Auto-Teile-Einkaufs-Verband ATEV mit Sitz in Waiblingen bereits am Markt, als 2006 die Weichen neu gestellt wurden: Aus der GmbH wurde eine Genossenschaft. Ihre Mitglieder sind selbstständige Groß- und Einzelhändler, teilweise mit eigenen Autowerkstätten. Mittlerweile zählt die ATEV eG 31 Mitglieder, die eine Autowerkstatt oder einen Auto-Teile-Handel betreiben. Sie haben ihren Sitz vor allem in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz. Sie sind Mitglied beim Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband.

Von der Solargenossenschaft Essen gestaltetes Display der Solarstromanlage in der Christophorus-Grundschule

Mitglieder der Solargenossenschaft Essen bei der Besichtigung des Baus der Photovoltaik-Anlage auf dem Bildungspark Essen

Unterstützung im Umwandlungsprozess

Der ZdK, Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften, vertritt die Interessen seiner Mitgliedsgenossenschaften. Er berät sie in ihrer Tagesarbeit und bei grundlegenden Fragen. Der ZdK hilft sowohl bei der Gründung neuer Genossenschaften als auch bei der Umwandlung in die Rechtsform der Genossenschaft.

Kontakt:
info@zdk.coop, www.zdk.coop

WINDENERGIE NORDEIFEL

GENOSSENSCHAFTEN

Gehe zurück auf Los

Rechtsformenwechsel birgt aufwändige Hürden

Eine Gruppe von Engagierten verfolgt seit ca. 25 Jahren das Ziel, die Energieversorgung in der Region Nordeifel grundlegend zu verändern. Sie fordern und fördern die Energieeinsparung und die erneuerbaren Energien in dezentralen Einheiten. Dazu wurde ein gemeinnütziger Verein gegründet und zwei GmbHs mit stillen Gesellschaftern, die Projekte wie Windkraftanlagen und PV-Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien betreiben. Eine Genossenschaft war in der Entstehungszeit kein Thema. Sie wurde damals für die beschriebenen Zwecke rechtlich nicht für möglich gehalten.

Von Klaus Pütz, Red. Genossenschaften ● Windenergie-Nordeifel e.V., gemeinnütziger Verein zur Förderung der Energieeinsparung und der Förderung der umweltverträglichen Energien, Windenergie-Nordeifel GmbH und Neue Energie Nordeifel GmbH sind drei eng miteinander verbundene Organisationen. Sie setzen erneuerbare Energie in der Nordeifel mit langem Atem um. In den letzten Jahren stellten verschiedene Mitglieder der Gruppe fest, dass die beiden GmbHs recht unflexibel sind, was neue Projekte angeht. Auch erfordern sie einen relativ hohen Verwaltungsaufwand. Gleichzeitig wurden sie immer wieder auf Neugründungen von Energiegenossenschaften aufmerksam, sodass sie sich intensiver mit dem Thema Genossenschaft und einer eventuellen Umwandlung der GmbHs, gegebenenfalls einschließlich des Vereins, in eine Genossenschaft befassten.

Gründe einer Umwandlung

Zu den wichtigsten Gründen für die geplante Umwandlung in eine Genossenschaft gehören:

• Die Betreibergemeinschaft in Form der »GmbH + stille Gesellschafter« ist wenig flexibel. Sie kann nur definierte einzelne Projekte in einem begrenzten Zeitrahmen realisieren.

FORTSETZUNG VON SEITE 7

kann diese Zahl jedoch befristet unterschritten werden. Die neue Genossenschaft hat ein Jahr Zeit, neue Mitglieder aufzunehmen, um die Mindestanforderungen zu erfüllen.

Umwandlung anderer Rechtsformen

Der Ablauf bei Umwandlungen mit anderen Gesellschaftsformen ist im Grunde der gleiche. Bei einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) kann eine Umwandlung nach dem UmwG allerdings erst dann erfolgen, wenn diese gewerblich tätig ist und als offene Handelsgesellschaft (oHG) in das Handelsregister eingetragen worden ist.

Bei dem Formwechsel eines eingetragenen Vereins sind Besonderheiten zu beachten. Zum einen ist darauf zu achten, dass der Zweck des e.V. inhaltlich unverändert in die Satzung der Genossenschaft mit übernommen wird. Wird der Zweck bei der Umwandlung geändert, dann müssen alle Mitglieder des Vereins dem Formwechsel zustimmen, diejenigen, die nicht an der Mitgliederversammlung teilnehmen, müssen ihre Zustimmung schriftlich erklären. Dies ist bei Vereinen mit hoher Mitgliederzahl nahezu unmöglich.

Zum anderen ist die Frage des Abfindungsangebotes ein wenig anders. Wenn bei einem Verein die Mitglieder im Falle der Auflösung des Vereines kein Vermögen des Vereins ausgezahlt bekommen, zum Beispiel bei gemeinnützigen Vereinen, dann entfällt ein Abfindungsangebot. Dies hat dann aber zur Folge, dass die Mitglieder kein Guthaben auf ihre Anteile bei der Genossenschaft zugeschrieben bekommen, sondern den Anteil erst neu einzahlen müssen. Das kommt der neuen Genossenschaft zugute, da diese dann neben dem Vermögen des ehemaligen Vereins zusätzlich die Einzahlungen der Mitglieder als Eigenkapital aufweist. Die finanzielle Situation der neuen Genossenschaft kann dies nur verbessern. Würde das Vereinsvermögen bei Auflösung des Vereins unter die Mitglieder verteilt werden, dann kann wie zur GmbH beschrieben den Mitgliedern das Vereinsvermögen als Geschäftsguthaben gutgeschrieben werden. Die Mitgliederversammlung beschliesst dann im Rahmen der Umwandlung was als Geschäftsguthaben gutgeschrieben wird und was in die Rücklagen eingestellt wird.●

• Die Geschäftsführung unterliegt jeweils einer aus drei Gesellschaftern bestehenden GmbH.

• Die »stillen Gesellschafter« erhalten auf die Zusammensetzung der Geschäftsführung keinen Einfluss.

Aktuell besteht das Problem, dass ein GmbH-Gesellschafter aus den GmbHs aussteigen will. Auch die verbleibenden Gesellschafter werden in absehbarer Zeit schon aus Altersgründen ausscheiden. Die Suche nach den NachfolgerInnen ist der GmbH vorbehalten und gestaltet sich schwierig.

Die Genossenschaft ist eine durch und durch demokratische Gesellschaftsform, in deren Gesellschafterversammlung alle Mitglieder über das gleiche Stimmrecht verfügen. Die Gesellschafterversammlung der Genossenschaft wählt den Aufsichtsrat und den Vorstand selbst. Das ermöglicht jederzeit einen demokratisch legitimierten Wechsel.

Der Verwaltungsaufwand für zwei GmbHs mit insgesamt fast 400 stillen Gesellschaftern ist recht hoch. Für die Anleger bietet die Genossenschaft zwar keine Spitzenrenditen dafür aber sehr hohe Sicherheit. Das Konkursrisiko ist sehr gering. Die Genossenschaft ist prinzipiell immer offen für neue Mitglieder und für neue Projekte. Da die Genossenschaft im Gegensatz zu den bisherigen Gesellschaften das eingezahlte Kapital nicht auszahlt, sondern lediglich die erwirtschafteten Gewinne, steht mehr Kapital für neue Projekte zur Verfügung. Die GenossInnen haben jedoch die Möglichkeit, über ihr Kapital zu verfügen. Sie können Anteile jederzeit durch Verkauf an andere GenossInnen übertragen oder kündigen.

Kumulierende Probleme

Vor diesem Hintergrund wurde die Genossenschaft als die ideale Gesellschaftsform gesehen. Es wurden zwar Probleme gesehen, die dabei auftreten würden. In der ersten Euphorie schienen diese Probleme aber alle als lösbar. Beim konkreten Versuch der Umsetzung, kam jedoch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten hinzu, die sehr viel Mühen und Ärger bereiteten. Nachfolgend eine Aufzählung der größten Probleme:

• Der gemeinnützige Verein und dessen Vermögen schienen rechtlich nicht in einer sinnvollen Weise in eine Genossenschaft überführbar zu sein.

• Die Bewertungsfrage: Mit welchem Wert sollten die stark unterschiedlichen GmbHs und die Anteile der stillen Gesellschafter in die Genossenschaft überführt werden?

• Bei einer GmbH war aus der Satzung heraus eine 100%ige Zustimmung der stillen Gesellschafter notwendig, um in der Genossenschaft keine rechtlichen Konstruktionen zu bekommen, die den verwaltungstechnischen Aufwand und die Komplexität deutlich erhöhen würden.

• Eine nennenswerte Vereinfachung der verwaltungstechnischen Prozesse und Arbeiten wurde immer unwahrscheinlicher.

• Eine Umfrage innerhalb der stillen Gesellschafter erbrachte nur eine mäßige Rücklaufquote insbesondere bei der GmbH, bei der eine 100% Zustimmung erforderlich gewesen wäre. Eine Begeisterung für die Umwandlung, wie sie bei den Gesellschaftern erhofft wurde, war nicht spürbar.

Negative steuerliche Folgen

Hinzu kam, dass die steuerliche Behandlung der Erträge der Genossen gegenüber den stillen Gesellschaftern, insbesondere für die dominierende Zeichnungsgruppe, sich als deutlich ungünstiger erweist. Die Summe dieser Probleme bewog die Verantwortlichen schließlich dazu, die Umwandlung zum jetzigen Zeitpunkt nicht durchzuführen und den Verein wie auch die GmbHs in der gegenwärtigen Form weiterzuführen. Allerdings wird weiter versucht, das Wesen und diverse Elemente einer Genossenschaft in das Handeln einfließen zu lassen.

Schlussfolgerung: Die Genossenschaft wird als eine weitgehend ideale Rechtsform für das Ziel der dezentralen Energieversorgung in Bürgerhand gesehen. Bei einer Neugründung steht dem nur wenig entgegen. Die Umwandlung von GmbHs mit vielen Gesellschaftern in eine Genossenschaft erweist sich dagegen als deutlich aufwändiger. Die damit verbundenen Probleme führten dazu, »schweren Herzens« die Umwandlung vorerst nicht weiter zu verfolgen.●

Weitere Informationen: www.wnv-info.de

NEN

WINDENERGIE NORDEIFEL WNV

GEMEINNÜTZIGER VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER ENERGIEEINSPARUNG UND DER FÖRDERUNG DER UMWELT VERTRÄGLICHEN ENERGIEN

SOLARGENOSSENSCHAFT ESSEN

Ohne Netz zum doppelten Boden

Metamorphose einer GbR zur Energiegenossenschaft

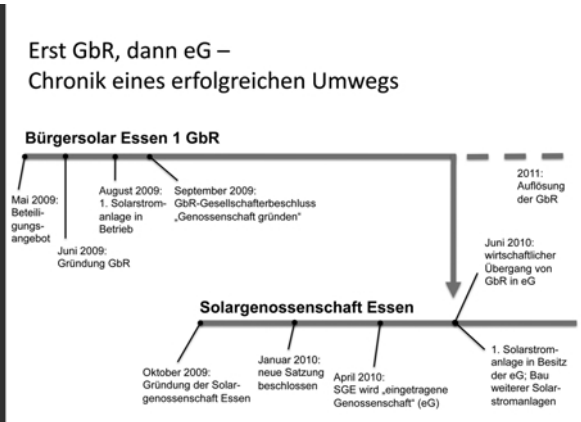
Im Juli 2010 hatten 64 Essener Bürgerinnen und Bürger Grund zum Feiern, weil sie mit der von ihnen gegründeten Energiegenossenschaft ein wichtiges Etappenziel erreichten: Die Solargenossenschaft Essen war eine »eingetragene Genossenschaft« (eG) geworden. Der Übergang der zuvor im Juni 2009 gegründeten »Bürgersolar Essen 1 GbR«, also einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, in die Genossenschaft war bewältigt.

Von Rolf Schwermer, Red. Genossenschaften ● Es ist erst ein paar Tage her: der Beginn der Atomkraftwerksunfälle in Japan, die nach der Erdbeben- und Tsunami-Naturkatastrophe das Versagen einer unverantwortbaren Technik grausam offenbarte. Das gesamte Ausmaß dieser durch Menschen verursachten Katastrophe ist noch gar nicht abzusehen. Und noch ist völlig offen, wer für die immensen Schäden für Menschen und Umwelt in den folgenden Jahren, Jahrzehnten, Jahrhunderten haften wird. Angesichts dieser enormen Probleme, die wir uns und nachfolgenden Generationen mit den angeblich sicheren Atomkraftwerken und der ungelösten Atommüllfrage aufgebürdet haben, stellt sich die Frage, welche Relevanz hat die sorgfältige Klärung der Haftungsfrage eines kleinen Zusammenschlusses von Bürgerinnen und Bürgern, der sich für das unverhältnismäßig weniger gefährliche Gegenmodell erneuerbarer Energien einsetzt?

Gründung als GbR

Warum haben dieselben Akteure erst eine GbR und nicht sofort eine Genossenschaft als Rechtsform gewählt? Im Mai 2009 veröffentlichte ein Initiator von Bürgersolaranlagen in Essen, Wolfgang Tauchmann, das Angebot sich an einer Solarstromanlage auf einem Schuldach in Essen-Kray finanziell zu beteiligen. Recht schnell meldeten sich etwa 20 Interessenten, die alle das Ziel einte, erneuerbare Energieversorgung endlich auch in Essen voranzutreiben, der Stadt, in der die Stromriesen RWE und E.ON residieren, die auf Atomkraft setzen. Andrea Kamrath, von Anfang an dabei, erläuterte die Hintergründe: »Wir Solarstrom-Interessenten wollten uns mit unterschiedlichen Anteilen an einer Photovoltaik-Anlage mit 60 kWp Leistung finanziell beteiligen. Wolfgang Tauchmann schlug für die Realisierung dieses Projektes die Gründung der »Bürgersolar Essen 1 GbR« vor. Die Mehrheit der engagierten Bürgerinnen und Bürger, die sich auf sein Beteiligungsangebot hin zusammengefunden hatten, waren jedoch gegenüber der Gesell-

Fortsetzung nächste Seite



QUARTIERSLADEN EG, FREIBURG

GENOSSENSCHAFTEN

Am Anfang war das Quartier

Von der Selbstversorgungs-Food-Coop zum genossenschaftlichen Mitgliederladen

Die Wurzeln der Quartiersladen eG in Freiburg liegen in einem neuen Quartier. Dieses entstand 1992 als die französischen Soldaten die Vauban Kasernen in Freiburg verließen. Es lag ein riesiges 40 ha großes Gelände brach und es gab jede Menge Kasernen, viel Platz, alte Bäume und junge Menschen, die die Chance ergriffen, Wohnraum für sich zu schaffen. In diesem »Humus« kam Selbstverwaltung und Selbstorganisation ein hoher Stellenwert zu. Für die Versorgung mit Lebensmitteln wurde nach diesen Prinzipien eine Food Coop in Form eines Vereins gegründet. Aufgrund seiner sehr dynamischen Entwicklung musste dieser schließlich in eine Genossenschaft umgewandelt werden, um auf Dauer den professionellen Anforderungen zu genügen.

Von Christina Konietzny, Red. Genossenschaften ● Nach den S.U.S.I. Bewohnern und einem internationalen städtebaulichen Wettbewerb zogen 1991 die ersten Häuslebauer in den neuen Stadtteil Vauban in Freiburg. Alle hatten das gleiche Problem: Die Infrastruktur war äußerst mangelhaft. Es gab weder eine Schule noch einen Lebensmittelladen, keinen ÖPNV – nur jede Menge Baustellen und einige Arbeitskreise, die aus einem Bürgerbeteiligungsforum, dem Forum Vauban entstanden waren. Aus dem Arbeitskreis Infrastruktur kam die Idee eine Food Coop zu gründen, die die Bewohner mit biologisch erzeugten Lebensmitteln direkt vor Ort versorgen sollte. Die ersten Bewohner und Interessenten wurden per Fragebogen interviewt, welche Lebensmittel sie bei einer Food Coop beziehen würden und ob und wie sie sich einbringen könnten.

Gemeinschaftliche Selbstorganisation

Ziemlich schnell war klar, dass es eine Food Coop werden sollte, die nicht ausschließlich auf Ehrenamtsbasis funktioniert, sondern auch Arbeitsplätze schafft. Eine große Frage war die Wahl der geeigneten Rechtsform. Die Genossenschaft wurde von Anfang an in Erwägung gezogen, schien aber zu der Zeit unbezahlbar und in der Gründung viel zu aufwändig. Außerdem ging es zu Anfang auch um ideelle Zwecke wie die Weiterentwicklung der Infrastruktur, die Schaffung eines kritischen Bewusstseins für einen bewussten Umgang mit dem Individualverkehr, die Förderung einer bürgernahen Stadtteilentwicklung und die Planung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen zu biologischer Ernährung. Es wurde also ein Verein gegründet, der Quartiersladen e.V.

Schnell stiegen die Mitgliederzahlen, die Öffnungszeiten wurden von anfänglich wenigen Stunden in der Woche auf einen Ganztagsbetrieb ausgedehnt, das Sortiment des Ladens wurde zum Vollsortiment, und im Laufe der Jahre stiegen auch die Umsätze. Von jedem Mitglied wurde erwartet, dass 12 bis 15 ehrenamtliche Arbeitsstunden pro Jahr geleistet werden. Viele engagierten sich weit darüber hinaus, einige auch weniger. Und so stieg dann auch die Zahl der Mitarbeiter. Der Vorstand des Vereins war aber immer ehrenamtlich tätig. Nach und nach wurde klar, dass der Verein als Rechtsform nicht mehr 100-prozentig passend war, denn es wurde immer mehr ein vorwiegend wirtschaftlich tätiger Betrieb.

Kompetente Übergangsbegleitung

Auf einer Mitgliederversammlung wurde dann beschlossen, dass die Genossenschaft als Rechtsform gewählt werden sollte. Im Prinzip ist die Genossenschaft ein Verein mit Geschäftsbetrieb. Sie agiert nicht nur ideell, sondern fördert ihre Mitglieder durch materielle Vorteile. Die Mitglieder sind sowohl EigentümerInnen als auch KundInnen der Genossenschaft und Geschäfte mit Nichtmitgliedern sind zulässig. Die Genossenschaft ist vom Verein nicht weit entfernt, wenn man an die Selbstverwaltung als Organisationsstruktur und an die demokratischen Grundprinzipien denkt. Beide Rechtsformen dienen nicht dem Kapital, sondern den Interessen ihrer Mitglieder.

Wie wurde aber nun der Übergang vom Verein in eine Genossenschaft in der Praxis umgesetzt? Der Vorstand hatte von der Mitgliederversammlung den Auftrag, sich um die neue Rechtsform zu bemühen. Er fand in dem Hamburger Verein ZdK (Zentralverband der Konsumgenossenschaften) einen kompetenten Ansprechpartner, der die Umwandlung von einem Verein zu einer Genossenschaft und darüber hinaus begleitet hat.

Im Vauban feiert der Quartiersladen häufig mit seinen Mitgliedern

Um aus einem Verein durch Rechtsformwechsel eine Genossenschaft zu machen, müssen die Mitglieder zustimmen. Wer nicht einverstanden ist, hat Sonderkündigungsrechte. Außerdem muss die Gründungsversammlung bis zum 31.8. eines Jahres stattgefunden haben, um die steuerliche Identität zu wahren und nicht Jahresabschlüsse für zwei Unternehmen einreichen zu müssen. Außerdem muss auf der Gründungsversammlung unbedingt ein Notar anwesend sein und das Gründungsprocedere protokollieren. Ansonsten ist die Gründung nichtig. Das mussten die Akteure des Quartiersladens einmal schmerzlich durch »Try and Error« erfahren.

Seit der ersten Idee waren schließlich acht Jahre vergangen, als am 23.10.2008 die Eintragung ins Genossenschaftsregister erfolgte. Inzwischen hat auch die erste genossenschaftliche Pflichtprüfung durch den gewählten Prüfungsverband PKMG (Prüfungsverband der kleinen und mittelständischen Genossenschaften) mit Sitz in Berlin erfolgreich stattgefunden. Die Quartiersladen eG weist mittlerweile 580 Mitgliedshaushalte auf mit durchschnittlich drei bis vier Haushaltsmitgliedern, Tendenz steigend. Aus dem jungen Stadtteil Vauban lässt sich der Quartiersladen nicht mehr wegdenken. Er dient als Einkaufsstätte für biologische Waren, stellt mittlerweile einen wichtigen Begegnungsort dar und nutzt außerdem die beste Rechtsform der Welt.●

FORTSETZUNG VON SEITE 8

schaftsform GbR skeptisch, vor allem weil man in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts für Risiken aus diesem Unternehmen im Ernstfall über die Geschäftseinlage hinaus auch mit seinem privaten Vermögen haftet.«

Vorteil: schnelle Realisierung

Um jedoch die Errichtung der ersten Solarstromanlage nicht zu gefährden, entschlossen sich einige der Anwesenden trotz Bedenken die »Bürgersolar Essen 1 GbR« zu gründen. Die Anderen lehnten es ab, Gesellschafter dieser GbR zu werden, gewährten aber der neu gegründeten GbR zum Bau der Solarstromanlage ein befristetes, zinsloses Darlehen bis Ende des Jahres 2009. Bis dahin sollte geklärt werden, ob sich die Haftung in einer GbR begrenzen ließe oder welche andere Gesellschaftsform für das Ziel, ein erneuerbares Energieversorgungsunternehmen in Bürgerhand zu gründen, am besten geeignet war.

Das Ergebnis von Recherchen, juristischem Rat und Auswerten der Erfahrungen anderer Bürgersolar-Vereinigungen war: Erstens: Eine Haftungsbegrenzung in einer GbR ist nicht möglich. Und zweitens: Eine Genossenschaft ist für Bürgersolar-Vereinigungen die am besten geeignete Gesellschaftsform, weil sie viele Vorteile mit sich bringt:

- Transparente Geschäftsführung ist Pflicht – Alle zwei Jahre wird jede Genossenschaft auf ihre ordnungsgemäße Geschäftsführung hin durch einen externen Prüfverband durchleuchtet.
- Leichter Ein- und Austritt von Mitgliedern möglich – Es ist kein Gang zu einem Notar notwendig wie zum Beispiel bei einer GmbH.

»One Man – One Vote« – Unabhängig davon, wie stark jemand in eine Genossenschaft investiert, wie viele Geschäftsanteile er erworben hat, jedes Mitglied der Genossenschaft hat auf den Generalversammlungen nur eine Stimme. Gewinnausschüttungen erhält man dagegen anteilig für die Geschäftsanteile, die man »hält«.

- Und der wichtigste Punkt für die »GbR-Skeptiker«: Die Haftung ist auf die Geschäftsanteile begrenzt – Vereinfacht gesagt: Im allerschlimmsten Fall ist das eingezahlte Kapital weg, darüber hinaus haftet kein Genossenschaftsmitglied.

Gesagt, getan – der Entschluss eine Genossenschaft zu gründen wurde zügig realisiert. Besorgt wurden Satzungen von anderen Genossenschaften und auf die Bedürfnisse der Gründungsgruppe angepasst.

Mitglieder und Interessenten der Solargenossenschaft Essen bei einem Informationsabend

Im Oktober 2009 gründeten die Initiatoren dann mit dem Elan des genossenschaftlichen Selbsthilfe-Gedankens die Solargenossenschaft Essen. Zu dem Zeitpunkt waren es bereits 32 Gründungsmitglieder. Allerdings wäre eine vorherige intensivere Beratung durch den Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband (RWGV) besser gewesen. Als die Solargenossenschaft Essen im Genossenschaftsregister eingetragen werden sollte, stellte sich heraus, dass die Satzung völlig unzulänglich war. Deswegen wurde mit sachkundiger Unterstützung durch den RWGV die Satzung aufwendig überarbeitet. Sie wurde im Januar 2010 neu beschlossen. Entsprechend konnte so erst ein halbes Jahr später als geplant die Solargenossenschaft Essen offiziell als »eG« eintragen werden.

Nachdem am 15. April 2010 endlich alle formalen Geburtswehen der Genossenschaftsgründung überwunden waren,« erläutert Andrea Kamrath, »konnten wir den Übergang der GbR in die Solargenossenschaft Essen eG organisieren. Zusammen mit der Geschäftsführung der »Bürgersolar Essen 1 GbR«, einem Steuerberater und der Bank vereinbarten wir vom Vorstand der Genossenschaft einen Fahrplan, wie die bereits in Betrieb gegangene erste Photovoltaikanlage an die SGE übergeben und die GbR anschließend aufgelöst werden konnte. Ebenso wollten wir die Guthaben aus den bereits erwirtschafteten Einspeisevergütungen für den Sonnenstrom, der seit August 2009 erzeugt worden war, in die Genossenschaft einbringen. Auch das hat noch einmal viel Überlegungen, Arbeit und Zeit erforderlich gemacht, während wir gleichzeitig schon an der Entwicklung von drei neuen Solarstrom-Projekten gearbeitet haben.«

Schritt zum wirtschaftlichen Übergang

Der wirtschaftliche Übergang von der GbR zur Genossenschaft wurde schließlich unter Beachtung rechtlicher und steuerlicher Aspekte folgendermaßen bewältigt:

Schritt 1: Die bisherigen Darlehensgeber der GbR werden kurzfristig als Gesellschafter in die GbR aufgenommen, mit Anteilen in Höhe ihrer Darlehen.

Schritt 2: Die GbR verkauft der Solargenossenschaft die Photovoltaikanlage zum Zeitwert.

Schritt 3: Die Solargenossenschaft bezahlt der GbR den Kaufpreis für die Solarstromanlage.

Schritt 4: Die GbR zahlt aus dem überwiesenen Kaufpreis in Höhe der GbR-Beteiligungen Geschäftsanteile in die Solargenossenschaft Essen eG ein.

Schritt 5: Nach Abschluss der Geschäftsbilanz wird sich die GbR auflösen, das restliche Geldguthaben geht an die Genossenschaft.

Vermieden werden solle, noch einmal Fehler zu machen wie bei der Genossenschaftsgründung mit einer halbgaren Satzung. Deswegen wurden vor allem die Schritte 1 bis 4 mit allen Beteiligten so geplant, dass sie an einem einzigen Geschäftstag durchgeführt werden konnten. Und nur weil die Bank gut kooperiert hat, musste die Genossenschaft keinen Kredit aufnehmen, um der GbR die Solaranlage bezahlen zu können. Sie gehörte ja den GbR-Mitgliedern, die Solargenossenschaft aber hatte das Geld dafür nicht. Heute sind die Mitglieder der Genossenschaft erleichtert, dass alles gut gegangen ist und sie sich ihren eigentlichen Zielen widmen können: einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Nun können weitere Solarstromanlagen gebaut werden, damit Atomkraftwerke schneller abgeschaltet werden.●

Anzeige

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

VG VERBRAUCHERGEMEINSCHAFT

GENOSSENSCHAFTEN

Wenn die Haut zu eng wird

Vom Verein zur Genossenschaft – eine einzigartige Überleitung

Mitunter kann die Hülle eines Rechtsträgers für die Lebensfähigkeit und die Realisierung von Entwicklungswünschen zu eng werden. Die Verbrauchergemeinschaft Dresden hat vor sechs Jahren den Schritt vom Verein in die Genossenschaft gewagt und interessanterweise den Verein auf diesen Weg in besonderer Weise mitgenommen.

Von Matthias Nowitzky-Domke, Red. Genossenschaften ● Schon Ende der 90er Jahre beschäftigte den damaligen Verein Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte (e.V.) die Frage, ob nicht die eingetragene Genossenschaft (eG) die bessere Rechtsform für die vor allem aus Einzelhandelstätigkeit bestehende Arbeit sein würde. Im Jahr 2004 stellte die zuständige Landesdirektion die Rechtsfähigkeit des Vereins in Frage, da inzwischen die Aktivitäten weit überwiegend im – wenn auch gewinnfreien – Warenumsatz bestanden.

Foto: Jürgen Krötz

Die VG Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG (VG) wird als Mitgliederladen geführt. Das bedeutet, die Mitglieder müssen einen festen Grundbetrag zahlen, um dort kostengünstig einkaufen zu können

Tochter-GmbH oder Genossenschaft

Eine Arbeitsgruppe »Neue Rechtsform« sondierte daraufhin die möglichen Wege und schälte entweder eine GmbH als hundertprozentige Tochter des Vereins oder eine Genossenschaft in der Hand aller Vereinsmitglieder heraus. Eine Mitgliederversammlung entschied sich gegen die einfache und überwiegend praktizierte, weil durch die Mitglieder nur noch indirekt kontrollierbare GmbH-Variante. Sie beauftragte die Gründung einer Genossenschaft. Da schon damals 3.000 Menschen Mitglied im Verein waren, schied eine Neugründung durch die Mitglieder aus praktischen Gründen aus.

Klar war bald, dass nur eine Umwandlung nach Umwandlungsgesetz (UmwG) in Betracht kam. Nun kennt dieses Gesetz genau 332 Varianten, den einen Rechtsträger in einen anderen zu wandeln, auszugründen, zu spalten, zu verschmelzen oder zu fusionieren. Angestrebt wurde, den Verein bestehen zu lassen und mit allen Mitgliedern in die Genossenschaft zu gehen. Neumitglieder sollten als Vereinsmitglied die ideelle Arbeit unterstützen und als Genossenschaftsmitglied günstig an Ökonahrung und Biokleidung herankommen können.

Die Kommunikation mit der Regierungsbehörde wurde von einem Rechtsanwalt erledigt. Den Kampf mit dem Umwandlungsgesetz (Wirtschaftsprüfung, Wertermittlung des Vereinsvermögens, Übertragung von Vermögensteilen auf die zu gründende eG, qualifizierte Mehrheitserfordernisse bei den Mitgliedern etc.) fochten die Verantwortlichen gemeinsam mit dem örtlichen Mitteldeutschen Genossenschaftsverband e.V. aus. Dessen Justitiar moderierte in unterhaltsamster Weise, rechtlich korrekt, die Gründungsveranstaltung. Doch zuvor galt es, die Satzung aufzustellen. Die zukünftige Leitungsstruktur wurde damals mit drei ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern aus der Mitarbeiterschaft fixiert. Der restliche Vereinsvorstand ging nahezu komplett in den Aufsichtsrat.

Pfiffige Vermögensübertragung

Der für die Ladengeschäfte erforderliche Vermögensanteil wurde über gestaffelte Anteilszahlen – nach Zugehörigkeitsjahren als Vereinsmitglied – übertragen. Die Einlage bis dahin betrug 40 DM, es sollten also Neumitglieder 20 Euro zeichnen. Somit übernahmen GanzAltMitglieder fünf Anteile à 20 Euro, »jüngere« Mitglieder entsprechend weniger. So war die neue eG elegant mit ca. 100.000 Euro Genossenschaftskapital und ausreichender Rücklage ausgestattet.

Am Ende schrieb die Verbrauchergemeinschaft Dresden mit der sogenannten Abspaltung aus dem Verein zur Neugründung der Genossenschaft sogar Rechtsgeschichte. Diese Variante nach UmwG hatte es bis dahin bundesweit nicht gegeben. Kraft und Wegweisung bekamen die handelnden Personen insgesamt viermal an Scheidewegen durch Info-Mitgliederversammlungen. Diese verliehen jeweils den notwendigen Schwung, die Idee VG in neue Dimensionen zu bringen. Die Eröffnung eines Bio-Supermarktes im Jahr 2010 fiel dann als funktionierende (und kreditwürdige!) Genossenschaft fast schon leicht. Mitglieder unterstützten mit Kleinbürgschaften und kleinen nachrangigen Darlehen – doch das ist schon wieder eine neue Geschichte. Für die Genossenschaft heißt es einfach: VG eG – frisch regional fair!●

Regionale Produkte sind ein Schwerpunkt der Verbrauchergemeinschaft Dresden — Foto: Jürgen Krötz

Matthias Nowitzky-Domke studierte Theologie und Rechtswissenschaft, ist als Berater in Dresden tätig und seit 2005 Mitglied im Aufsichtsrat der VG eG, Email: matthias.nowitzky-domke@vg-dresden.de

VG Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG

Die VG Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG (VG) begann ihre Tätigkeit als Gruppe der Grünen Liga e.V., dem Nachwende-Dachverband ostdeutscher Umweltinitiativen, zunächst in den Erdgeschossräumen eines Abrisshauses. Konzipiert nach dem Querbeet-Modell und betriebskostenfinanziert über Monatsbeiträge der Mitglieder und getragen von anfänglich wenigen MitarbeiterInnen und vielen Ladendiensten aus der Mitgliederschaft, konnten Biowaren aus der Region und auch vom Großhandel nahezu zum Einkaufspreis weitergegeben werden. Das umsatzunabhängige Finanzierungsmodell der VG besteht bis heute und sicherte 2002 trotz großer Elbe- und Weißeritzflut ihr Überleben.

Die Geschäfte des 1994 gegründeten Vereines hat 2005 eine eingetragene Genossenschaft übernommen, während der Verein die ideelle Arbeit für u.a. Verbraucherinformation, Verbraucherschutz und Verbreitung des ökologischen Landbaus mit einer Viertel-Vollzeitstelle, Menschen im freiwilligen ökologischen Jahr (FÖJ) und mit Ehrenamtlichen fortsetzt.

Inzwischen hat die VG über 5.000 Mitglieder aus Dresden und Umgebung, führt vier Geschäfte (drei Naturkostläden mit zwischen 300 und 700qm Größe und einen Naturwarenladen) und bezieht frische Ware von über 50 regionalen Erzeugern und vorrangig Trockenprodukte von mehreren überregionalen Anbietern. Insgesamt sind derzeit 37 MitarbeiterInnen überwiegend in Teilzeit beschäftigt. Die VG hat in den vergangenen Jahren sieben Lehrlinge ausgebildet, aktuell befinden sich neun auf dem Weg zur Einzelhandelsfachkraft.

Der ehrenamtliche Vorstand besteht aus vier Menschen aus den jeweiligen Läden, ein Aufsichtsrat mit MitarbeiterInnenvertretern führt Rat und Aufsicht. In diesem Jahr wird das 20-jährige Bestehen der Idee VG in Dresden gefeiert.

Weitere Informationen: www.vg-dresden.de

ABSPALTUNG VEREIN

Rechtliche Exoten

Regierungspräsidium erzwingt Ausgliederung des Geschäftsbetriebs

Die VG Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG Dresden, steht im Mittelpunkt dieser rechtlichen Erläuterungen. Die Spaltung ist eine von 119 Möglichkeiten, die das Umwandlungsgesetz (UmgG) seit 1995 bereit hält. Die wohl am häufigsten vorkommenden Formen sind dabei die Verschmelzung (Fusion) und die Umwandlung (Rechtsformenwechsel). Rechtliche Exoten sind die Fusion einer eG auf eine GmbH & Co. KG und die Umwandlung einer GmbH in eine eG. Aber auch mit der nachfolgend dargestellten Abspaltung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes eines eingetragenen Vereins (e.V.) auf eine von diesem neu errichtete eingetragene Genossenschaft (eG) wurde »Neuland« beschritten.

Von Uwe Scheibner, Red. Genossenschaften ● Dieser seit 1994 bestehende eingetragene Verein wuchs neben seinen ideellen Aufgaben für umweltgerecht erzeugte Produkte immer mehr auch in wirtschaftliche Aufgaben hinein. Er propagierte nicht nur das Vernünftige an dieser Erzeugungsart, sondern schuf dafür Läden, in denen diese Produkte ausschließlich an Mitglieder des Vereins verkauft wurden. Das florierte, und so wuchs die Zahl der Mitglieder bis Ende 2004 auf 2.128 an. Da jedoch die wirtschaftliche Tätigkeit des Vereins den vom BGB normierten ideellen Charakter eines e.V. nicht ganz entsprach, sah das Regierungspräsidium Dresden Handlungsbedarf, um Rechtsklarheit zu schaffen.

Herzstück Spaltungsplan

Nach langen Überlegungen suchte der Vereinsvorstand den Weg zum Mitteldeutschen Genossenschaftsverband. Er fand hier durch bewährte Kooperation des Bereiches Gewerbliche Genossenschaften mit der Steuerabteilung, dem Prüfdienst und der Rechtsabteilung das gebündelte Know-how für ein solches Anliegen. So wurde mit dem Vereinsvorstand als optimale Variante die vom UmwG bereit gestellte Möglichkeit der Abspaltung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes auf einen vom Verein neu zu gründende Genossenschaft gefunden.

Schwieriger war es jedoch mit den konkreten normativen Regelungen des UmwG: Spaltungsplan, Spaltungsbericht des Vorstandes, Spaltungsprüfung, Beschlüsse der Mitgliederversammlung, Anmeldung zum Register, zu beachtende besondere Vorschriften zur Neugründung einer eG durch Abspaltung.

Herzstück der Spaltung ist der sogenannte Spaltungsplan, der notariell zu beurkunden ist. Ein Problem bildeten dabei die Umtauschverhältnisse. Ausgehend davon, dass jedes Vereinsmitglied im Rahmen der Abspaltung sowohl Mitglied im bestehenden e.V. bleiben, als auch Mitglied der neuen eG werden sollte, repräsentierten diese beiden Mitgliedschaften sowohl Mitgliedschaftsrechte als auch Vermögensrechte in beiden Rechtsträgern. Damit wären sowohl die beim e.V. bestehenden als auch im Rahmen der Abspaltung bei der eG begründeten Mitgliedschaften zugleich mit einem Anteil am Vermögen des e.V. und der eG verbunden.

Personifizierter Vermögensanteil

Die beim Verein bestehenden Mitgliedschaften sind aber nicht unmittelbar in einen in Euro zu beziffernden Anteil am Vermögen des e.V. verbunden. Deshalb mussten für diese Abspaltung zur Neugründung einer eG die entsprechenden Umtauschverhältnisse als Maßstab für die Aufteilung nach Geschäftsguthaben an der eG ermittelt werden. Danach war jedes Mitglied des übertragenden e.V. mit mindestens einem und im Übrigen mit so vielen Geschäftsanteilen bei der übernehmenden Genossenschaft beteiligt, wie durch Anrechnung seiner Mitgliedschaftsjahre beim übertragenden e.V. als personifizierter Vermögensanteil im Rahmen der Abspaltung in die Genossenschaft eingebracht und damit als auf den oder die Geschäftsanteile voll eingezahlt errechnet worden sind. Darüber hinaus musste gemäß § 125 S. 1 UmwG nach den Vorschriften der §§ 29 bis 34 UmwG allen Mitgliedern des e.V. ein Barabfindungsangebot unterbreitet werden, sofern sie aus Anlass der Abspaltung nicht Mitglied der eG werden wollten. Davon machten jedoch von den über 2.000 Mitgliedern nur drei Gebrauch. Für dieses Barabfindungsangebot musste in Form eines Vermögensstatus der »wahre Wert« des e.V. ermittelt werden. Darüber hinaus war die Angemessenheit des Barabfindungsangebotes durch einen Wirtschaftsprüfer zu prüfen.

Beschließende Mitgliederversammlung

Nachdem am 13. Mai 2005 der Spaltungsplan notariell beurkundet wurde, bildete genau einen Monat später die Mitgliederversammlung des Vereins Höhepunkt und krönenden Abschluss des langen (hier nur kurz skizzierten) Weges. Im Saal des Kabaretts Breschke & Schuch in Dresden waren 133 Mitglieder erschienen. Unter Beachtung des rechtlichen Procedere und gleichzeitig guter Stimmung (darin zeigt sich auch, dass das eine nicht unbedingt das andere ausschließen muss) votierten die Mitglieder einstimmig für die Abspaltung und die Errichtung der eingetragenen Genossenschaft. Der Firmenname »VG Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG« mit Sitz in Dresden.

Nach Ablauf der einmonatigen Sperrfrist konnte am 14. Juli in notariell beglaubigter Form die Anmeldung gegenüber dem Registergericht erfolgen. Mit der Eintragung am 25. Juli waren sowohl Abspaltung als auch Eintragung der neuen eingetragenen Genossenschaft rechtswirksam vollzogen.●

DIE POLIZEI ALS POLITISCHER AKTEUR AN HEIDELBERGER BEISPIELEN

Still not loving Christian Z. – Still not Loving Bernd F.

Der erst im Herbst 2009 nach Heidelberg versetzte Christian Zacherle, Leiter des Polizeireviers Mitte, tritt regelmäßig als Einsatzleiter bei politischen Aktionen in Erscheinung. Seit dieser Zeit bewegt sich die Repression in Heidelberg am Rande, mutmaßlich auch außerhalb der Legalität, wie in den jüngsten Spitzelfällen.
Bei den unvermeidlichen Kontakten mit der Polizei – sei es bei Gesprächen der Demo-AnmelderInnen, bei Kontrollen oder Demonstrationen und Kundgebungen selbst – kommt ein unübersehbarer politischer Wille gerade der Heidelberger Einsatzleitung zum Ausdruck. Deren offene Ablehnung der oppositionellen Ansichten äußert sich auch häufig in unverhohlener persönlicher Abneigung gegen bekannte AktivistInnen.

Behinderung von Versammlungen im Vorfeld

Die sich verschärfenden Bedingungen für die Umsetzung der Versammlungsfreiheit zeigen sich schon im Vorfeld von Demonstrationen. Tatsächlich beteiligt sich das der Polizei assoziierte Ordnungsamt, das die Rahmenbedingungen für angemeldete politische Versammlungen klären und beispielsweise die nötigen Verkehrsumleitungen koordinieren soll, an der Behinderung der politischen Meinungsäußerung. Anstatt einen ungestörten Verlauf sicherzustellen, werden Demonstrationen mit unsinnigen und unnötigen Auflagen überzogen, wie dies etwa bei der Mumia-Demo im Januar 2010 der Fall war: Die Forderung an den Anmelder, die Personalien aller an den Organisationsstrukturen (OrdnerInnen, RednerInnen usw.) Beteiligten im Vorfeld an die Behörden weiterzugeben, wurde erst nach Androhung rechtlicher Schritte zurückgenommen. Weitere einschneidende Beschränkungen zur Ausgestaltung der Demo, wie z.B. zur Länge der Transparente, wurden allerdings beibehalten.

Bei derartig grotesken Vorgaben ignoriert das Ordnungsamt systematisch die gesetzliche Vorgabe, dass Einschränkungen in Form von Auflagen nur im Fall einer anderweitig unvermeidbaren Gefährdung durch die Versammlung verhängt werden sollen und sozusagen als mildere Form eines Verbots zu betrachten sind. Stattdessen betrachtet die Behörde kollektive politische Meinungsäußerungen offenbar als ohnehin semi-kriminell und hat einen ganzen Katalog von Standardbeschränkungen erarbeitet, der regelmäßig gegen linke Gruppen eingesetzt wird.

Werden die Auflagen nicht umfassend im Sinne der Polizei umgesetzt, so sehen sich die AnmelderInnen hohen Strafen ausgesetzt, wie etwa im Fall des Anmelders einer Bildungsstreik-Demo im Sommer 2010, der wegen einer Abweichung von der Demoroute, zwischenzeitlicher Spurts von TeilnehmerInnen und einer kurzen Sitzblockade seither mit Verfahren überzogen wird.

Noch extremere Formen nahm die behördliche Willkür im Fall einer kleinen Demo gegen Nationalismus während der Fußball-WM im Sommer 2010 an, die von Ordnungsamt und Polizei als Ganzes abgelehnt und deren Anmelder als »ungeeignet« für eine stattdessen anvisierte Kundgebung bezeichnet wurde. Zur Begründung dieser faktischen Aberkennung von Grundrechten wurden ihm ein früheres Verfahren wegen Vermummung sowie eine gegen ihn gestellte Anzeige wegen Beleidigung im Zusammenhang mit APPD-Aktivitäten zur Last gelegt.

Dieses skandalöse Vorgehen wurde nur noch getoppt von einer Erklärung der Sinsheimer Behörde, die den örtlichen Anmelder einer antifaschistischen Demonstration mit der Begründung ablehnte, er lebe in der gleichen Wohngemeinschaft wie ein bekannter Aktivist, der bereits mehrere Ermittlungsverfahren wegen kleinerer Delikte hatte.

Martialische Polizeieinsätze gegen Demos

Diese neue Linie einer systematisch angestrebten Konfrontation setzt sich bei jedem Einsatz während linker Demos fort. Ohne jeden Anlass provozieren die BeamtInnen die Teilnehmenden nicht nur durch beleidigende Kommentare, sondern auch durch plötzliche martialische Auftritte, unnötiges Eindringen in die Versammlungen oder willkürliche Festnahmen.

So sorgte beim jährlichen antifaschistischen Straßenfest am 30. April 2010 ein schwer gerüsteter Trupp unter Führung von Christian Zacherle für plötzliche Tumulte im Publikum, als die Cops während eines musikalischen Beitrags gegen in ihren Augen zu laute AktivistInnen vorgingen.

Ein weiteres Beispiel für die verschärften Einsätze bieten die jährlichen Proteste gegen das städtische »Heldengedenken« auf dem von den Nazis errichteten »Ehrenfriedhof«. Dass nicht nur die von DemonstrantInnen eingeforderte Unterscheidung von TäterInnen und Opfern, sondern auch das Erinnern an die auf Schildern genannten realen Opfer unerwünscht ist, mussten die TeilnehmerInnen der Kundgebung bereits 2009 erfahren: ein überdimensioniertes Polizeiaufgebot – wieder unter der Leitung von Christian Zacherle – verwehrte ihnen den Zutritt zur als öffentlich deklarierten städtischen Veranstaltung, prügelte auf protestierende AktivistInnen ein und leitete Ermittlungsverfahren ein. 2010 hatte sich die Zahl der BeamtInnen vervielfacht, und die Cops gingen mit Hundestaffeln gegen alle vor, die ihnen als potenzielle AbweichlerInnen von der städtischen Vorgabe erschienen und die versuchten, auf das Gelände zu gelangen.

Grund für diese groteske Verschärfung war ein Tipp des im Dezember 2010 enttarnten Polizeispitzels Simon Bromma (aka Simon Brenner), der von einer geplanten Aktion gehört haben wollte und nach eigenen Angaben regelmäßigen Kontakt zur Staatsschutzabteilung der Heidelberger Kriminalpolizei pflegte.

Spitzeleinsatz in Heidelberg

Der vielmonatige Einsatz von drei als V-Leuten eingeschleusten PolizeibeamtInnen, die das baden-württembergische Landeskriminalamt (LKA), auf nachdrückliches Betreiben der Heidelberger Polizei, gegen die linken und insbesondere antifaschistischen Strukturen der Stadt eingesetzt hatte, zeigt ebenfalls die neuen Dimensionen auf: unter Missachtung ihrer eigenen gesetzlichen Vorgaben wurde dieses extreme politische Repressionsinstrument mit dem ausschließlichen Ziel eingesetzt, die Szene und ihren Alltag zu durchleuchten und auszuschnüffeln. Dass sich die lokale Polizei damit vollends zur selbsttätigen politischen Akteurin aufschwingt, ist unübersehbar.

Diese groß angelegte, von langer Hand geplante und sehr kostspielige Aktion der Polizei wie aktuell der Heidelberger Spitzeleinsatz wird dann auch einfach mal mit einer Begründung legitimiert, welche vollkommen absurd, zeitlich nicht schlüssig und völlig konstruiert ist.

Laut Aussage des LKA-Spitzels Simon Bromma und des damaligen baden-württembergischen Innenministers Heribert Rech mussten dafür »Indizien« herhalten, welche als Beweise absolut nicht haltbar und an den Haaren herbeigezogen sind. Aufhänger der Spitzel-Aktion sei eine Demonstration im Herbst 2009 in Sinsheim im Kraichgau gewesen, zu der von der Antifaschistischen Aktion Heidelberg (AIHD) mit dem Slogan aufgerufen wurde, den Nazis »mit allen Mitteln« entgegenzutreten. Es handelte sich bei dieser Demo um eine Bündnisdemonstration, an der Gewerkschaften ebenso teilnahmen wie die Linkspartei, die Grünen, die SPD oder autonome AntifaschistInnen. Die Anti-Nazi-Demo verlief völlig ohne Zwischenfälle. Der Innenminister bezeichnet die Vorbereitungstreffen dieser Bündnisdemonstration als »Kontakte zwischen mehreren Führungspersonen der antifaschistischen und anarchistischen Szene«. Bei einer dieser angeblichen »Führungspersonen« – so behauptet der Innenminister – seien anlässlich einer Hausdurchsuchung »sieben gebrauchsfertige Brandsätze« sichergestellt worden.

Die erwähnte Hausdurchsuchung fand bei einer alternativ-subkulturell geprägten Wohngemeinschaft in einem kleinen, mehr als 50 Kilometer von Heidelberg entfernten Ort im Kraichgau statt und richtete sich gegen einen vermuteten Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz. Im Keller wurden von der Polizei Flaschen mit einer brennbaren Flüssigkeit gefunden, die laut Polizeidirektion zum Einsatz als Molotowcock-

Fortsetzung auf Seite 12

Anzeige

DIE ROTE HILFE

Schwerpunkt der Ausgabe 4/2010:
Zur Lage der Menschenrechte in Deutschland

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Zuschriften und Anfragen an:
Rote Hilfe e.V.
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel./Fax: 04 31 / 7 51 41
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Jetzt auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen die Repression

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Vorab: Rückkehr ins CONTRASTE-Schreiben
Am 22.3.2011 endete meine Haft. Sie begann vor ziemlich genau sechs Monaten, am 23.9.2010, und war wegen der Zerstörung eines Feldes mit Gen-Gerste der Universität Gießen verhängt worden. Zwar spricht nicht vieles dafür, dass es tatsächlich diese Handlung war, die zu der Inhaftierung führte, sondern die zum Teil heftigen Auseinandersetzungen um innere Sicherheit unter anderem mit dem jetzigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier. Aber das ist jetzt gleichgültig: Ich bin wieder in der relativen Freiheit dieses Landes. Der eigentliche Skandal aber bleibt: Über 74.000 Menschen sind weiter (und mit zunehmend härteren Strafen) in die unmenschliche Logik von Gefängnissen eingesperrt. Ihnen gelten meine Gedanken jetzt von draußen – und auch ein Teil meiner Kraft, diese Welt, soviel ich kann, von Herrschaft und ihren konkreten Ausgestaltungsformen zu befreien. Wer immer einen Hauch emanzipatorischer Lust in sich verspürt, kann nicht anders als sehnsüchtig auf das Ende aller Zwangsanstalten bzw. des Prinzips von Norm und Strafe zu hoffen.
Ein Endbericht zu meiner Haft steht unter http://de.indymedia.org/2011/03/302805.shtml, ständige Berichte wurden unter http://weggesperrt.blogsport.eu gesammelt.

Jörg Bergstedt

Freiheit statt Frontex
Mit den beeindruckenden Aufstandsbewegungen in der arabischen Welt und dem Sturz der Despoten in Nordafrika kommen dem vorverlagerten EU-Grenzregime die Wachhunde abhanden. Die Frage einer verschärften Migrationskontrolle durch die europäische Grenzschutzagentur Frontex ist in Politik und Medien in diesen Tagen und Wochen ein großes Thema. Umso dringender erscheint es uns, gegen den fortgesetzten Tod und das Leid an den Außengrenzen zu protestieren und uns für die berechtigte Forderung der Flüchtlinge und MigrantInnen nach Bewegungsfreiheit stark zu machen. Vor diesem Hintergrund haben sich die drei antirassistischen Netzwerke afrique-europe-interact, Welcome to Europe (w2eu) und Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet) auf die Veröffentlichung einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem plakativen Titel »Freiheit statt Frontex« verständigt. Sie ist zu lesen unter http://de.indymedia.org/2011/03/302097.shtml.

Kritik am Tag der politischen Gefangenen!
Am 18. März fand er wie jedes Jahr statt: Der Tag der politischen Gefangenen. Es wäre eine Sache, den Namen aus traditionellen Gründen zu belassen, aber ihn inhaltlich anders zu fassen. Denn leider beschränkte sich die Solidarisierung tatsächlich mal wieder auf 2 oder 3 Handvoll der in Deutschland Inhaftierten und weiteren aus anderen Ländern. 10 bis 15 von über 74.000 Häftlingen! Was begründet diese Auswahl? Eine Antwort darauf fand sich in den Texten zum 18.3.2011 nicht. Straftatbestände oder Diagnose, die zum Freiheitsentzug führen, sind immer politisch motivierte Setzungen, weil sie auf gesellschaftlichen Diskursen bestehen. Seite zum 18.3.: www.18.maerz.de.
Eine Kritik an der Ausrichtung des 18. März findet sich auf http://de.indymedia.org/2011/03/302627.shtml.

Freispruch im 2. »Badelatschen-Prozess«
Am 30.6.2009 wurde im Reichstagsgebäude die Ausstellung »Bundeswehr im Einsatz« eröffnet. Diese Feier von 15 Jahren Kriegseinsatz der Bundeswehr im Ausland nahmen AntimilitaristInnen zum Anlass, gegen die Kriegspolitik Deutschlands zu protestieren. Die Rede des Kriegsministers Jung wurde lautstark gestört, ein Transparent mit der Aufschrift »Wir geloben zu rauben und zu morden« wurde entrollt und Jung und seine militaristische Zuhörerschaft mit Unmengen von rosa Badelatschen und Flyern eingedeckt. Wegen dieser Aktion flatterten mehrere AntimilitaristInnen Bußgeldbescheide in Höhe von 200 Euro ins Haus, weil sie gegen die Hausordnung des Deutschen Bundestags verstoßen hätten. Gegen diese ihnen vorgeworfene Ordnungswidrigkeit legten einige Betroffene Widerspruch ein. Am Ende des ersten Prozesses kam es jedoch nicht zu einer Verurteilung. Berichte der beiden Prozesstage gegen einen Antimilitaristen am 23.2. und am 8.3.2011 unter http://de.indymedia.org/2011/03/302410.shtml.

Zur Sicherungsverwahrung
Die Propaganda erfolgt mit Mördern und Kindesmisshandlern – aber das läuft ja insgesamt in Sachen Knast und Strafe so. Denn selbst bei den Sicherheitsverwahrten gibt es Leute, die nichts anderes als Diebstahl oder Betrug begangen haben ... und nicht zu wenige. Im Jahr 2004 verurteilte z.B. das Landgericht Bonn einen ehemaligen Juristen, der Doktorarbeiten abgeschrieben und als eigene Texte (Plagiate – also so was, wie es deutsche Minister auch machen) veröffentlicht hatte. Er kassierte dafür sechs Jahre Haft und anschließende Sicherungsverwahrung – noch doppelt absurd, da er seine sogenannten Straftaten im Gefängnis begang!

Erster Ärger mit der Laienverteidigung
Um Angeklagte und Betroffene aus der passiven Opferrolle zu bringen und zu AkteurInnen im eigenen Prozess zu machen, haben unabhängige AktivistInnen in den vergangenen Jahren etliche Trainings durchgeführt. Das führte zu offensiv und politisch geführten Gerichtsprozessen. Seit einiger Zeit nun konnte das durch ein Prinzip gegenseitiger Hilfe ergänzt werden: Die in den Trainings und der Praxiserfahrung geschulten AktivistInnen halfen sich als Rechtsbeistand. Für die oft Fließbandverurteilungen gewöhnten und meist kaum in die verhandelten Gerichtsakten eingelesenen RichterInnen und StaatsanwältInnen wurde es nun anstrengend. Sie reagierten, wie mensch es gewohnt ist: Mit massiven Brüchen des von ihnen selbst vertretenen Rechts. In Lüneburg und Dannenberg kam es im Dezember 2010 zu Ausschlüssen von VerteidigerInnen, obwohl sie z.T. schon mehrere Verhandlungstage agiert hatten. Beschwerden bei höheren Gerichten blieben erfolglos, weil die sich die Beschwerdetexte gar nicht angucken. Sonst wäre ihnen aufgefallen, dass die Ausschlüsse mit sehr platten Behauptungen wie »krank« oder Vorgängen begründet waren, die es gar nicht gegeben haben konnte (siehe Ablaufbeschreibung auf www.projektwerkstatt.de/antirepression/lesefenster/laien_rauswurf.html).

Auch das Verfassungsgericht wollte sich weder mit der Beschwerde der Angeklagten wie auch des Verteidigers überhaupt befassen. So haben die RobenträgerInnen schon zu Beginn deutlich gemacht, dass sie die Allmacht im Gerichtssaal auf keinen Fall verlieren wollen. Dazu sind sie, wie sonst auch häufig, bereit, die Gesetze zu brechen, die eigentlich ihre Handlungsgrundlage sein sollen. Mehr: www.laienverteidigung.de.vu.

Wer die Texte der vergangenen Ausgaben lesen will, findet hier ein Archiv: www.projektwerkstatt.de/recht/ticker.htm.●

Jörg Bergstedt

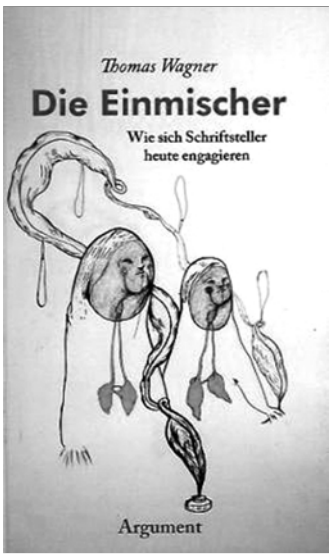
ENGAGIERTE AUTORiNNEN: »DIE EINMISCHER«

Doch nicht abgemeldet?

Von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Mit der Wende schienen sie abgetaucht, die schreibenden gesellschaftskritischen Geister. Der Mattscheiben-Talk beherrschte die Szene. Doch seit der globalen Katastrophen Finanzkrise, Klimawandel und Verelendung nicht nur in der »Dritten« Welt werden die »Einmischer« in der bundesdeutschen Öffentlichkeit wieder wahrgenommen. Die neoliberale Hegemonie bröckelt nicht nur politisch, sondern auch im künstlerischen Raum. Der Kultursoziologe Thomas Wagner hat von 2007 bis 2010 zwanzig VertreterInnen dieser Spezies interviewt: überwiegend Romanciers, Krimi- und Science-Fiction-Autoren, aber auch Lyriker und kritische LiedtexterInnen ....

Interessierte können die in dem »Argument«-Band versammelten sechs Zeitgenossinnen und 14 Zeitgenossen ausschnitthaft kennen lernen und aus den angehängten Werkhinweisen wählen, worauf sie sich tiefer einlassen möchten.

Das lohnt, denn: »Die Literatur hat die Chance, über festgefahrene Gräben von Parteien, Organisationen und kleinen Parteizirkeln hinweg an die gemeinsamen Themen und Aufgaben linker Politik zu erinnern: die Befreiung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit und die Beendigung aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein geknechtetes und verächtliches Wesen ist«, wie Wagner in seinem Einleitungstext festhält. Die Welt ohne Klassen-, Stände-und Schichtinteressen zu sehen, sei das Privileg der Künstler. Fraglich, ob das so unbedingt auf einen Autor wie Erasmus Schöfer zutrifft, der mit dem von ihm maßgeblich mit begründeten »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt« gerade das Ziel verfolgte, die Perspektive der Proletarier literaturfähig zu machen, was ihm auch in seinem Zeitroman »Die Kinder des Sisyfos« überzeugend gelang. Er schildert die Geschichte der Bewegungen von unten von 1968 bis zur Wende. Durchaus in der Absicht, damit die Heutigen zu erreichen, denn, so Schöfer: »Wenn es eine soziale Widerstandsbewegung gibt, braucht diese auch Literatur, um sich zu verständigen, um andere zu gewinnen.«



Marxistisch geprägt wie Schöfer, doch der jüngeren Generation zugehörig, arbeitet Dietmar Dath an Science-Fiction-Szenarien der Gegenwart, die Kapitalismuskritikern Mut machen: »Fakt ist, die Gegner schlafen auch mal.« Dabei schlägt er sich blödelnd und analysierend mit der Schwierigkeit herum, eine seinem revolutionären Anspruch angemessene Sprache zu entwickeln: »Kritisier mal ein System mit der Sprache, die dieses System erfunden hat!«

Dabei erfindet er in seinem politischen Bilderbuch »Deutschland macht dicht« so sprechende Fiktionen wie ein sprachbegabtes Gemälde namens »Ohne Titel«, das die versprengten Dissidenten in ihrem Kampf gegen ferngesteuerte Banker-Zombies unterstützt. Oder er greift zu Schelmentricks wie »die Bestie Sumsilatipak« (= »Kapitalismus« rückwärts gelesen).

Auch der 1968 geborene Autor und Sozialwissenschaftler Raul Zelik definiert sich als Teil der Linken. Dieser gehe es letztlich darum, wie Gewaltverhältnisse zum Verschwinden gebracht werden können. In seinem Unterschichten-Roman »Berliner Verhältnisse« wie in seinen Reportagen aus Venezuela, im Politthriller »La Negra« wie im Basken-Roman »Der bewaffnete Freund« betreibt er realistische, zuweilen witzige Gesellschaftsanalyse in systemtransformierender Absicht.

Erfrischend wirkt der lockere Umgang der Musikanten der »Biermösl Blosn« mit dem vom Bayerischen Rundfunk gegen sie verhängten, zehn Jahre lang währenden Boykott: »Wir haben doch dieses Scheißfernsehen oder Staatsradio nicht gebraucht. Im Gegenteil. Die Leute haben uns das als Qualitätsmerkmal ausgelegt.«

Auf einen »Flaschenpostcharakter« seiner Bücher für spätere RezipientInnen hofft der Berliner Schriftsteller und Ex-Hausbesetzer Michael Wildenhahn. Die Genderproblematik behandeln Eva Jantschitsch, Sängerin, Texterin und Komponistin aus Österreich, und die SWR-Redakteurin und Autorin Christine Lehmann. In ihren Krimis missachtet Lehman gängige Rollen- und Verhaltensmuster und probiert in scheinbar banalen Alltagssituationen aus, was passiert, wenn sich die Figuren entgegen üblichen Erwartungen verhalten: »In unserer Gesellschaft ist noch nicht angekommen, dass die Unterscheidung in männliche und weibliche Rollen nicht sinnvoll ist.« Und: »Unsere Kultur hat ein y-Chromosom.« Neu ist das alles nicht. Auch nicht Wladimir Kaminers Erkenntnis, dass kein intelligenter Mensch für den Krieg sein dürfe wie auch seine Ablehnung der Bemessung des Werts von Menschen an deren »Nützlichkeit für die Herstellung eines bestimmten Produkts«.

Dennoch ist es angesichts der fortbestehenden real existierenden Miseren wohltuend, derart klare Positionsbestimmungen unterschiedlichster schreibender Persönlichkeiten zu lesen. Der Freiraum der Literatur wird, so zeigen es die Interviews, in vielfachen Formen genutzt, um sich, wie es der kommunistische Schriftsteller Ronald Schernikau in einem erfundenen Brecht-Gedicht formulierte, zu engagieren: »Man sollte nicht mitleiden, sondern etwas tun.« Juli Zeh etwa hat nicht nur gemeinsam mit Ilja Trojanow in »Angriff auf die Freiheit« den Überwachungsstaat aufs Korn genommen, sondern auch Verfassungsbeschwerde gegen den neuen Fingerabdruck-Reisepass eingelegt. Chapeau!●

Thomas Wagner (Hg.): Die Einmischer. Wie sich Schriftsteller heute engagieren. Argument Verlag Hamburg 2010, Paperback 213 Seiten, 15,90 EUR

FORTSETZUNG VON SEITE 11

tails geeignet gewesen wären. Verurteilt wurde wegen dieser angeblichen Brandsätze bisher niemand.

Diese Hausdurchsuchung im Kraichgau als Begründung für eine langfristige Ausforschung durch Undercover-PolizistInnen zu benutzen, ist in vielfacher Hinsicht grotesk: Die Betroffenen waren und sind in keiner Weise in die linke Szene Heidelbergs eingebunden. Ob überhaupt eine Straftat vorgelegen haben könnte, ist völlig ungeklärt. Die Polizei besitzt keinerlei Erkenntnisse über solche Vorfälle im Umfeld von Heidelberg. Erst recht ist eine Nähe der bespitzelten Gruppen (studentische Arbeitskreise, BUND, Anti-Castor-Gruppen etc.) zu solchen angeblichen Straftaten völlig aus der Luft gegriffen. Vor allem aber: der Einsatz der verdeckten ErmittlerInnen in Heidelberg war schon lange vor diesen Vorfällen geplant und vorbereitet worden.

Die Heidelberger Polizeiführung – soviel ist heute sicher – »erfand« eine schwer militante linke Struktur im Umfeld der AIHD, um sich bei der Einschleusung der Spitzel die Kooperation von Innenministerium und anderen Behörden zu sichern. Doch eine solche Struktur gibt es in dieser herbeihalluzinierten Form überhaupt nicht. Die Gefahr besteht im Rahmen solcher Einsätze erfahrungsgemäß darin, dass dramatisierende, überzogene oder auch schlichtweg falsche Berichte und Einschätzungen an die oberen Dienststellen gelangen, ganz einfach, weil die Heidelberger KollegInnen dem ständig wachsenden Druck ausgesetzt sind, diesen auf ihrem Mist gewachsenen Einsatz zu rechtfertigen und fortlaufen zu lassen. Das heißt: Die Diffamierung und Kriminalisierung Heidelberger Antifa-Strukturen MUSS im diesem Zeitraum zunehmen, immer mehr Menschen sind immer tiefgreifender von der Ausleuchtung ihres privaten Lebens betroffen. Und das alles, weil sich Christian Zacherle wieder einmal (dafür ist er bekannt) profilieren will?

Wie kann es da auch sein, dass dieses zusammengebrochene Konstrukt »zur Abwehr einer Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes« der Heidelberger Polizei immer noch herhalten muss, um den weiteren Einsatz der beiden anderen, noch aktiven Spitzel zu rechtfertigen und so, laut Deutung des Innenministers und Herrn Zacherle, »eine erhebliche Gefährdung der Person dieser Spitzel und deren Wohlergehen durch eine angeblich vorhandene linksextremistische und militante Szene bedeutet«.

Hierbei wird auch deutlich, wie die Heidelberger Polizei zum politischen Akteur verkommt und somit das im Grundgesetz festgehaltene Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten aufgehoben und ignoriert wird. Das Ziel der Informationsbeschaffung ist faktisch ein Aufgabenfeld des Geheimdienstes und verstößt bei dem Spitzeleinsatz und somit der Zusammenarbeit mit der Heidelberger Polizei offen gegen das Trennungsgebot.

Medienpolitik der Heidelberger Polizei

In ihren Pressemitteilungen und Medieninfos betreibt – wie in vielen Städten – die Polizei in der Rhein-Neckar-Region eine gezielte Desinformationspolitik. So werden z.B. im Vorfeld link(sradikal)er Demos Gewaltszenarien heraufbeschworen, Gruppen oder Einzelpersonen werden politisch eingeordnet, bewertet oder diffamiert. In den Nachbetrachtungen wird die Zahl der TeilnehmerInnen politischer Aktionen grundsätzlich niedriger angegeben, als sie tatsächlich war.

Auch gezieltes Verschweigen bestimmter Informationen ist mittlerweile Standard: So gibt beispielsweise die Polizeidirektion Heidelberg weder vor noch nach linken Demonstrationen Presse- und Medieninfos heraus – außer wenn es zu Auseinandersetzungen kam.

Demgegenüber findet ein kontinuierliches Verschweigen, Herunterspielen oder Totschweigen rechter Übergriffe, Veranstaltungen und Entwicklungen durch die Heidelberger Polizei statt. So fand beispielsweise im Jahr 2006 bei Sinsheim eine Grillparty der Blood&Honour-Nachfolgegruppe »Furchtlos und Treu« statt. Bei dieser Veranstaltung, die auf einem nicht umzäunten Wiesengelände direkt an einem öffentlichen Weg stattfand, also öffentlich einsehbar war, wurde das Symbol der »Waffen-SS-Division Götz von Berlichingen« auf einer Fahne gehisst. AntifaschistInnen und PressevertreterInnen beobachteten dieses Szenario, ein Journalist rief beim Heidelberger Staatsschutz an, um diese strafbare neonazistische Aktion zu melden. Ein Eingreifen der Polizei oder nachfolgende Ermittlungen konnten nicht festgestellt werden.

Einige Tage später bekam der Journalist, der an diesem Abend die Polizei verständigt hatte, eine Vorladung zum Staatsschutz in seiner Stadt – übrigens in einem anderen Bundesland. Doch es ging dabei in keiner Weise über seine Beobachtung des Nazi-Treffens und um das öffentliche Zeigen des SS-Symbols. In diesem Gespräch meinte der zuständige Beamte etwas kleinlaut, dass seine Kollegen aus Heidelberg ihn um Amtshilfe gebeten hätten. Er wurde gefragt, was er an besagtem Abend mit einem namentlich genannten Heidelberger Antifaschisten zu tun gehabt habe und ob er sich in Zukunft nicht überlegen wolle, diese Zusammenarbeit einzustellen. Die Verbindung eines Medienvertreters zur einer politisch engagierten Person war offenkundig interessanter als die Verfolgung einer neonazistischen Straftat.

Eine rechte Straftat, das Zeigen verbotener Symbole, wird also völlig ignoriert – eine eindeutige Strafvereitelung im Amt. Stattdessen fand die technische Überwachung eines Antifaschisten – vermutlich über Handy – statt; woher sonst hätte der Staatsschutz wissen sollen, dass sich besagter PressevertreterInnen eingeschüchtert werden, sich nicht mehr mit VertreterInnen links(radikal)er Gruppierungen einzulassen.

Dass die lokale Presse auf der anderen Seite und mit vorgegebener, sehr eingeschränkter Ausrichtung ihre Artikel und Meldungen publiziert, fiel ebenfalls vermehrt auf. In Heidelberg ist dies öfter der Fall gewesen, seit der Leiter der Polizeidirektion Bernd Fuchs im Amt ist (Ende der 1990er Jahre). Er und die polizeiliche Pressestelle veröffentlichen – oft nur nach öffentlichem Druck – rechtsradikale Vorfälle, Veranstaltungen und Geschehnisse. Und wenn dies mal passiert, werden diese meist als Bagatelldelikte behandelt oder als Einzeltaten von fehlgeleiteten Jugendlichen dargestellt.

Auch die Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) veröffentlicht nur in Ausnahmen Artikel über diesen Themenbereich. Da können Nazi-Konzerte ungestört und unerwähnt stattfinden, ein Fackelmarsch von Nazis auf der Heidelberger Thingstätte wird totgeschwiegen, rassistische PolizistInnen können willkürliche und völlig überzogene Personenkontrollen durchführen – und niemand kann darüber in den bürgerlichen Medien Berichte lesen.

Offenbar gibt es auch eine Absprache der Polizei mit der RNZ und anderen Presseorganen. Es fällt hier nämlich besonders auf, dass die ohnehin schon einseitige Berichterstattung der RNZ über politische Aktionen – wenn diese denn überhaupt stattfindet – lediglich die Meinung der Polizei widerspiegelt.

Dazu versucht die Polizei immer wieder direkten Einfluss auf JournalistInnen zu nehmen. So ist eine Berichterstattung z.B. über rechte Aktivitäten in der Region unerwünscht, und selbst nach umfangreichen Einsätzen bei Aktionen von Nazis erwähnt der tägliche Pressebericht der Direktion die Vorgänge mit keinem Wort.

Zum Teil wird die Presse sogar gezielt behindert, indem ihr der Zugang zu Informationen oder Schauplätzen verwehrt wird. Die Polizei verstößt gegen das Gebot der Gleichbehandlung der Presse, indem z.B. ein RNZ-Fotograf zu einer Veranstaltung zugelassen wird, einem freien Fotografen der Zutritt allerdings verwehrt wird, wie das zum Beispiel beim Polizeieinsatz anlässlich der Aktionen gegen das »Heldengedenken« auf dem so genannten Ehrenfriedhof im vergangenen Jahr der Fall war.

Wir stellen fest:

- Es ist Heidelberger Polizei-Linie, gegenüber den Medien Nazi-Aktivitäten auszuklammern, Aktionen der linken Szene zu dramatisieren und die regionale Presse nur mit dem zu füttern, was politisch ins Konzept der Polizeidirektion passt.
- Der Beginn des Einsatzes der drei LKA-Spitzel fällt mit dem Amtsantritt des Polizeioberrats Christian Zacherle in Heidelberg zusammen, welcher kurz nach seinem Erscheinen auf der Bildfläche schon mit seinen mehrfachen politischen Positionierungen und Schikanen gegen linke Personen und Zusammenhänge aufgefallen ist.
- Dass ein Polizeioberrat – um sich einen persönlichen Erfolg gegen einen missliebigen politischen Gegner zu verschaffen oder Renommee hinzuzugewinnen – eine »besonders schwere Straftat« herbeilaviert, die dafür herhalten muss, einen Spitzeleinsatz zu legitimieren und diesen trotz massiven politischen Flurschadens und Gefährdung der Spitzel selbst weiterzuführen.

Wir fordern die Polizeidirektion Heidelberg, das LKA und das Innenministerium Baden-Württemberg mit Nachdruck auf, unverzüglich alle Hintergründe des Einsatzes offenzulegen und politische und personelle Konsequenzen zu ziehen. Des Weiteren erwarten wir einen Untersuchungsausschuss, welcher sich mit diesem Fall auseinandersetzt und den sofortigen Abzug der beiden noch aktiven Spitzel!●

Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD), April 2011

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

KONFLIKTE IN HAUSPROJEKTEN / KOMMUNEN / WOHNGEMEINSCHAFTEN / KOLLEKTIVEN

Zoff

Wir sind ein Frauenkollektiv, das Hausprojekte, Kommunen, Wohngemeinschaften und Kollektive begleitet bzw. in Konfliktsituationen geholt wird. Wir wollen hier einige unserer Erfahrungen wiedergeben.

Von Antonie Armbruster-Petersen, Olivia Santen und Uschi Volz-Walk, Berlin ● Konflikte entstehen zwangsläufig immer, wenn mehrere Menschen sich zu einem bestimmten Zweck zusammenschließen, das ist eine altbekannte Weisheit. Wir, die wir eine andere Welt wollen, sind nicht per se die besseren Menschen, jedoch bemühen wir uns. Das System Kapitalismus, Patriarchat und Religion (das Christentum prägt uns, auch wenn wir nicht religiös oder andersgläubig sind) ist leider auch Teil von uns. Eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird nicht reichen, wenn nicht auch wir uns verändern. Wir haben zum Beispiel oft ebenso eine strenge Moral, nach der wir vorgehen, andere beurteilen oder uns als diejenigen hinstellen, die es halt besser wissen. Auch wenn die Moral manchmal einen anderen Inhalt hat – zum Beispiel revolutionäre Moral – so ist die Art des Umgehens nicht viel anders als die kritisierte kapitalistische Umgehensweise: statt offene Hierarchien, versteckte, statt offene Ausgrenzung, diskutierter Rausschmiss, Durchsetzung des »männlichen Prinzips«, was nicht unbedingt an biologische Geschlechterrollen geknüpft sein muss. Es gibt natürlich viele Ambivalenzen und nicht nur gut / schlecht. Dabei ist das, was wir wollen: Offenheit, Umgang mit Kritik, Akzeptanz, Respekt, Wertschätzung untereinander sowie für diejenigen, die nicht so sind wie das Projekt, das Haus, das Kollektiv oder die WG sie gerne hätten.

In der Geschichte der Selbstverwaltung wurden viele Instrumente des Miteinander entwickelt: Kommunikationstechniken, Zukunftswerkstätten, Entscheidungsfindung nach dem Prinzip der Konsensstufen, Transparenz, Moderation, Vereinbarungen, oder Hilfe von außen zu holen – all das kann ein Zusammenleben erleichtern, Konflikte abmildern, diese aber letztendlich nicht unbedingt verhindern. Wir alle haben diverse Überlebensstrategien entwickelt, sind unterschiedlich verletzbar und die wenigsten haben in ihren Elternhäusern, WGs, Bezugsgemeinschaften oder Heimen gelernt, wie eine gute Haltung gegenüber Konflikten aussehen kann. Oft ist es so, dass wir bei Konflikten eher erstarren als aufblühen und am liebsten mit Verdrängung, Vermeidung, Verleugnung oder Flucht reagieren.

Konflikte können auch als emanzipatorische Chance genutzt werden

Emanzipation bedeutet Befreiung von Prägungen, die Machtmissbrauch, Unterdrückung, Gewaltverhältnisse und Ausbeutung mit sich bringen. Die emanzipatorische Chance im Konflikt liegt darin, prozesshaft in Richtung von »Befreiung« wachsen zu können. Dies gilt für Individuen, aber auch für gesellschaftliche Gruppen.

Konflikte wirken dann emanzipativ, wenn sie innere Muster bei den Einzelnen aufbrechen lassen und damit Offenheit für Veränderung einhergeht. Innere Muster können Verhaltensweisen oder innere Reaktionen sein, die uns die Gesellschaft und unsere Erziehung mitgegeben haben, wie auch die Muster, die von Generation zu Generation weitergegeben werden, wenn sie nicht bearbeitet und durchbrochen worden sind (zum Beispiel die Verdrängung von Tabus und Ängsten – eine Umgangsweise, wie sie uns unter anderem die Kriegsgeneration hinterlassen hat).
Geringere Chancen, Konflikte kreativ wandeln zu können, bestehen wenn

- Menschen sich gehetzt fühlen, wie in einer Art Hamsterrad,
- sie sich insgesamt nicht gewürdigt, angenommen und akzeptiert fühlen,
- sie überfordert sind und es meist selbst nicht merken, weil auch wir Leistungsprinzipien tief verinnerlicht haben,
- Gesichtsverlust droht, vor allem wenn die Einschätzung vorhanden ist, eine Kritik würde die ganze Person in Frage stellen,
- sie sich in die Enge getrieben fühlen und dabei das Gefühl entwickeln, nur noch flüchten oder standhalten zu können, sie für sich keine anderen Wahlmöglichkeiten mehr sehen und innerlich verengen,

Foto: Dietmar Gust/Zenit

weil Menschen dann oft innerlich dicht sind, was sich äußerlich zum Beispiel durch Körperstarre, Körperpanzer oder Aggressivität ausdrücken kann.

Verschärfung durch Überforderung

Es gibt kaum einen Lebensbereich, der nicht mit dem Begriff »Stress« in Zusammenhang gebracht wird. Stress ist nicht nur Mitverursacher vieler Erkrankungen, sondern wirkt sich auch in unserem Denken und Handeln aus: Menschen unter chronischer Belastung verhalten sich oft gesundheitsschädigend, bekommen oft große Schwierigkeiten in der zwischenmenschlichen Kommunikation. Auch die politische Arbeit bleibt davon nicht unberührt. Mit eklatanten Auswirkungen, meist ohne dass diese bewusst darauf zurückgeführt werden: politische Bewertungen, Analysen und moralische Empathien werden oft enger, es kommt zu Verdrängung von Konflikten und eigenen Bedürfnissen bis hin zu Intoleranzen vor allem eigenen MitbewohnerInnen/MitstreiterInnen gegenüber. Schlafstörungen, eine permanente innere Unruhe und das Gefühl der Überforderung enden nicht selten in Pessimismus, Ohnmacht, Frustration, Verhärtung und Erstarrung. Kommen dann noch Situationen wie zum Beispiel Bedrohung von außen (Kündigung, finanzielle Misere, Räumungsdrohung oder Beziehungsstress), die Konfrontation mit Krankheiten oder gar Tod in der Gemeinschaft dazu, kann die Überforderung und darauf folgende Hilflosigkeit schon latent vorhandene Konflikte verschärfen.

Wie können Konflikte zur emanzipatorischen Chance werden – ein Fazit

Individuell

Eine Gruppe / Kollektiv / Kommune funktioniert am besten, wenn alle Personen sich ihrer selbst bewusst sind (mit allen Stärken und Schwächen) und einander auf gleicher Augenhöhe begegnen können.

Je mehr das eigene ICH allerdings von der Bewertung der Umgebung abhängig gemacht wird, desto größer wird Anpassung und Verleugnung der eigenen Bedürfnisse und Interessen. Das kann zu vermeintlichem »Gesichtsverlust« in der Gruppe führen, wenn die einzelne Person nicht mehr so funktioniert wie der Gruppenkodex (ob offiziell oder inoffiziell definiert) es vorsieht. Je mehr die Ängste davor wachsen, desto mehr Mauern, Aggressivität, Verteidigungs- und Angriffsstrategien werden aufgebaut. Dies brechen wir in unserer Beratungsarbeit auf durch selbstwertstärkende Strategien und durch das Einbeziehen des Systems, in dem die Personen sich befinden. Ein wichtiges Ziel ist, die innere Einstellung bewusst zu machen, um dadurch Prozesse in Gang zu bringen. Dadurch können die innere Verstricktheit und die Muster, die uns eng machen, in Bewegung kommen, das heißt es geht um das Loslassen können – sogar bis dahin, Konflikte lieben zu lernen. Denn Konflikte bedeuten auch Prozess, raus aus der Erstarrung, sich fühlen und lebendig sein.

Strukturell

Wenn noch Druck von außen dazukommt, kann zweierlei passieren: es wird enger zusammen gerückt und andere Konflikte relativieren sich zumindest in dem Zeitraum der Bedrohung von außen, oder die Bedrohung wirkt wie ein Katalysator/Beschleuniger. Konflikt als Chance braucht Raumöffnung, Reduktion der Überforderung und des Leistungsdrucks.

Wir leben leider in einer Welt der permanenten Überforderung, des Informationsoverkills und dann noch das »wir wollen anders, besser sein und dann noch die Welt verändern!« Wir brauchen das alles nicht hinter uns zu lassen, wir brauchen allerdings die Entschleunigung, nur dann können wir wachsen, genießen und verändern.

Sich Beratung von außen zu holen beinhaltet, dies als Stärke und Selbstverständlichkeit zu begreifen. Emanzipation ist Prozess, das heißt Raumöffnung reicht oft nicht aus, Hilfestellung durch Coaching, Supervision, Konfliktmoderation oder Therapie ist begleitend oft notwendig, damit die Menschen andere Perspektiven erleben und Strukturen durchbrechen können.

Foto: Elisabeth Kmölniger

Forum-Theater kann eine weitere Methode sein: Konflikte werden im Rollenspiel dargestellt und durch Austausch eines/r Darstellenden mit einer neuen Idee der Konfliktbearbeitung wiederholt. Das ist eine sehr intensive und nachhaltige Erfahrung, wie sich ein ganzer Konflikt neu darstellen kann.

Perspektivisch

Prävention:
- Sich kennen lernen und möglichst transparent machen, was für Bedürfnisse und Interessen da sind, wo Grenzen jedes/r Einzelnen sind: zum Beispiel in WG's / Hausprojekten, woher die verschiedenen »Schmutzlevels« kommen, gemeinsam überlegen, wie damit umgegangen wird, ohne sie als schlecht oder gut zu bewerten.
- Vorherige Vereinbarungen treffen ist gut, wie zum Beispiel beim Einzug in eine Kommune zu vereinbaren, was er oder sie beim Austritt mitnimmt oder nicht einfach nur Entscheidungen nach dem Konsensprinzip festlegen, sondern dies immer wieder lebendig auszufüllen, neu zu hinterfragen, wie es gelebt wird.
- Die Einübung einer positiven Konfliktkultur ist besser. Die Veränderung der eigenen Haltung und Einstellung in Bezug auf Konflikte ist noch besser.

Letzteres beinhaltet, sich seine individuellen Muster, die eigene Verstrickung und Biografie anzuschauen. Dies als persönliches Entwicklungswachstum zu empfinden ist Teil der Chance, ebenso die Vielfalt der verschiedenen Einstellungen und Sichtweisen als Bereicherung ansehen zu können und nicht als Einengung oder Bedrohung. Wenn nichts mehr geht, kommt es zur Trennung innerhalb einer Gemeinschaft. Zu recht wird es sich damit nicht leicht gemacht, aber es ist nicht die Katastrophe, denn es kommt vor allem darauf an, wie es geschieht. Auch hier ist wieder das respektvolle Miteinander entscheidend, auch hier geht es wieder um die innere Haltung.

In all diesen Prozessen unterstützen und begleiten wir kompetent und empathisch. Wir selbst haben jahrzehntelange Erfahrungen in Gruppen/Kollektiven/Hausgemeinschaften gemacht und leben dies auch weiterhin.

Als wir drei uns gefunden haben, war bereits jede von uns in der Beratungsarbeit unterwegs. Wir waren auf der Suche nach einer »Intervision«, sprich einem Raum von Personen, die die gleiche Arbeit machen und sich über ihre Prozesse austauschen. Professionell unterstützen wir uns und gleichzeitig die, die wir beraten, geben Feedback, Kritik und Halt. Wir haben uns Zeit und Raum gegeben für unseren eigenen Prozess und am Ende stand unser Kollektiv. Wir sind durch Konflikte gegangen, haben unsere Interessen und Bedürfnisse gezeigt und kennen gelernt und sind miteinander gewachsen.●

PROSYS Frauenkollektiv in Berlin

Kontakt: prosys@mail36.net

Anzeige

attac Jenseits des Wachstums?!

Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.

Die aktuellen Krisen zeigen in aller Deutlichkeit die Grenzen des Wachstums. Können andere Formen sozialen oder nachhaltigen Wachstums ein Ausweg sein? Eine Auseinandersetzung mit neuen Konzepten des Wirtschaftens und eine Diskussion über Alternativen zur Wachstumsgesellschaft sind dringend nötig. Beim Kongress „Jenseits des Wachstums?!" werden wir kontrovers diskutieren: Wir wollen Interessenkonflikte benennen, aber auch Wege für ein gutes Leben für alle in einer Gesellschaft ohne Wachstumszwang ausloten und dazu Strategien skizzieren.

in Kooperation mit
FRIEDRICH EBERT STIFTUNG · HEINRICH BÖLL STIFTUNG · Otto Brenner Stiftung · ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Kongress // 20.-22. Mai '11 // TU Berlin
www.jenseits-des-wachstums.de

iz3w

#324

Generation 2011 – Revolte in der arabischen Welt
Außerdem: ▸ Schwerpunkt Globalisierungskritik: Zehn Jahre nach Genua ▸ Debatte über ‚Islamophobie' ▸ Filme aus Afrika ... 52 Seiten, € 5.30 + Porto (auch als PDF-Download)

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Die Intelligenz des Schwarms

Peter Miller möchte uns nahe bringen »Was wir von Tieren für unser Leben in einer komplexen Welt lernen können«. Die Prinzipien des intelligenten Schwarms seien: Selbstorganisation, Wissensvielfalt, indirekte Zusammenarbeit und Anpassung durch Nachahmung. Das liest sich äußerst interessant. Da möchte man mehr wissen!

Aber was hat der Mensch nach seiner menschheitlichen Geist- und Hirnentwicklung noch mit den Tieren gemeinsam? Sind die Denkleistungs-Möglichkeiten nicht schon vor Millionen Jahren auseinander gedriftet? Helmuth Plessner (1892-1985) sagt: »Nur die Vernunft, eine transbiologische Gabe, ist menschliches Monopol, und sie gibt seiner Intelligenz jene besondere Richtung, die sich bei keinem Tier findet – die Freiheit von den Bindungen an Instinkte«. Endgültig aus dem Paradies vertrieben ist der Mensch verdammt, seine Freiheit und Rechenkünste zu gebrauchen. Er ist in der Lage, aus Erfahrung zu lernen. Auch Miller verirrt sich in seinem Buch mal in die Welt des Menschen, wenn er sagt: »Wir sind hin- und hergerissen zwischen den Interessen der Gruppe und unserem Egoismus. Der Mensch ist insofern ein dezentriertes Wesen in der Natur, weil er nur zum Teil instinktgeleitet ist«.

Zwar wirkt der hoch entwickelte Entscheidungsprozess eines Bienenvolkes auf uns frappierend, so dass wir danach trachten, unsere Entscheidungsprozesse mit diesen Erkenntnissen effektivieren zu wollen, jedoch leben Tiere in einer gänzlich anderen Welt. Für sie gilt nur der Nahbereich. Ihre Aufgabe ist absolut bestimmt. Sie sind in gewisser Weise festgestellt. Sie reagieren instinktiv auf Umweltveränderungen und zum Beispiel dienen Bienen absolut nur ihrem Kollektiv. Es klingt verwirrend, wenn Miller schreibt, dass, falls Menschen eine gute Entscheidung wollen, die »Angehörigen nicht allzu intensiv miteinander kommunizieren« sollen. Mit Blick auf die Tiere einleuchtend. Denn letztendlich entsteht durch instinktives Verhalten immer das gleiche Ergebnis. Tiere können nur in geringem Maß andere Tiere überzeugen und sie können sich nur eingeschränkt politisch verhalten.

Das Buch von Miller mag Anstöße geben, um künstliche Intelligenz durch Programmierung herzustellen, für eine bessere menschliche Organisation taugt es nicht.●

Alois Wilhelm

Peter Miller: Die Intelligenz des Schwarms – Was wir von Tieren für unser Leben in einer komplexen Welt lernen können, campus Verlag, 2010, 271 S., 19,90 EUR

Deutsche Kamerun-Bananen

Kolonialgeschichtliche Bezüge in Deutschland sichtbar machen – das ist der Ansatz einer Aufsatzsammlung, die erstmals 1999 erschienen ist und die heute zu Recht als Standardwerk gilt. Die reich illustrierte Anthologie verbindet kritische Kolonialgeschichtsschreibung zu Afrika mit einer Spurensuche vor Ort. Am Beispiel Hamburgs werden die vielfältigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen des deutschen »Tores zur Welt« mit dem Kolonialhandel und der Kolonialpolitik vornehmlich im westafrikanischen Kamerun aufgezeigt. Erinnerungsorte an den Kolonialismus gibt es in Hamburg viele. Dieses Buch stellt einige von ihnen vor und ist auch als Stadtführer nutzbar.

Die wirtschaftlichen Ambitionen Hamburger Kaufleute wie der Familie Woermann waren der Motor der deutschen Kolonialpolitik. 1884 begann die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika. Den Sklavenhandel ersetzten die Kolonialunternehmer durch ein Zwangsarbeitssystem auf Großplantagen. »Kolonialwaren« wie Palmöl, Kautschuk, Elfenbein, Kakao und »Deutsche-Kamerun-Bananen« fanden den Weg in die Kontore und Verarbeitungsbetriebe des Hamburger Hafens.

Es ging aber nicht nur um die wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonien. Auch der Wissenschaftssektor der Hansestadt war stark auf die Kolonialherrschaft bezogen: Das 1909 gegründete Hamburgische Kolonialinstitut bildete die Keimzelle der 1919 entstandenen Hamburger Universität. Das Völkerkundemuseum und die universitäre Afrikanistik dienten kolonialpolitischen Zielen. Das heute weltweit angesehene Tropenmedizinische Institut wurde 1900 gegründet, um Krankheiten wie Malaria zu erforschen. Die deutschen Kolonialherren hatten vor allem ein Interesse daran, Epidemien unter den afrikanischen Kontraktarbeitern zu verhindern. Nach dem Verlust der Kolonien 1918 waren es Kolonialdenkmäler und Lobbyvereine, die für die Wiedergewinnung der Kolonien werben sollten. Eine Kontinuität der militärischen Traditionspflege der deutschen »Schutztruppen« gab es bis in die 1990er Jahre.

Heiko Möhle, der Herausgeber der Aufsatzsammlung, verband wissenschaftliche Genauigkeit mit erfahrbarer Geschichte und kritischem Engagement in der Migrationspolitik. Er hat viele Jahre lang Stadtrundgänge und Hafenrundfahrten zur kolonialen Vergangenheit Hamburgs veranstaltet. Möhles Tod im August 2010 verhinderte, dass das seit Längerem vergriffene Buch in einer überarbeiteten Fassung erschienen ist. Die jetzige Neuauflage ist unverändert auf dem Stand von 1999, wurde aber um einen Index, eine Literaturliste und ein persönliches Nachwort von Weggefährten Möhles erweitert. Wer sich für die aktuelle Entwicklung der erinnerungspolitischen Debatten – wie den Streit um den unkritischen »Tansania-Park« mit Kolonialdenkmälern in Hamburg-Jenfeld – interessiert, dem sei – neben der Webseite www.afrika-hamburg.de – als sinnvolle Ergänzung der 2010 im Berliner »Pharus-Plan«-Verlag erschienene, noch von Heiko Möhle konzipierte Themenstadtplan »Hamburg postkolonial« empfohlen.●

Frauke Klinge

Heiko Möhle (Hg.): Branntwein, Bibeln und Bananen. Der deutsche Kolonialismus in Afrika. Eine Spurensuche. 4., neu bearbeitete Auflage, Berlin 2011, Assoziation A, 180 S., 14.80 EUR

Stuttgart steht auf

282 Bäume sollen für den neuen unterirdischen Bahnhof in Stuttgart gefällt, etliche Milliarden Euro ausgegeben werden. Nicht nur dagegen regte sich Widerstand. Dieser bekommt vor allem neuen Schub, nachdem im Jahr 2007 über 60.000 Unterschriften, die für die Zulassung eines Bürgerentscheides zum Thema geleistet wurden, einfach ignoriert werden. Dabei sei diese hohe Zahl nur dadurch zustande gekommen, so ein Stuttgart 21-Gegner auf der hier angezeigten DVD, dass die eine Hälfte der Bevölkerung Stuttgarts bei der anderen Unterschriften gesammelt habe.

Zur neuen Protestkultur anläßlich Stuttgart 21 sind mittlerweile viele Bücher erschienen, zu den Protesten selbst, wie auch zu ihren Inhalten und Zielen. Es gibt sogar Krimis und Kinderbücher zum Thema. Ergänzend zu dem im linken Papyrossa-Verlag von Sabine Leidig und Winfried Wolf herausgebenen Buch »Stuttgart 21 – oder: Wem gehört die Stadt«, das als Standardwerk angsehen werden kann, gibt es jetzt die DVD »Stuttgart steht auf – Porträt einer neuen Demokratiebewegung«. Sie umfasst einen halbstündigen Film über die Proteste, sechszehn Interviews mit prominenten GegnerInenn des neuen Bahnhofes und einen kurzen Film über die öffentlich wahrnehmbaren Stationen der Gegenbewegung bis zum Herbst 2010. Den ProduzentInnen ist es auf ihrer DVD gut gelungen, die Atmosphäre einzufangen und die bemerkenswerte Breite des Widerstandes deutlich zu machen. Der Film zeigt auch die Szenen der Ohnmacht – und wieviel Überzeugung es kosten muss, angesichts des Irrsinns und der polizeilichen Gewalt gegen BürgerInnen ruhig zu bleiben. Die Interviews zeigen auch die lange Geschichte des Widerstandes auf, der ja schon Mitte der 1990er Jahre begann. Die DVD veranschaulicht, wie wichtig es ist, dass Protestbewegungen eigene Kommunikationswege erfinden und stabilisieren – und dies auf allen Ebenen. So hatten die GegnerInnen – das Internet macht es möglich – mit fluegel.tv sogar einen eigenen Fernsehsender, dessen mobile Übertragungstechnik freilich in einem Bollerwagen Platz fand.

Der sogenannte Stuttgarter Bauzaun wurde zum Ziel von Exkursionen von Hausfrauen und Kunstinteressierten. Er sperrte den mittlerweile abgerissenen Nordflügel des Hauptbahnhofs ab und wurde mit Hunderten und Aberhunderten Zetteln, Plakaten, Collagen und persönlichen Gegenständen zu einem Manifest des Aufbegehrens und zu einer großen, kreativen Protestwand. In dem Buch werden viele dieser Meinungsbekundigungen gezeigt. Mittlerweile liegt der Zaun samt der an ihm befestigten Objekte im Haus der baden-württembergischen Geschichte und ist damit für die Nachwelt erhalten. Der Fotoband dokumentiert die bemerkenswerte Vielfalt politischer Botschaften, mit denen die GegnerInnen von Stuttgart 21 die ungeliebte Absperrung zu einem Ort der Diskussion und der teilweise schelmischen, teilweise populistischen Kritik an denen »da oben« umfunktioniert haben.●

Bernd Hüttner

Stuttgart steht auf. Eine Hermann G. Abmayr-Filmproduktion. Filme, Interviews und Fotos von Hermann G. Abmayr, Václav Reischl und der BildManufaktur. 19 EUR.

Sybille und Ulrich Weitz (Hrsg.): Der Stuttgarter Bauzaun. Phantasie des Protests, 96 Seiten, 15 EUR. Beide Titel im Silberburg-Verlag, Tübingen 2010/2011

Lasst uns doch Piraten werden...

Warum mussten wir so lange auf ein derartiges Buch warten? Wenngleich der Beginn der Rezeptionsgeschichte dieses Buches inzwischen auch schon an die 20 Jahre her ist, so liegt doch nun ein längst überfälliges und recht spannendes Buch vor.

Wer wollte nicht mal Pirat sein? Der Mythos lebt bis in die heutigen Tage hinein und ist keiner bestimmten Ideologie zugeordnet. Ob der Fan-Block des FC St. Pauli, Edelweißpiraten, modischer Pirat-Style oder als Mitbringsel vom Ostsee-Urlaub, ob Hollywood-Filme, Biopiraterie oder Piratenpartei, der Begriff Pirat, sowie eines seiner Symbole, der Jolly Roger – jener Totenschädel mit den gekreuzten Knochen – tauchen bis heute überall und in den unterschiedlichsten Zusammenhängen auf.

Das Goldene Zeitalter dieser mythologisierten Piraten, wie sie uns überall bis heute begegnen, umreißt gerade mal in etwa den Zeitraum von 1690 bis 1725. Und der Grund für die Mythologisierung liegt sicherlich darin, dass bis heute die Quellenlage über jene maritimen Nomaden hundsmiserabel ist, sodass die Forschungen inzwischen in einen rechten (Staatstragenden) und einen linken (den Sozialrebellen zu getanen) Flügel unterschieden werden kann. Authentische Quellen gibt es so gut wie keine, da die meisten Piraten ja einfache Seeleuten waren, die nicht schreiben und lesen konnten. Und die Sekundärquellen, etwa Gerichtsurteile und Zeugenberichte von Außenstehenden, geben längst nicht den Alltag und die sozialen Strukturen der Piraten wieder, sodass ein weites Feld der Spekulation bleibt.

Gabriel Kuhn geht in seinem Buch den unterschiedlichsten Quellen und wissenschaftlichen Arbeiten nach und versucht nun nicht die damaligen Piraten zu Vorläufern einer autonom-anarchistischen-Bewegung von Heute zu machen, aber eine Sympathie für deren existentialistischen Lebensweise ist unverkennbar. Das Handeln der Piraten von damals mit der heutigen Political Correctnes zu vergleichen, wäre auch unfair, war doch das Zeitalter der »Aufklärung« noch nicht mal angebrochen. Trotzdem versucht Kuhn hier den Stand der damaligen Piraten, deren Ethik, Verhältnis zur Sexualität, Biopolitik, Nationalitätsfrage, Ethnizität, Subkultur u.v.m. zu untersuchen und darzustellen. Es war vor allem der Drang nach Freiheit und Unabhängigkeit, den die damaligen Männer, aber auch ein paar Frauen in die Illegalität trieb, dieses Bremer Stadtmusikanten-Syndrom: Etwas besseres als den Tod finden wir überall. Und das Leben der meisten Piraten war kurz, aber eben auch in diesem Moment selbst gewählt. Und mehr noch, als auf den Handels- und Marineschiffen der damaligen Zeit, wo ein fast sklavenähnliches Verhältnis mitsamt einer unveränderbaren Hierarchie herrschte, waren hier auf einem Piratenschiff nicht nur die Klassenverhältnisse aufgehoben, sondern die Mannschaften wählten oft ihren Kapitän selbst.

Interessant ist sicherlich auch das Verhältnis der Piraten zur Gewalt. Nicht, dass Piraten gewaltlos gewesen wären, aber der Mythos der Schrecken verbreitenden wilden Männer wurde von beiden Seiten gepflegt. Die Obrigkeit brauchte das Gewaltimage, um sich selbst ins Rechte Licht zu setzen, und den Piraten wiederum half es bei der Arbeit, da, sobald ein Handelsschiff den Jolly Roger sah, es eher bereit war ihr eigenes Schiff kampflos den Piraten zu überlassen. Unter den Piraten selbst war die schlimmste Strafe – wie bei so vielen sog. primitiven Gesellschaften – der Ausschluss aus der Gemeinschaft, in diesem Fall, das Aussetzen auf eine einsame Insel, und weniger etwa Gefängnis und/oder die Todesstrafe, wenngleich das eine wie das andere mitunter das gleiche Ergebnis zeitigte.

»Unter dem Jolly Roger« ist ein Abenteuer-Buch für Freigeister. Eignen wir uns die Geschichte jener See- und Rauhbeine an, lernen wir aus ihren Stärken, wie etwa dem Freiheitsdrang um jeden Preis, lernen wir aus ihren Schwächen, jenem, der zur damaligen Zeit unter Piraten noch vorherrschenden Individualismus, der auch nur ein Umkehrschluss einer unabdingbar scheinenden Unterwerfung unter Gott und Krone darstellte. Die Piraten gehören nicht »uns«, aber wir können sie uns nutzbar machen. »Sie waren freie Männer und es war die Freiheit ihrer Lebensweise, nicht die Lebensweise selbst«, die fasziniert.

Was uns heute mit den Piraten des 17. und 18. Jahrhundert verbindet, wäre der Antiautoritarismus, Verweigerung, Demokratie (in bestimmten Situationen) und eine interne Egalität. Stärke, Mut, List und Entschlossenheit sind die einzigen Mittel, die den Armen, welche ihre Situation nicht akzeptieren wollen, übrig bleiben. Lasst uns also Piraten werden...

Wenn das Jahr nicht noch so früh wäre, würde ich dieses Buch schon zum Besten des Jahres küren wollen.●

Jochen Knoblauch

Gabriel Kuhn: Unter dem Jolly Roger. Piraten im Goldenen Zeitalter. Verlag Assoziation A Berlin / Hamburg, 230 Seiten, 18 EUR

Goa. 20 Jahre Psychedelic Trance

Gothics, Emos, Metalheads, Punks, Skins, Skater: So ziemlich alle bedeutenden Jugendkulturen unserer unmittelbaren Vergangenheit und Gegenwart wurden und werden von WissenschaftlerInnen untersucht, analysiert, zerlegt und wieder zusammengesetzt, von JugendarbeiterInnen in die Jugendzentren und sonstigen Jugendeinrichtungen integriert. All die erwähnten Jugendkulturen müssend dafür herhalten, um entweder die kreative Begabung der Jugend oder aber ihre moralische Verkommenheit zu beweisen. Dem amtlichen Zugriff von Wissenschaft und Jugendarbeit konnte sich jedoch seit über 20 Jahren eine internationale Jugendbewegung geschickt entziehen: Goa. Die Bewegung der Psychedelischen Trance scheint bestenfalls als Fußnote zu Techno auf, als eine eher unbedeutende Spielart des modernen Partypluralismus. Das war's auch schon.

Goa konnte sich über die Jahre der Kommerzialisierung verweigern, die Szene blühte international auf tausenden Festivals, ist in Österreich immer noch im Wachsen. Lediglich lokale Zusammenstöße mit der Polizei sorgten für kleinere regionale Turbulenzen. In letzter Zeit greift nun auch die Kommerzialisierung nach Goa. Vielleicht hängt damit auch das Erscheinen des ersten bedeutenden Buchs über die Bewegung zusammen. Geschrieben von Insidern entblättert sich die Geschichte der Bewegung, von den Hippies im indischen Ort Goa in den späten sechziger Jahren bis zur Aufnahme psychedelischer Praktiken und des Hippie-Lifestiles durch Jugendliche bis in unsere Gegenwart. Goa entwickelte eine eigene Musik, zelebrierte Gemeinschaft und ökologisches Bewusstsein, schuf neben zwei sehenswerten Filmen eine erstaunlich lebendige Kunst: Bilder und Lyrik. Dass Goa auch mit gesetzlich verbotenen Drogen experimentiert(e), die Bewusstseinserweiterung ermöglichen sollen, sei hier kritisch angemerkt.

Goa, das Buch: Soweit ein Druckwerk Leben vermitteln kann, geschieht das durch diesen fotobestückten Band, der die bunteste zeitgenössische Underground-Kultur der Welt veranschaulicht. Ein Buch als Gesamtkunstwerk mit 36 Beiträgen: Positiv betrachtet, präsentiert sich Goa, wie Tom Rom in der Einleitung festhält, als »neue Wege des Zusammenlebens jenseits aller oberflächlichen und kommerziellen Partykultur. Ein Hoffnungsschimmer am Horizont einer menschlich und spirituell grau gewordenen und kontrollierten Welt.« Der alte Traum vom Ausstieg aus den Zwängen eines von Multis kontrollierten Kapitalismus belebt die Goa-Jugendkultur. Es ist den Herausgebern hoch anzurechnen, dass sie trotz aller Insider-Sympathien Goa fundiert kritisieren: Hinter all den bunten Gewändern und Dreads läuft Goa Gefahr, zu einem individualistischen, bürgerlichen Biedermeier zu verkommen, das politische Bewusstsein der meisten Fans lässt zu wünschen übrig. Dazu kam und kommt es manchmal zu Psychosen und sozialen Problemen, bedingt durch die zu exzessive Einnahme moderner Drogen, die »Kicks« versetzen, fernab eines tieferen Bewusstseins von der Verbundenheit des Menschen mit dem Planeten Erde, seinen Ressourcen und sozialen Systemen.●

Roman Schweidlenka

Tom Rom, Pascal Querner: Goa. 20 Jahre Psychedelic Trance, Nachtschatten Verlag, Solothurn 2010, Buch + DVD, 39,80 EUR

Tagungs-Reader

Selbstbestimmte Technikentwicklung und -nutzung

Der Reader richtet sich an alle Interessierten aus naturwissenschaftlichen, technischen und gesellschaftswissenschaftlichen Studiengängen und aus kritischen Basisinitiativen. Die Texte im Reader diskutieren aus unterschiedlichen Perspektiven Möglichkeiten und Hindernisse für eine selbstbestimmte Entwicklung und Nutzung von Technik aus einer herrschaftskritischen Sicht. Das Spektrum reicht dabei von grundlegenden Texten zur Technologiekritik, über die Darstellung alternativer Ansätze der Wissensaneignung bis hin zur Diskussion konkreter Alternativen (z.B. FAB-Labs). Die AutorInnen kommen dabei aus unterschiedlichen Hintergründen (das Spektrum reicht von der Physikerin über politische BasisaktivistInnen bis hin zum Wissenschaftsjournalisten).

Die Gesellschaft und die zukünftige Gesellschaftsentwicklung wird wesentlich mitbestimmt von Techniknutzung und Technikentwicklung. Technisch entwickelt wird nicht, was machbar ist, sondern das, was in einem widersprüchlichen Netz von Interessenlagen und Herrschaftspolitiken Unterstützung findet.

Die Tagung »Selbstbestimmte Technikentwicklung und -nutzung« war ein erster Versuch, dem eine eigene Idee von Technikentwicklung und -nutzung entgegenzusetzen. Die Diskussionen finden sich in den Texten des Readers wieder.●

Lest doch einfach mal rein:
www.ak-anna.org/selbstbestimmte_technik/reader.pdf

Anzeige

PROJEKTE

Südeifel – Landleben im Dorf
Frauengemeinschaft in Gründung hat Platz, Gast oder ganz? Einfach subsistent leben, Garten, Handwerk, Vernetzung, Jahreskreis.
☎(0 65 22) 10 46

Politische Kommune auf dem Land (zwischen Bremen und Bremerhaven, 20 Min. bis Bremen) sucht neue Mitkommunard_innen. Wir wollen mehr werden! Einige Arbeitsbereiche gibt's schon, einige sind noch im Aufbau oder in Planung, auf jeden Fall gibt's viel Raum für eure eigenen Ideen.
Infos unter (0 42 96) 74 82 25
oder kommune-p-u@gmx.de
Außerdem sind wir dieses Jahr Pfingsten auf dem Los Geht's in Oberkaufungen
www.losgehts.eu

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www. ricardabuch.de, E-Mail: info@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: **13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

**Wir können auch anders!
Leben in der Kommune**

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 17.-19.6.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@
kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

LOS GEHT'S 2011

Die Besonderheit des diesjährigen »Los Geht's« ist, das es auf einem Gelände stattfindet, welches im Anschluss erworben werden könnte. Es handelt sich um den alten Hubenthalhof am östlichen Ortsrand von Oberkaufungen bei Kassel. Das bundesweite Treffen für Gemeinschaftsinteressierte, Gründungsgruppen und bestehende Kommunen, die noch EinsteigerInnen suchen, findet vom **10. bis 14. Juni 2011** statt. Mehr dazu auf www.contraste.org/aktuelle.htm.
Information & Anmeldung:
www.losgehts.eu

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

ÖSTERREICH

Neuer Kongress 2012

Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Einladung zur Auftaktveranstaltung 2011

Das Netzwerk aus Mitwirkenden des Solidarökonomie Kongresses 2009 in Wien und neuen InteressentInnen arbeitet an der Konkretisierung des nächsten Kongresses 2012. Unser Wunsch ist es, an den Kongress 2009 als ein großartiges Event anzuknüpfen, das es aber nicht zu kopieren gilt. Vielmehr soll etwas Neues entstehen, das der Solidarischen Ökonomie weiter Aufwind gibt und von möglichst vielen Mitmenschen gemeinsam und in all seiner Vielfalt getragen und gelebt wird.
Daher möchten wir Sie/Dich/Euch einladen, bereits jetzt in der Planungsphase einzusteigen und zur Auftaktveranstaltung für den Solidarische Ökonomie Kongress 2012 zu kommen.
Termin: 4. Juni 2011, 11-18 Uhr
Ort: TÜWI, Peter-Jordan 76, Ecke Dänenstraße, A-1190 Wien
Newsletter oder Mailingliste über:
sol-oek-2008@web.de
Mehr: www.solidarische-oekonomie.at

BRD

Forum Solidarische Ökonomie

Vom 7.-9.10.2011 findet in Kassel die Tagung »Forum Solidarische Ökonomie – Kultur der Kooperation« statt. Das Forum soll der Vernetzung der unterschiedlichen Projekte, Initiativen und Einzelpersonen, die in der SÖ tätig sind dienen.
Info:
www.solidarische-oekonomie.de/uploads/files/Forum/forumkonzept.pdf

GEMEINWOHL-ÖKONOMIE

Die Gemeinwohl-Ökonomie als Alternative?
Neue Werte für die Wirtschaft mit Christian Felber

Es gibt eine Alternative zu Kapitalismus und Planwirtschaft. Die Gemeinwohl-Ökonomie baut nicht auf Gewinnstreben und Konkurrenz, sondern auf Gemeinwohl-Streben und Kooperation – denselben humanen Grundwerten, die unsere zwischenmenschlichen Beziehungen gelingen lassen. Gewinn ist nur noch Mittel, nicht mehr Zweck. Die Gemeinwohlbilanz wird zur Hauptbilanz aller Unternehmen. Je sozial verantwortlicher, ökologisch nachhaltiger, demokratischer und solidarischer sich Unternehmen verhalten, desto mehr Vorteile – etwa bei Steuern und der Vergabe öffentlicher Aufträge – erhalten sie. Die Systemdynamik belohnt endlich die Richtigen: Unternehmen, die Empathie, Kooperation und Solidarität leben.
In der Gemeinwohl-Ökonomie stimmen die Werte unserer Alltagsbeziehungen mit den Werten der Wirtschaft überein.
www.gemeinwohl-oekonomie.org
Christian Felber studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie und ist seit 2004 auch zeitgenössischer Tänzer und Performer.
Er ist Mitbegründer von attac und der Bewegungsstiftung in Österreich, freier Publizist und Autor zu Wirtschaftsthemen (»Neue Werte für die Wirtschaft« 2008, »Die Gemeinwohlökonomie« 2010, s. auch Seite 4 in dieser Ausgabe).
Termin: 10.5.2011, 19.30 Uhr
Ort: Haus Felsenkeller, Altenkirchen
Info: www.boell-rlp.de

STUTTGART 21

Baustopp selber machen – aber richtig!

Die »Mappia« ist Ende März abgewählt worden und der Bahn-Konzern hat einen vorläufigen Baustopp verkündet. Eigentlich ist das Projekt »Stuttgart-21« so gut wie tot, nachdem auch eine aktuelle bahn-interne Liste mit bezifferten Mehrkosten von mehr als einer Milliarde Euro bekannt wurde. Dennoch ist das Projekt noch nicht endgültig begraben. In Wirklichkeit macht die Bahn nur ein »Baustöpple«, denn rund um den Stuttgarter Bahnhof sind weiterhin Bauarbeiten im Gang. Bahn-Chef Grube will also für gute Stimmung sorgen. Doch für den aktiven Widerstand gegen das Großprojekt gilt weiterhin: »Uns kann die Bahn nicht täuschen. Vom **20. bis 24. Mai** treffen wir uns zum ersten bundesweiten Aktionscamp in Stuttgart, um mit Aktionstrainings, Workshops, Musik und Kultur den Widerstand zu stärken und Aktionen für die kommenden Wochen und Monate zu planen.«
Das Camp ist von Parkschützern kurzfristig geplant, viele Workshops werden erst wenige Tage vorher bekannt. Themen bisher: Demokratie, Direkte Aktion, gewaltfreier Widerstand, Clownworkshop u.a.m. Es gilt der in Stuttgart erprobte Aktionskonsens.
Info: www.baustopp-selber-machen.de

RECHT AUF STADT

»Das Städtische definiert sich als der Ort, wo die Menschen sich gegenseitig auf die Füße treten, sich vor und inmitten einer Anhäufung von Objekten befinden, wo sie sich kreuzen und wieder kreuzen, bis sie den Faden der eigenen Tätigkeit verloren haben, Situationen derart miteinander verwirren, dass unvorhergesehene Situationen entstehen.«
(Henri Lefèbvre)

Das Hamburger Netzwerk »Recht auf Stadt« lädt ein zur kollektiven Verwirrung, Begegnung und Zerstreuung. Über verschiedene Orte der Stadt verteilt, findet vom **2.-5. Juni 2011** jede Menge Geplantes & Ungeplantes statt. Seid dabei und »bildet Situationen & Banden«, streift durch die Stadt & diskutiert durch die Nacht, feiert auf dem Asphalt & analysiert den städtischen Abgrund, zerlegt die eigene Praxis & rettet das utopische Potential, kommt zum Recht-auf-Stadt-Kongress und bringt eure Nachbarinnen und Nachbarn mit.
Der Kongress wird veranstaltet vom Netzwerk »Recht auf Stadt Hamburg«, der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und vielen stadtpolitisch Aktiven aus anderen Städten.
Kontakt:
stadtkongress2011@buko.info
http://kongress.rechtaufstadt.net

BEWEGUNGSSTIFTUNG

Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen

Wann sind soziale Bewegungen erfolgreich und was lässt sie scheitern? Welche Themen haben es leichter gehört zu werden? Kann ein Misserfolg manchmal auch ein Erfolg sein? Und wie geht es weiter, wenn soziale Bewegungen ihr Ziel erreicht haben?
Diese und weitere Fragen wollen wir vom **17. bis 19. Juni 2011** auf der Tagung in Frankfurt am Main diskutieren. Sie richtet sich an Aktive aus sozialen Bewegungen, die Interesse an einem Austausch haben und voneinander lernen wollen.
Organisiert wird die Tagung von der Bewegungsstiftung. Zusammen mit der Stiftung bridge hat sie in den letzten neun Jahren über 80 Kampagnen gefördert. Nun wollen wir mit der Tagung das Gespräch über Erfahrungen und Herangehensweisen eröffnen. Mit welchen Widrigkeiten haben alle zu kämpfen? Und welche Tipps können wir einander geben? (Siehe dazu auch S. 6 in dieser Ausgabe)
Information & Anmeldung:
www.bewegungsstiftung.de/anmeldung-tagung.html
info@bewegungsstiftung.de

ATTAC

Jenseits des Wachstums?!
Kongress

Wirtschaftswachstum wird weltweit als universales Rezept gegen ökonomische Probleme jeglicher Art angepriesen. Angesichts des Klimawandels, unsicherer Arbeitsplätze, der Zerstörung der Umwelt, der Umverteilung von den Armen zu den Reichen wird deutlich, dass dieses alte Rezept nicht funktioniert. Attac will gemeinsam mit Bündnispartnern nach neuen Antworten für die drängenden Krisen unsere Zeit suchen – Antworten, die jenseits des Wachstumswahns liegen.

Vom **20.-22. Mai 2011** diskutieren in der TU in Berlin über 100 ReferentInnen in über 70 Veranstaltungen darüber, wie eine »Postwachstumsökonomie«, eine Wirtschaft jenseits des Wachstums, aussehen könnte, welche Hindernisse es auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft ohne Wachstum zu überwinden gibt und warum Umverteilung ein zentraler Bestandteil einer nicht wachsenden Wirtschaft sein muss. Neben Diskussionen in Podien, Foren und Workshops sind auch künstlerische Aktionen vorgesehen, die die Frage nach der Veränderbarkeit der Gesellschaft und unserer eigenen Wünsche auf eine andere Art thematisieren.
Zur Eröffnung werden Vandana Shiva (Indien) und Alberto Acosta (Ecuador) über die Notwendigkeit einer Gesellschaft jenseits des Wachstums sprechen.
Info:
www.jenseits-des-wachstums.de

European Network Academy

Das Europäische Attac-Netzwerk lädt zur »European Network Academy for Social Movements« (ENA) vom **9. bis zum 14. August 2011** in Freiburg. Nach der ersten europaweiten Attac-Sommeruniversität, die 2008 in Saarbrücken stattfand, wollen wir einen wichtigen Meilenstein der Erfolgsgeschichte Attacs in einer neuen Periode der Globalisierung und der globalisierungskritischen Bewegung setzen. Begegnungen mit Aktiven aus ganz Europa und vielen anderen Teilen der Welt, über 100 spannende Workshops, zahlreiche Foren, Diskussionsveranstaltungen, interessante Exkursionen, Aktionen vor Ort und ein buntes Kulturprogramm erwarten Euch! Über die Perspektiven der sozialen Bewegungen in Tunesien und Marokko wird es Informationen aus erster Hand geben.
Info: www.ena2011.eu

ANTIMILITARISMUS

Tagung »Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre – Ja zur Zivilklausel«

»An über 40 deutschen Hochschulen wird Forschung für den Krieg betrieben. Der Einfluss der Militärs auf die akademische Lehre wächst. An ersten Hochschulen werden Lehrveranstaltungen von den Jugendoffizieren der Bundeswehr ausgerichtet. Rüstungskonzerne vergeben Forschungsarbeiten und finanzieren Stiftungsprofessuren. Das Verteidigungsministerium stellte 2010 insgesamt 1,1 Milliarden Euro für Rüstungsforschung bereit.
Die zunehmende Militarisierung von Forschung und Lehre ist Bestandteil einer Politik, die auf militärische Interventionen und Krieg setzt. Dazu wird die Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee umgebaut, die Rohstoffquellen und Transportwege für die deutsche Wirtschaft zu sichern habe. Während die Bundeswehr vom Balkan bis zum Hindukusch eingesetzt wird, ist das Militärische auch im Inneren auf dem Vormarsch. Die Armee zieht in die Schulen ein und schließt Abkommen mit den Kultusministerien. Zivile Ausbildungs- und Forschungskapazitäten von den Betrieben bis zu den Universitäten werden für militärische Zwecke vereinnahmt.«
Termin: 27.-29.5.2011 TU Braunschweig
Info:
http://astabs.de/images/pdf_dokumente/asta_info/SoSe_2011/BS_Programm_DinA5-1.pdf

MENSCHENRECHTE

Menschenrechtsbeobachtung in den Philippinen

Seit November 2006 sind MenschenrechtsbeobachterInnen der gemeinnützigen Organisation IPON (International Peace Observers Network) aus Hamburg in einem Menschenrechtsprojekt auf den Philippinen aktiv. Durch Präsenz, Begleitung, Beobachtung, Informieren und Handeln wollen sie dazu beitragen, dass Menschenrechtsverteidigende ihre Arbeit ohne Bedrohungen und anderen Repressalien ausüben können.
Das Vorbereitungsseminar »Menschenrechtsbeobachtung in den Philippinen« findet vom **20.-22. Mai** in Berlin statt. Die Seminare richten sich an alle, die an einer Ausreise als MenschenrechtsbeobachterIn interessiert sind, aber auch an Menschen, die sich allgemein über das Projekt und die Arbeit mit Menschenrechten in den Philippinen informieren möchten.
Info:
www.ipon-philippines.org/22.html

ANARCHISMUS

Bakunin und Marx in der Ersten Internationale. Zerstörung oder Eroberung der politischen Macht?
Vorstellung einer Neuerscheinung

Der Konflikt zwischen Marx und Bakunin markiert ein entscheidendes Ereignis in der politischen Ideengeschichte. Während die von Marx beeinflusste sozialdemokratische Strömung zentralistische Organisationsformen, die Gründung nationaler Arbeiterparteien und die Eroberung der politischen Macht propagierte, waren die von Bakunin unterstützten Basisbewegungen föderalistisch und pluralistisch orientiert. Die Wege gingen daraufhin auseinander: Die Parteipolitik trennte sich von emanzipatorischen Basisbewegungen. In der Ersten Internationale (1864-1877) wurde dieser Konflikt erstmals ausgetragen: Die unterschiedlichen Richtungen fanden in Marx und Bakunin ihre stärksten Exponenten – ihre Ideendifferenz wirkt bis heute fort. Wolfgang Eckhardt, Herausgeber der »Ausgewählten Schriften« Bakunins, zeichnet den Konflikt um die Weichenstellung im internationalen Sozialismus nach.
Termin: 20. Mai 2011, 19 Uhr
Bibliothek der Freien. Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, 10405 Berlin

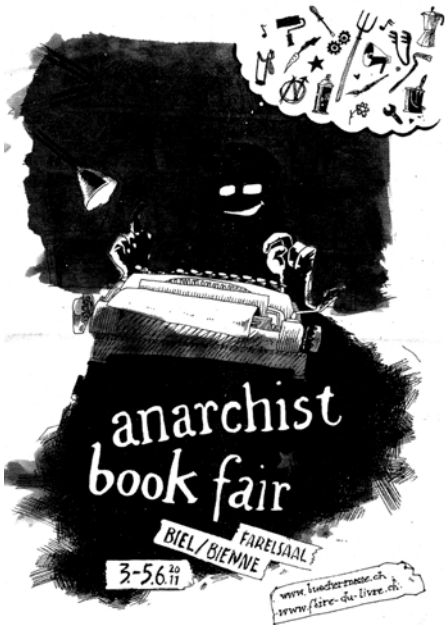
SOMMERCAMPS

Ferien von Deutschland machen

Dieses Jahr wird zum vierten Mal das Sommercamp der *jungen linken* in Niedersachsen stattfinden. Und nun gibt es auch für all die Menschen, die immer so weit fahren mussten oder die das auch abschreckte: Das Sommercamp im Süden der BRD.
Termin Niedersachsen:
28.7. bis 4.8.2011
Termin Baden-Württemberg:
26. bis 30.8.2011
Mehr Info:
www.junge-linke.org

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
www.contraste.org/terminka.htm



CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg